

# Landtag Mecklenburg-Vorpommern

16. Sitzung	4. Wahlperio	4. Wahlperiode		
Mittwoch, 25. Juni 2003, Schwerin, Schloss				
Vorsitz: Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepr	oräsident Andreas Bluhm			
Inhalt	Ute Schildt, SPD	757		
	Jörg Heydorn, SPD	758		
	Jochen Schulte, SPD	759		
Erweiterung der Tagesordnung gemäß § 74 GO LT	Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes  (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) - Drucksache 4/430	759		
Aktuelle Stunde Innovation – eine Chance für Mecklenburg-Vorpommern	748 Beschlussempfehlung und Bericht 749 des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur 752 – Drucksache 4/550 –	760		
Wolfgang Riemann, CDU	754 Heike Polzin, SPD	760		

Kerstin Fiedler, CDUAndreas Bluhm, PDS		Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Studentenwerksgesetzes	
Beschluss	761	(Erste Lesung)	7/0
Erklärung zur Abstimmung gemäß § 97 GO LT	762	- Drucksache 4/519	
Lorenz Caffier, CDU	762	Ilka Lochner-Borst, CDU	
		Dr. Gerhard Bartels, PDS	
		Mathias Brodkorb, SPD	
		Beschluss	769
Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbelegungsbindungsgesetzes und des Gesetzes über die Funktionalreform (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 4/252 –  Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bau, Arbeit und Landesentwicklung – Drucksache 4/542 –		Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Übertragung der Zuständigkeit für die Entscheidung über Widersprüche im Bereich des Umweltrechts (Umweltwiderspruchs- zuständigkeitsgesetz – UWZG M-V) (Erste Lesung) – Drucksache 4/520 –	769
Norbert Baunach, SPD	762	Minister Dr. Wolfgang Methling	
B e s c h l u s s	763	Beschluss	
Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG-AG) (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 4/429 –	763	Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und PDS: Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung der Kommunalverfassung für das Land Meck- lenburg-Vorpommern (5. ÄndG KV M-V) (Erste Lesung) – Drucksache 4/527 –  Heinz Müller, SPD	771
Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses		Gabriele Schulz, PDS	773
- Drucksache 4/552	763	Minister Dr. Gottfried Timm	773
Torsten Koplin, PDS 763,	765	Beschluss	774
Harry Glawe, CDU	764		
Jörg Heydorn, SPD	765		
B e s c h l u s s	766		
Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern		Wahl des Landesbeauftragten für Mecklenburg- Vorpommern für die Unterlagen des Staats- sicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gemäß § 4 Abs. 1 des Ausführungsgesetzes zum Gesetz über die Unterlagen des Staatssicher heitsdienstes der ehemaligen DDR (Stasi-Unter- lagen-Gesetz – Ausführungsgesetz – StUG-AG) Wahlvorschlag der Landesregierung: Wahl des Landesbeauftragten für Mecklenburg-	
Mecklenburg-vorpommern (Erste Lesung)  – Drucksache 4/509 –  Minister Helmut Holter	766	Vorpommern für die Unterlagen des Staats- sicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gemäß § 4 Abs. 1 des Ausführungsgesetzes zum Gesetz über die Unterlagen des Staatssicher heitsdienstes der ehemaligen DDR (Stasi-Unter-	r <b>-</b>
Regine Lück, PDS		lagen-Gesetz - Ausführungsgesetz - StUG-AG)	771
Reschluss	768	- Drucksache 4/518	

Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds der G 10-Kommission gemäß § 2 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz (G 10)	775	sowie zu dem Beschluss des Landtages Mecklenburg- Vorpommern vom 12. März 2003 zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und PDS Entschließung zur Erklärung des Politischen Vorstandes der Konferenz Peripherer Küstenregionen Europas und zu weiteren Beschlüssen auf nationaler Ebene anlässlich des Untergangs des Öltankers "Prestige"		
<b>zu Artikel 10 Grundgesetz (G 10)</b> – Drucksache 4/534 –	775	- Drucksache 4/281 Drucksache 4/554	776	
B e s c h l u s s	785	Birgit Schwebs, PDS	776	
Peter Ritter, PDS	775	B e s c h l u s s	777	
Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V) – Drucksache 4/549 –	775	Unterrichtung durch die Landesregierung: Bericht zur Erweiterung der Europäischen Union – Drucksache 4/463 –	777	
Beschluss		Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff	777	
Unterrichtung durch die Landesregierung: Entwurf einer Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Förderung der angewandten Forschung und Entwicklung an Fachhoch- schulen nach Artikel 91b des Grundgesetzes – Drucksache 4/230 –		Michael Ankermann, CDU	779	
		Detlef Müller, SPD	780	
		Karsten Neumann, PDS B e s c h l u s s		
des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur – Drucksache 4/551 –	776	Änderung der Tagesordnung gemäß § 74 GO LT	783	
B e s c h l u s s	776	Gesine Skrzepski, CDU (zur Geschäftsordnung)	783	
		Angelika Gramkow, PDS (zur Geschäftsordnung)	783	
Beschlussempfehlung und Bericht des Umweltausschusses zu dem Beschluss des Landtages Mecklenburg- Vorpommern vom 11. Dezember 2002 zu dem Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 11. Ostseeparlamentarierkonferenz in St. Petersburg (Russische Föderation)		B e s c h l u s s	783	
am 30. September und 1. Oktober 2002  – Drucksache 4/44 –		Nächste Sitzung Donnerstag, 26. Juni 2003	783	

#### Beginn: 10.00 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 16. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die vorläufige Tagesordnung der 16., 17. und 18. Sitzung des Landtages liegt Ihnen vor.

Meine Damen und Herren, von der Fraktion der CDU liegt auf Drucksache 4/577 ein Antrag zum Thema "Vorrang für Sicherheitskonzept Ostsee" vor. Auf Wunsch des Antragstellers soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraph 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss über die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden. Wird das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gewünscht? – Das ist der Fall. Bitte, Herr Caffier.

**Lorenz Caffier**, CDU (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

"Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag stellt fest:

... Die Öltransporte von und zu den wichtigsten 8 Ölhäfen der Ostsee betrugen 1995 77,5 Mio. t. Mit dem bereits laufenden und dem geplanten weiteren Ausbau der Ölumschlagskapazität in den östlichen Ostseehäfen werden 137 Mio. t erreicht. Bei der Verwirklichung aller Pläne 177 Mio. t.

Mit der russischen Politik zur Umlenkung des Außenhandels auf die eigenen Seehäfen und dem damit verbundenen Ausbau der Ölhäfen Primorsk und Vysotsk erhöht sich deren Umschlagskapazität bis 2007 auf mindestens 50 Mio. t.

Laut Greenpeace betragen die Öltransporte über Primorsk in 2002 13 Mio. t mit 135 Tankern. Für 2004 werden von Greenpeace 1.000 Tanker mit 90 Mio. t erwartet.

Im Jahre 2002 passierten etwa 63.000 Schiffe die Kadetrinne, davon 8.200 Tanker. Mit jährlich 65.000 Schiffen wird bereits gerechnet. Das sind 178 täglich und 7,5 pro Stunde. Bis 2010 muss mit bis zu 180.000 – 200.000 Schiffsbewegungen gerechnet werden. ...

Die aktuellen Beispiele des Unterganges des chinesischen Frachters "Fu Shan Hai' vor der Ostseeinsel Bornholm mit 1.600 Tonnen Schweröl im leckgeschlagenen Tank und 60.000 Tonnen Dünger … in undichten Luken an Bord, die "Prestige" vor der spanischen Küste und der "Acushnet" im Kattegat zeigen, dass die Gefahr einer Katastrophe für unsere Küste dramatisch gewachsen ist. Die Verhinderung von Schiffsunfällen mit verheerenden Auswirkungen auf die Region ist für die hier lebenden Menschen, für die Umwelt, für die Fischerei und den Fremdenverkehr von allerhöchster Bedeutung. …

Mit der zu erwartenden Entwicklung des Seeverkehrs steigt die Gefahr einer nicht mehr beherrschbaren Umweltkatastrophe. ...

Es fehlt bis heute ein präventives und an den zukünftigen Gefahrenpotentialen orientiertes verbindliches Sicherheitskonzept Ostsee.

Daher fordert der Landtag die Landesregierung auf, sich gemeinsam mit den anderen norddeutschen Küstenländern unverzüglich für die Umsetzung folgender Hauptforderungen einzusetzen:

- Der Gesetzgeber hat für den Havariefall die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, die ein schnelles Handeln durch das Havariekommando ... ermöglicht. Dazu gehört auch die Zuständigkeit im Katastrophenfall auf See gegenüber BGS, Zoll, Bundesmarine, Hafenbehörden und Landräten ...
- Überwachung und Regelung des Schiffsverkehrs in der Kadetrinne und auf dem Tiefwasserweg ... sowie weiterführender Transitwege durch die Verkehrszentralen wie bei der Flugsicherung.
- Durchsetzung einer Lotsenannahmepflicht in der westlichen Ostsee für Schiffe mit Gefahrgutladung, über 50.000 tdw Tragfähigkeit oder einem Tiefgang von über 11 m bei der internationalen Schifffahrtsorganisation IMO
- 4. Begleitung von Schiffen mit Gefahrgutladung ...
- Dynamische Anpassung des "Sicherheitskonzeptes Ostsee" an die Entwicklung des Schiffsverkehrs (z. B. Notschleppkonzept und Bereitschaftsposition, Abwehr von Terrorismusgefahren).
- Berücksichtigung des Schiffsverkehrs bei der Genehmigung von Offshore-Windparks (z. B. durch ausreichende Sicherheitsabstände zu den Schifffahrtswegen; Ausdehnung der Raumordnung der Küstenländer auf das Küstenmeer entsprechend Top 3.3 der UMKNord vom 04.12.2002).
- 7. Für havarierte Schiffe ist eine ausreichende Anzahl geeigneter Nothäfen und Notliegeplätze bereitzustellen. In diesen Nothäfen und Notliegeplätzen müssen die Voraussetzungen zur Bekämpfung der Havarie geschaffen sein. Bei Ausweisung von Nothäfen und Notliegeplätzen ist sicherzustellen, dass eine Berücksichtigung der Interessen der Menschen und der Umwelt gewährleistet ist.
- 8. Personelle und materielle Verstärkung der Hafenstaatenkontrollen in den Abgangshäfen der Ostsee.
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen der EU und den Ostseeanrainerstaaten zur Verbesserung der Schiffssicherheit (z. B. Überwachung der Klassifikationsgesellschaften, internationale Terrorismusabwehr, Einlaufverbote, Schiffsfestigkeitsuntersuchungen im Rahmen der Hafenstaatenkontrollen).

... Das Havariekommando in Cuxhaven ist ein erster Schritt. ... Die von See her zu erwartenden Gefahren werden von Tag zu Tag größer. Mehr Schiffe, größere Schiffe, Offshore-Windparks als Schifffahrtshindernisse, aber auch mögliche terroristische Angriffe gefährden die Ostsee. Dies erfordert die Bündelung aller Kräfte. Die Schaffung einer nationalen Küstenwache mit allen Kompetenzen aus einer Hand ist die Voraussetzung für ein zukunftsfähiges Sicherheitskonzept Ostsee und die Vorstufe für eine europäische Küstenwache.

... Deutschland muss endlich mit nationalen Maßnahmen die Grundlage dafür schaffen, dass es für die Ostsee zu einer radargesteuerten, flächendeckenden, länderübergreifenden Überwachung des Seeverkehrs kommt, wie sie im internationalen Flugverkehr üblich ist und erfolgreich praktiziert wird.

Mit dem Bau des Yachthafens Warnemünde wird der Bau eines neuen Antennenträgers erforderlich. Dieser neue Turm sollte nicht auf der Warnemünder Mole, sondern im Bereich Darßer Ort aufgestellt werden. Damit ist sichergestellt, dass der ganze Bereich der Kadetrinne einschließlich weiterführender Transitwege durch die Verkehrszentrale Warnemünde überwacht werden kann.

... Deutschland muss unverzüglich mit den anderen Ostseeanrainerstaaten für eine Lotsenpflicht in der Kadetrinne sorgen und gleichzeitig Druck auf Russland ausüben.

Für die Zeit bis zur Einführung einer Lotsenpflicht ist die Begleitung von Gefahrgutschiffen, Schiffen über 50.000 tdw oder mit einem Tiefgang ab 11 m als Sofortlösung durchzusetzen. Danach ist die Begleitung dieser Schiffe in angemessener, der jeweiligen Bedrohungslage angepassten Form, fortzusetzen.

Dazu gehört auch eine seepolizeiliche Stärkung der Region Darßer Ort bis Dornbusch mit der Stationierung von Küstenschutzstreifenbooten der Wasserschutzpolizei im Nothafen Darßer Ort.

... Moderne und zukunftsfähige Notschleppkonzepte werden auf hohe Schwerwettergeschwindigkeit und Schleppleistung sowie hohe Feuerlöschleistung, Gasschutz und Technik für Großschadensereignisse Wert legen müssen. ... Zur Verminderung der Hilfszeit ... sollte zukünftig ein starker Schlepper im Nothafen Darßer Ort, nahe der Kadetrinne stationiert werden.

Zur dynamischen Anpassung des Sicherheitskonzeptes Ostsee gehört auch die Abwehr von Terrorangriffen für die Seeschifffahrt. Dazu muss auch der Erhalt einer "Kernschnellbootflotille" von 2 - 4 Einheiten in Warnemünde durchgesetzt werden.

... Offshore-Windanlagen sind aus der Sicht der Schiffssicherheit zusätzliche Gefährdungspotentiale. Der Sicherheitsabstand zu den Schifffahrtswegen wurde vom BSH intern mit 2 sm + 500 m festgeschrieben. Diese Sicherheitszone genügt nicht.

Der Abstand zwischen Schifffahrtsstraße und Offshore-Windpark kann realistisch wie folgt ermittelt werden:

Abstand in sm = Warnzeit + Hilfszeit + Eingreifszeit + Stoppzeit x der Driftgeschwindigkeit des Havaristen. ...

... Notliegeplätze und Nothäfen sind mittlerweile in der Ostsee bekannt. Die Vereinbarungen sind noch nicht unterzeichnet bzw. ratifiziert. Was fehlt, ist das präventive Vorhalten der Technik in den Nothäfen sowie die Lagerung von zukünftigen Ölbekämpfungsmitteln, die see- und landseitig erreichbar sein müssen. ...

... Der immer stärker werdende Schiffs- und Fährverkehr erfordert eine Stärkung der Wasserschutzpolizei mit Schwerpunkt in den Häfen Rostock und Sassnitz-Mukran.

... Vor dem Hintergrund der 'Prestige'-Katastrophe, die aufgrund des Alters des Schiffes und seiner Stabilität auch in der Ostsee hätte passieren können, und dem Untergang des chinesischen Frachters 'Fu Shan Hai' sollte Deutschland als Anlieger der Kadetrinne zu einer dringlichen Ostsee-Sicherheitskonferenz alle Anrainer-Staaten einladen, um einen gemeinsamen Sicherheitskatalog zu entwickeln, der auf IMO-Ebene schnell umzusetzen ist."

Meine Damen und Herren, da wir täglich der Gefährdung der Ostsee ausgesetzt sind, ist die Dringlichkeit eines solchen Antrages auch begründet. Und deswegen bitten wir die Fraktionen um Aufnahme des Antrages in die Tagesordnung. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Caffier.

Das Wort wird zur Gegenrede gewünscht. Bitte, Frau Schwebs.

**Birgit Schwebs**, PDS (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Trotz der ausführlichen Einbringung und der Begründung der Dringlichkeit möchte ich im Namen der Koalitionsfraktionen die Dringlichkeit des Antrages ablehnen. Dafür gibt es mehrere Punkte zur Begründung:

Keiner der hier aufgezählten und von Herrn Caffier vorgelesenen Punkte kann nach einer Beschlussfassung des Landtages sofort umgesetzt werden.

Zum Zweiten befinden sich viele der aufgezählten Punkte bereits in der Umsetzung und eine Beschlussfassung würde ihre Umsetzung nicht unbedingt sofort beschleunigen.

Und zum Dritten haben wir uns über verschiedene Punkte des Antrages hier schon verständigt, haben dazu eine Meinung gefunden und uns dazu positioniert.

Deshalb lehnen die Koalitionsfraktionen die Dringlichkeit des Antrages ab, obwohl wir natürlich an dem Thema sehr gerne zusammen weiterarbeiten möchten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Frau Schwebs.

Ich lasse jetzt abstimmen. Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Erweiterung der Tagesordnung abgelehnt durch die Fraktionen der SPD und PDS bei Zustimmung der Fraktion der CDU.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, gestatten Sie mir noch einige Hinweise. Wie im Ältestenrat vereinbart, wird – sofern zeitliche Reserven vorhanden sind – heute der Tagesordnungspunkt 25 vom Ende der Tagesordnung am Donnerstag vorgezogen. Die Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, die ursprünglich für Freitag vorgesehenen Tagesordnungspunkte 26 bis 28 bereits am Donnerstag zu behandeln. Sie werden nach dem Tagesordnungspunkt 24 in die Tagesordnung der morgigen Sitzung eingereiht. Damit entfällt die für Freitag vorgesehene 18. Sitzung.

Gibt es weitere Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 16. und 17. Sitzung des Landtages gemäß Paragraph 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Meine Damen und Herren, ich darf ganz herzlich eine Delegation von Abgeordneten des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern unter der Leitung des Vizevorsitzenden des Sejmik Herrn Zygmunt Dziewguć begrüßen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Die Delegation hat auf der Besuchertribüne Platz genommen. Ich freue mich sehr, dass Sie da sind und somit die begonnenen Kontakte zwischen dem Landtag und dem Sejmik weiter vertiefen. Ich wünsche Ihnen einen guten Aufenthalt bei uns und auch interessante Gespräche.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1**: Aktuelle Stunde. Die Fraktion der PDS hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zum Thema "Innovation – eine Chance für Mecklenburg-Vorpommern" beantragt.

#### Aktuelle Stunde Innovation – eine Chance für Mecklenburg-Vorpommern

Das Wort hat die Fraktionsvorsitzende Frau Gramkow von der Fraktion der PDS. Bitte.

Angelika Gramkow, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit der Warnung, dass Ostdeutschland auf der Kippe steht – Sie erinnern sich vielleicht an diesen Ausspruch von Herrn Thierse im Januar 2001 – sind mehr als zwei Jahre vergangen. Die Lage hat sich dramatisch zugespitzt, aber mit Hartz-Gesetzen und auch mit der Agenda 2010 wird weiter an den neuen Ländern vorbeigedacht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

In der öffentlichen Debatte, glaube ich, kommt der Osten nur noch als eine Problemregion vor, als Experimentierfeld für den Sozialabbau.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Man kann gewiss geteilter Meinung sein, ob die 35-Stunden-Woche momentan zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland werden sollte. Aber ich halte es für unerträglich,

(Karin Strenz, CDU: Wir auch.)

wenn in diesem Zusammenhang Unternehmerinnen und Unternehmer darüber nachdenken, ob sie überhaupt noch Arbeitsplätze im Osten ansiedeln sollten. Der Osten – auch Mecklenburg-Vorpommern – ist längst ein lebendiges Beispiel dafür, was geht und was nicht geht. Wenn es nach Niedriglöhnen und Länge der Arbeitszeiten ginge, müssten wir doch längst eine boomende Region sein, eine blühende Wirtschaftslandschaft.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS, und Karsten Neumann, PDS)

Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern die niedrigsten Durchschnittseinkommen und mit Sachsen-Anhalt vergleichsweise die höchsten Arbeitslosenzahlen. Also müssten wir doch dagegenhalten, Sonderregelungen Ost, ja, aber nicht so, wie sie gegenwärtig gefahren werden! Es vergeht doch kaum ein Tag, an dem nicht eine Sonderwirtschaftszone Ost als tarif- und arbeitsrechtlich deregulierter Landstrich gefordert wird.

Wir, meine Damen und Herren, wir wollen Innovationen in die Gesellschaft, vor allen Dingen natürlich in die Wirtschaft. Wir wollen Unternehmensansiedlungen begünstigen und Gründungswilligen selbst eine Chance geben. Wir rollen doch allen, die in Mecklenburg-Vorpommern und in Ostdeutschland investieren wollen, den roten Teppich aus. Und deshalb setzen wir gegen Arbeitslosigkeit, Abwanderung und soziale Auszehrung ein Innovationsprojekt Ost, das die PDS-Minister und die PDS-Landtagsfraktion vorschlagen, das auch ein breites Bündnis für Arbeit, Ansiedlung und Aufträge bedeuten soll. Wir wollen, dass wir hier im Osten zum Ausgangspunkt für innovative

Veränderungen werden, die den Namen Reform auch wirklich vertragen.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und hier ist nicht nur der Reformdruck höher als im Westen, sondern auch noch die Bereitschaft, Reformen einzugehen.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Das haben doch die Bürgerinnen und Bürger und wir alle in den letzten 13 Jahren bewiesen. Wir schlagen deshalb für die neuen Länder einen Weg vor, der sowohl frei ist von Separatismus Ost als auch von Denkblockaden West. Und seine Hauptrichtungen für dieses Innovationsprojekt lauten:

- 1. Innovation statt Billiglohn
- Eine Modellregion Ost für modernes Verwaltungshandeln, statt wilder Deregulierung
- 3. Aktive Beschäftigungspolitik, statt passiver Sanierung

Meine Damen und Herren, wir fragen nicht zuerst danach, was der Bund und Europa noch für uns, für Ostdeutschland tun könnten. Das Innovationsprojekt Ost fordert nicht mehr Geld für den Osten, sondern wir wollen es anders verteilen, wir wollen es investieren. Wir brauchen hier einen neuen Schub, eine neue Kraftanstrengung. Und ich sage es noch mal: Es geht nicht um mehr Geld, sondern um Langzeitwirkung des Geldes, was bisher in den Osten geflossen ist und was weiter in unseren Landstrich fließen wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir fragen zuerst, was wir selbst in die Hand nehmen können, um erstens die heimischen wirtschaftlichen Potentiale, die wir haben in unserem Land, noch besser zur Entfaltung zu bringen, und zweitens ostdeutsche Regionen und damit auch Mecklenburg-Vorpommern für Ansiedlungen und Investoren interessanter zu machen als andere Regionen in Deutschland. Das Innovationsprojekt Ost heißt auch, das Gemeinsame zwischen den fünf ostdeutschen Flächenländern und Berlin in den Mittelpunkt zu rücken. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass das vor allen Dingen auch heißt, bereits vorhandene Sonderregelungen nicht zu verkürzen, sie nicht auszuhöhlen und schon gar nicht zuzulassen, dass sie insgesamt abgeschafft werden. Denn Ostdeutschland ist eine strukturschwache Region, aus der einige stärkere Gebiete herausragen, während es in Westdeutschland doch genau umgekehrt ist. Und deshalb werden die Gesetze zur modernen Dienstleistung am Arbeitsmark dem Osten leider einen schlechten Dienst erweisen. Druck auf Arbeitslose und raschere Vermittlung von Arbeitslosen auf freie Arbeitsplätze müssen doch hier scheitern, denn es gibt keine Arbeitsplätze.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wo bleibt denn Holters Sonderkomponente für Hartz?)

Was soll ein kreditfinanziertes Infrastrukturprogramm, wenn über den Kommunen der "Pleitegeier" kreist und ihnen verwehrt wird, neue Schulden überhaupt aufzunehmen? Für die Kommunen steht die Frage doch anders, denn sie sind gar nicht in der Lage, die Kredite in Anspruch zu nehmen.

Meine Damen und Herren, von der wirtschaftlichen Entwicklung hier bei uns müssen doch Impulse für die wirt-

schaftliche Dynamik der Bundesrepublik und auch Europas ausgehen. Deshalb müssen wir auf Innovation setzen. Die Mittel und Förderprogramme werden auf Wissenschaft, Forschung und Entwicklung konzentriert und ausgerichtet, um den Sprung in wissensbasierte Wertschöpfungsketten zu erleichtern. Ich nenne nur das Stichwort Biotechnologie. Innovationsorientierte Entwicklung heißt nicht nur, High-Tech-Regionen für technologische Neuerungen zu entwickeln. Das heißt auch, die damit verbundenen Weichen so zu kulturellen Standortbedingungen zu entfalten. Wichtig sind deshalb soziale Innovationen, soziale Problemlösungen für die kommenden sozialen Umbrüche, vor denen wir alle stehen, aber auch die, die sich im Osten bereits abzeichnen.

Und, meine Damen und Herren, die neuen Länder und auch wir in Mecklenburg-Vorpommern brauchen eine Kultur der Selbständigkeit und des Unternehmergeistes. Es fehlt jedoch nicht an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sondern es fehlen uns doch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Politik und Staat können hierfür Voraussetzungen schaffen, Transparenz herstellen, Schwellen abbauen, bürokratische Gängeleien beseitigen, Grenzen überwinden helfen, auch Grenzen überwinden bezüglich der Grenzgebiete zu den neuen EU-Mitgliedsländern. Modellregion Ost heißt deshalb für uns auch, dass wir in den neuen Ländern zum bundesweiten Modell für modernes Verwaltungshandeln werden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Oh, oh! Da bringe ich Ihnen nachher gleich noch sehr schöne Beispiele, Frau Gramkow.)

Überflüssige Regelwerte aus den Zeiten der Industriegesellschaft, die nach Ostdeutschland exportiert wurden, werden abgeschafft, Antragsteller wo nur möglich von Nachweis- und Genehmigungspflichten entlastet, moderne Regelwerke entwickelt, etwa in Beteiligungsverfahren.

Wir könnten uns doch den Ruf erwerben, dass unsere Verwaltung auch hier in unserem Land nicht nur schneller, problemorientierter und unbürokratischer handelt, sondern dass ihre Bescheide auch in hohem Maße von unterschiedlichen Interessengruppen akzeptiert werden, dass sie bestands- und rechtssicher sind. Eine Offensive zur Modernisierung des Verwaltungshandelns würde auch signalisieren, dass wir alles tun, um hemmende Vorschriften abzuschaffen, zielführend zu handeln, mit den Mitteln sorgsam und effizient umzugehen und dann auch noch real Kosten einzusparen.

Und weil das so ist, gibt es innerhalb des Innovationsprojektes Ost auch die klare Aussage, dass wir entschieden Konzepte ablehnen, die Ostdeutschland als Niedriglohngebiet mit hohem Armutsrisiko ausbauen. Ein solcher Wettbewerb, meine Damen und Herren, den können wir mit den Nachbarstaaten nicht gewinnen. Investitionen in moderne Produktionsweisen und Niedriglöhne gehen – das zeigt die Erfahrung in Europa – nirgendwo zusammen. Warum sollte dies in Mecklenburg-Vorpommern so sein? Wir setzen deshalb auf aktive Beschäftigungspolitik gegen unanständige passive Sanierung. Für uns bleibt der Einsatz dafür, Menschen in Lohn und Brot zu bringen, Arbeitsplätze zu schaffen, doch der Kern im Kampf um mehr soziale Gerechtigkeit. Wo Arbeitsplätze fehlen, hilft die beste Vermittlung nicht weiter.

Wir werden die Bundesregierung deshalb nicht aus der Pflicht entlassen können, die von ihr versprochene Initiative "Kommunale Infrastruktur Ost" gut auszustatten und sie rasch zu realisieren, denn nur wenn die ostdeutschen Kommunen wieder zu Auftraggebern werden, haben viele kleinere Unternehmen und Handwerksbetriebe eine Chance in der Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

In diesem Zusammenhang eine weiteres klares Wort. Die PDS ist für ihren Gedanken eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors immer wieder scharf kritisiert worden. Die Wiedereinführung der Planwirtschaft, das war noch der freundlichste Vorwurf.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Jetzt redet sogar Nürnberg von einem ehrlichen zweiten Arbeitsmarkt, allerdings auf Sozialhilfeniveau.

(Harry Glawe, CDU: Sie reden ja noch von einem dritten Arbeitsmarkt.)

Die PDS wird sich entschieden dagegen wehren, dass aus den arbeitslosen Menschen die Mittel herausgespart werden, die für eine Haushaltskonsolidierung gebraucht werden. Druck auf Arbeitslose, auf Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger durch verschärfte Zumutbarkeitsregelungen, Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld und so weiter und so fort, sie werden gerade hier bei uns im Osten einen Verarmungsschub auslösen. In Mecklenburg-Vorpommern, so hat der Erwerbslosenbeirat des Landes ausgerechnet, droht zwei von drei Arbeitslosen der sofortige Abstieg in die Sozialhilfe. Unterdessen sind ein Drittel bis zur Hälfte der Arbeitslosen in Mecklenburg-Vorpommern langzeitarbeitslos.

Deshalb bleibt es notwendig, dass wir über aktive Beschäftigungspolitik reden, eine Politik, die gemeinwohlorientiert und unternehmensnah ist. Und deshalb halten wir an einem öffentlich geförderten, aus Steuergeldern finanzierten Beschäftigungssektor fest. Er ist notwendig, denn schon die Einschnitte bei ABM und SAM haben sich als gefährlich für den sozialen Zusammenhalt ganzer Regionen erwiesen.

Meine Damen und Herren, Vorbild West – Abziehbild Ost, dieses Muster hat ausgedient,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Reinhardt Thomas, CDU: Das ist ja hammerhart!)

Ich denke, lassen Sie uns beginnen, um Vertrauen zu werben und für die Gestaltung letztendlich dafür zu sorgen, dass wir unsere Stärken stärken und die Schwächen schwächen, denn Aufbruch beginnt bei den Köpfen. Lassen Sie uns hier beginnen!

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Frau Gramkow.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Petters von der Fraktion der CDU.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Andreas Petters, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Thema heißt ja "Innovation – eine Chance für Mecklenburg-Vorpommern". Ich habe lange überlegt, was ich damit anfangen soll.

(Ute Schildt, SPD: Das glaube ich Ihnen.)

Was hat denn der sozialdemokratische Abgeordnete Rainer Beckmann in der 1. Legislaturperiode, auch einer meiner Vorgänger als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, gesagt:

(Siegfried Friese, SPD: Der hat viel gesagt.)

Nach der Wende hatten wir fast keinen wettbewerbsfähigen Arbeitsplatz. Und deswegen hat sich bereits 1990, Frau Gramkow, Herr Beckmann für Technologiezentren eingesetzt. Er ist dort Vorstandsvorsitzender. Und ich denke, wenn Sie die Parlamentsdebatten in den vielen Jahren – Sie sind ja schon lange in diesem Hohen Haus Mitglied,

(Angelika Gramkow, PDS: Vielleicht auch zu lange.)

vielleicht auch zu lange -

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

verfolgt haben, dann dürfte Ihnen ja aufgefallen sein, dass wir über das Thema Innovation schon so oft gesprochen haben und dass die PDS in diesen Diskussionen nicht gerade immer die innovationsfreundlichste Partei war.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Sie sollten Herrn Beckmann mal lieber fragen! – Torsten Koplin, PDS: Üble Nachrede! – Zurufe von Reinhardt Thomas, CDU, und Regine Lück, PDS)

Und wenn wir das jetzt aus der Sicht dieser Legislaturperiode sehen, haben wir ja auch schon über Innovation diskutiert. Ich darf nur an den Transrapid erinnern, den Sie ja auch abgelehnt haben, und wir haben zum Thema ITER gesprochen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heinz Müller, SPD: Ah ja. – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Das sind alles Innovationen, die für unser Land notwendig sind.

(Heiterkeit bei Jörg Heydorn, SPD – Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Und selbst die Vereinigung der Unternehmensverbände hat im Januar – das ist ja schon ein paar Monate her – davon gesprochen, dass Innovation Voraussetzung für Wachstum ist. Also ich frage mich, wo eigentlich heute das aktuelle Thema ist, das in der Aktuellen Stunde hier unbedingt besprochen werden soll.

(Torsten Koplin, PDS: Das ist immer ein aktuelles Thema, Innovation.)

Ich habe darüber nachgedacht und bin dann natürlich auch auf Ihr Impulspapier gestoßen. Und dann habe ich mir gedacht, eigentlich ist ja der Titel dieser Aktuellen Stunde falsch,

(Regine Lück, PDS: Aber nur eigentlich. – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

weil es nicht heißen müsste "Innovation – eine Chance für Mecklenburg-Vorpommern", sondern: "Innovation – Chancen für die Partei des Sozialistischen Demokratismus" oder wie das heißt. (Zuruf von Gerd Walther, PDS)

Ich denke, darüber müssen wir reden, wenn wir dieses Papier sehen. Ich habe es hier vorliegen und Sie haben ja auch daraus zitiert.

> (Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS: Und wir haben es Ihnen geschickt. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich möchte einfach mal zitieren und dann möge das Hohe Haus selbst werten: "Mut braucht Bündnisse, Bündnisse brauchen Mut", meine Damen und Herren.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von Rainer Prachtl, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

Ein weiteres Zitat: "Nur ansiedlungsfreundliche Verwaltungen sind modern", meine Damen und Herren.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD – Torsten Koplin, PDS: Haben Sie auch Substantielles? – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD – Glocke der Vizepräsidentin)

Dann müssen wir auch sagen, dass viele Verwaltungen in diesem Land leider noch unmodern sind.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Aber wissen Sie, mit diesen Überschriften können und sollten wir hier im Hohen Hause nicht arbeiten.

(Torsten Koplin, PDS: Auch den Text lesen!)

Natürlich haben wir auch den Text gelesen, ich denke aber mal, Überschriften sollen doch das Problem vorbereiten, was Sie nachher dann in dem Papier lösen wollen

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Wenn wir von Innovation in der Politik sprechen, hat ja eigentlich die PDS-Landtagsfraktion in der letzten und gerade auch in dieser Legislaturperiode nicht gerade sehr geglänzt. Ich weiß nicht, was Innovation bedeutet,

(Zuruf von Regine Lück, PDS)

oder vielleicht ist das Innovation, wenn man sich innerhalb eines Regierungsbündnisses befindet und das zentrale Reformvorhaben der Landesregierung, die Verwaltungsstrukturreform, dann mit einem Gegenkonzept konterkariert. Sind das Innovationen, die wir demnächst von der PDS zu erwarten haben?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS: Sie wissen doch gar nicht, worüber Sie reden!)

Oder bedeuten Innovationen à la PDS, dass man ...

(Reinhard Dankert, SPD: Sie haben ja schon zwölf dagegengehalten.)

Ja, wunderbar.

(Angelika Gramkow, PDS: Herr Petters, haben Sie mir gar nicht zugehört?)

Bedeuten Innovationen, dass ein Minister aus dem Kabinett Ringstorff bei einer Veranstaltung gegen den eigenen Ministerpräsidenten demonstriert? Sind das Innovationen, die wir brauchen? Hat das was mit Aktualität zu tun, meine Damen und Herren?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Reinhardt Thomas, CDU: Richtig. – Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, und Dr. Margret Seemann, SPD)

Innovationen, meine Damen und Herren, und die Unterzeichner dieses Papiers sind ja Helmut Holter, Lothar Bisky, Angelika Gramkow. Ich weiß, dass man, wenn man in Verantwortung ist, genauso wie Gregor Gysi, natürlich die Probleme ganz anders sieht.

(Zuruf von Jörg Vierkant, CDU)

Aber Gregor Gysi hat sich ganz anders verhalten zum Thema Innovation, er hat seinen Hut genommen. Und ich weiß, das ist natürlich auch ein Problem.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Wissen Sie, ich spreche Ihnen das ja zu, dass Sie jetzt auch ein Gefühl dafür bekommen, dass es wichtig ist, auch in Verantwortung für dieses Land etwas zu tun. Wir stimmen Ihnen auch zu, dass Innovationen sehr, sehr wichtig sind.

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Sie müssen aber auch immer überlegen, wie sich diese Innovationsbereitschaft in Gemeindeparlamenten, Stadtparlamenten, Kreistagen wirklich gestaltet. Ich sehe natürlich auch ein Problem darin, wo die Innovationsbereitschaft an der Basis ist, meine Damen und Herren.

> (Dr. Margret Seemann, SPD: Sie können doch den Begriff gar nicht definieren, haben Sie eben gesagt. – Gerd Walther, PDS: Was Sie sich für Sorgen machen!)

Wenn ich Sie frage, Frau Gramkow, wie denn Ihre Basis und die Partei zum Beispiel zum Thema Steuer- und Abgabensenkung, Bürokratieabbau, Verringerung der Regelungsdichte und so weiter, alles, was man mit Innovation verbindet, steht, dann habe ich meine Zweifel, ob das, was hier in Schwerin vorbereitet wird, auch insgesamt mit einem Ruck für Arbeit, Ansiedlung, Aufträge, insgesamt für ein Innovationsprojekt Ost reicht.

(Angelika Gramkow, PDS: Sie werden sich noch wundern!)

Ich habe in dieser Legislaturperiode einfach einmal in der Vergangenheit recherchiert, um herauszufinden, wie innovativ denn die Kabinettsmitglieder dieser Landesregierung waren. Eine Pressemitteilung vom 18.06.2003, Sozialministerin Dr. Marianne Linke, PDS: "Die Starken zur Kasse bitten". Das ist Innovation à la PDS, meine Damen und Herren! Oder die FFH-Gebiets-Diskussion. Einfach ein paar Gebiete nachmelden, hat das was mit Innovation zu tun, ohne dass die Unternehmer, die davon betroffen sind, etwas wissen? Ich weiß nicht, was das mit Innovation zu tun hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Torsten Koplin, PDS: Machen Sie sich doch erst einmal kundig, worum es geht!)

Oder, meine Damen und Herren, wenn Herr Holter vor norddeutschen Wohnungsunternehmern eine Rede hält und diesen Menschen aus ganz Norddeutschland sagt: Innovation statt Billiglohn, modernes Verwaltungshandeln statt wilder Deregulierung und aktive Beschäftigungspolitik statt passiver Sanierung – ich weiß nicht, was die Unternehmer von so einem Minister halten, der sich eigentlich um den Wohnungsbestand Gedanken machen müsste.

(Norbert Baunach, SPD: Der Eindruck war sehr positiv. – Ute Schildt, SPD: Wie ist denn Ihre Vorstellung? – Dr. Margret Seemann, SPD: Sie können ja nur mies machen. Sie haben gar keine eigenen Vorschläge.)

Oder wenn wir einfach einmal schauen, was Sie zu den Großstandorten vorgeschlagen haben. Sie haben gesagt, dass demnächst ja einiges passieren wird. Noch vor der Wahl haben Sie angekündigt, dass dort einiges passiert. Und was ist bisher passiert? Sie haben ein paar Pläne gezeichnet, das haben Sie auch bei der Verwaltungsstrukturreform gemacht. Und wie wir alle sehen, weit sind wir damit nicht gekommen, meine Damen und Herren.

Und wenn wir zur Denkwerkstatt, auch einer der Innovationen, kommen –

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU: Sonderdenkwerkstatt!)

heute sitzen ja unsere polnischen Freunde auf der Bank – und wenn wir hören, dass es ein Essen gab mit dem Ministerpräsidenten und in fröhlicher Runde hat man zum Thema Osterweiterung etwas besprochen. Was ist denn bisher vorgelegt worden zum Thema Osterweiterung? Wo sind denn die Innovationen der PDS in diesem Bereich, meine Damen und Herren?

(Beifall Rainer Prachtl, CDU)

Abschließend muss ich noch etwas zu dem Bereich Arbeitsplatzschaffung sagen. Die Innovation der PDS im Bereich der Kreierung von Arbeitsplätzen ist auch ziemlich begrenzt. Wenn man lesen kann in einer Pressemitteilung, unterdessen ist es sogar gelungen, 872 Arbeitsplätze in 270 gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekten zu schaffen, und dass in diesem Fall sogar Doppelförderungen vermieden werden konnten, dann ist das auch aus meiner Sicht nicht sehr innovativ. Sie müssen sich einfach auch an den aktuellen Themen messen lassen.

Und, meine Damen und Herren, wenn ich zu diesem Thema abschließend sagen kann, dass innovatives Handeln in der PDS von den Führungsspitzen angestrebt wird, dann finde ich das auch gut. Wenn Sie Ihre Partei mitnehmen können, dann finde ich das auch gut. Aber wo soll es denn hingehen mit der PDS? Soll es in Richtung linke Parteibasis der SPD gehen, die jetzt im Rahmen der Diskussion um die Agenda 2010 eigentlich auch auf das Abstellgleis gestellt worden ist?

(Zuruf von Birgit Schwebs, PDS)

Aus meiner Sicht müssen wir uns fragen, was Innovation wirklich noch mit der Partei des Demokratischen Sozialismus zu tun hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Petters.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schildt von der Fraktion der SPD.

(Reinhard Dankert, SPD: Herr Mohr sollte zuerst reden, wenn es geht.)

Ich gebe dann jetzt Herrn Mohr das Wort von der Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Mohr.

(Reinhard Dankert, SPD: Irrtum bei uns, ich bitte um Entschuldigung.)

Klaus Mohr, SPD: Schönen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema der heutigen Aktuellen Stunde lautet: "Innovation – eine Chance für Mecklenburg-Vorpommern". Ich denke, dass der Begriff Innovation, so, wie wir ihn verstehen, nämlich als Synonym für Reform und Entwicklung von neuen Ideen, von Hause aus natürlich positiv belegt ist. Und klar ist auch, dass die so verstandene Innovation zwangsläufig als Chance für neue Politikansätze und für eine neu ausgerichtete Politik in vielen Bereichen steht. Das Thema drückt aber, meine ich, eine Selbstverständlichkeit aus.

(Rainer Prachtl, CDU: Deswegen ja auch keine Aktuelle Stunde.)

Besser und treffender wäre deshalb, meine ich, gewesen, zu titeln: "Innovation – eine Notwendigkeit für Mecklenburg-Vorpommern". Dieses um deutlich zu machen, dass unsere Politik natürlich nicht darauf ausgerichtet sein kann, hier stetig den Status quo zu halten, sondern vielmehr durch die Zielstellung verfolgen muss, Prozesse zu optimieren und hier eben auch an der einen oder anderen Stelle gänzlich neue Wege zu beschreiten. Um es kurz zu sagen: In der heutigen Informations- und Kommunikationsgesellschaft ist die einzige Konstante der permanente Wechsel, die permanente Veränderung. Das ist so, ob wir das wollen oder nicht.

In Anbetracht der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Situation in unserem Land, nicht zu vergessen natürlich erst recht die finanzielle Situation, angesichts dieser Lage sind wir längst an dem Punkt angekommen, wo unser gesamtes politisches Handeln auf den Prüfstand gestellt werden muss. Wenn wir nur weitermachen wie bisher und ausschließlich auf die Mechanismen setzen, auf die wir hier seit Jahren und Jahrzehnten bauen, wenn wir nicht erkennen, dass der Verwaltungsapparat mit seinen vielschichtigen und komplexen Strukturen, die wir über lange Jahre hinweg aufgebaut haben - und dieser Verwaltungsapparat, der heute in einigen Bereichen, in Teilbereichen selbst von Fachleuten nicht mehr überschaut und durchschaut werden kann -, wenn wir nicht endlich begreifen, dass die heutigen Strukturen, in die staatliche Gelder fließen, wenn wir dies alles so nicht sehen und zu der Erkenntnis gelangen, dass wir hier mittelfristig diesen ganzen Apparat nicht mehr finanzieren können, und diese Erkenntnis eben nicht bei der zukünftigen politischen Entscheidung berücksichtigen, denke ich hier zum Beispiel nur an den Haushalt 2004/2005, meine Damen und Herren, dann werden wir Schiffbruch erleiden.

Da wir aber entschlossen sind, unserer politischen Verantwortung gerecht zu werden, kann die Devise nur lauten: Kurs halten! Und wenn ich vom Kurshalten in diesem Sinne spreche, dann meine ich – wie auch eingangs dargestellt –, dass alle Maßnahmen der Landespolitik auf ihren Sinn, auf ihren Zweck und ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen sind und darüber hinaus natürlich auch ganz wesentliche Politikfelder und politische Zielstellungen als Prioritäten zu benennen sind. Klar ist, dass bei einer solchen notwendigen Prioritätensetzung in einigen Bereichen erhebliche Abstriche gemacht und notfalls, zumindest mittelfristig, auch vollständiger Verzicht geübt werden muss. Das geht gar nicht anders und ist einer Prioritätensetzung natürlich immanent. Dazu mache ich später noch einige Ausführungen. Dann heißt Kurshalten

aber auch, in dem von mir beschriebenen Sinn, Mut haben zu Innovation und Veränderung.

Und, meine Damen und Herren, wenn es darum geht, dann ist diese Landesregierung und im Übrigen auch die Bundesregierung, wie ich meine, äußerst aktiv und auf einem guten Weg. Ich möchte einige Beispiele nennen. Tatsache ist, dass wir in einigen wichtigen Bereichen der Arbeitsmarktpolitik des Bundes den Staub vieler Jahre weggeblasen haben,

(Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Torsten Koplin, PDS)

zum Beispiel die längst überfällige Reform der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen der Umsetzung von Hartz III, im Herbst des Jahres auf den parlamentarischen Weg gebracht.

> (Torsten Renz, CDU: Sie blasen die Arbeitsplätze ja gleich mit weg! – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Die Bundesanstalt wird endlich zu einer schlanken, schlagkräftigen und auch dienstleistungsorientierten Behörde entwickelt, jedenfalls wird dieser Entwicklungsprozess jetzt zeitnah eingeleitet. Darüber hinaus gilt die Zielstellung der Bundesregierung, die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu bündeln

(Harry Glawe, CDU: Entschuldigung, da muss ich lachen.)

und die einschlägigen Regelungen des SGB III, die ja den rechtlichen Rahmen für die Arbeitsmarktpolitik bilden, diese Regeln, die teilweise sehr schwer verständlich und undurchschaubar sind, deutlicher zu formulieren und damit transparenter zu gestalten.

Was die Arbeitsmarktpolitik des Landes angeht, haben wir in Mecklenburg-Vorpommern mit dem Arbeitsmarktund Strukturentwicklungsprogramm, abgekürzt ASP, sicherlich neue Maßstäbe gesetzt.

> (Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Ja. – Harry Glawe, CDU: Zwei Jahre zu spät. – Wolfgang Riemann, CDU: In der Abwanderung haben Sie neue Maßstäbe gesetzt.)

Das kann sich sehen lassen, meine Damen und Herren.

(Harry Glawe, CDU: Zwei Jahre zu spät haben Sie die gesetzt! – Dr. Armin Jäger, CDU: Das hat er gar nicht gemerkt.)

Herr Rehberg, meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, da können Sie ruhig lachen, nehmen Sie das bitte zur Kenntnis!

> (Harry Glawe, CDU: Fragen Sie mal Herrn Holter! Der kennt das ganz genau. – Glocke der Vizepräsidentin)

Mit dem ASP wurde ein Programm geschaffen, das sich  $\ldots$ 

(Harry Glawe, CDU: Hat zwei Jahre immer mehr Geld ausgegeben und jetzt will er das sparen.)

Hören Sie doch zu, Herr Glawe! Hören Sie doch zu!

Mit dem ASP wurde ein Programm geschaffen, das sich konsequent und direkt an den maßgebenden beschäftigungspolitischen Leitlinien der Europäischen Union orientiert. Und die Grundarchitektur des Operationellen Programms zum Europäischen Sozialfonds für die Förderperiode 2000 bis 2006 spiegelt sich eben im ASP wider. Mit dem ASP setzen wir die Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik konsequent um,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja!)

denn mit diesem Programm, meine Damen und Herren, haben die Landkreise, die Städte, die Sozialpartner und natürlich auch die Arbeitsverwaltungen vor Ort ein Mitsprache- und Entscheidungsrecht bei der Vergabe und bei der Bewilligung von Arbeitsförderungsprojekten. Und ich denke, so sollte eine sachnahe und kompetente Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik auch aussehen.

Wir können uns aber gleichwohl natürlich nicht selbstzufrieden zurücklehnen und uns hier auf die Schultern klopfen, das ist klar, denn es gilt, das ASP weiterzuentwickeln und noch effektiver und natürlich auch zielgenauer auszugestalten. Außerdem scheint es mir dringend angeraten, das Instrument des Initiativfonds, welches ja auch im ASP angegliedert ist, zu verstärken, denn dieser Fonds war in der Vergangenheit sehr erfolgreich.

Ich denke, dass wir durch diesen Fonds die Kommunen direkt unterstützen und so bei der Ansiedlung von Investoren hilfreich sein konnten. Viele Gemeinden hatten hier Schwierigkeiten, bürokratische Hürden zu überschreiten oder zu überwinden. Mit Hilfe des Initiativfonds sind hier Möglichkeiten geschaffen worden, diese Ansiedlungsprojekte dann letzten Endes doch zu realisieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir über Innovation sprechen, dann muss an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass die Landesregierung mit der eingeleiteten Verwaltungs- und Funktionalreform ein mutiges und äußerst anspruchsvolles Innovationsprojekt in Angriff genommen hat. Und ich bin sicher, auch wenn im Moment einige politische Bremser sich dieser weitreichenden Reform versuchen in den Weg zu stellen, Sand ins Getriebe zu streuen versuchen,

(Torsten Renz, CDU: Meinen Sie die PDS? – Dr. Armin Jäger, CDU: Seien Sie doch nicht so grob mit Ihrem Bündnispartner!)

dass sich gewiss auch Schwierigkeiten nicht leugnen lassen. Schwierigkeiten, die aber, denke ich, bei einem solchen Großprojekt eher normal sein dürften.

Herr Dr. Jäger, das sehe ich so.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie brauchen ihn noch.)

Gleichwohl bin ich sicher, dass wir dieses Projekt letzten Endes zum Erfolg führen werden, meine Damen und Herren.

Und wenn es um das vielzitierte Schlagwort von Entbürokratisierung geht – viele reden davon, wir handeln, wir schreiben es uns auf die Fahnen –,

> (Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Beifall Siegfried Friese, SPD – Glocke der Vizepräsidentin)

dann bin ich froh, meine Damen und Herren, dass die Landesregierung auch auf diesem Weg, finde ich, auch auf diesem besonders wichtigen Gebiet, auf diesem Terrain unter Federführung des Justizministers in die Spur gegangen ist, (Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, der ist schon rausgegangen. Der kann das auch nicht mehr hören.)

um hinsichtlich aller landesgesetzlichen Vorschriften und aller daraus abgeleiteten Vorschläge

(Dr. Armin Jäger, CDU: Der kann das nicht ertragen. – Wolfgang Riemann, CDU: Ist in der Spur versackt.)

Maßgaben zu einer umfassenden Deregulierung zu erarbeiten. Und ich denke, wir werden hier spätestens bis Ende des Jahres auch die ersten konkreten Ergebnisse vorweisen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Sie können das nicht ertragen, was Sie da reden.)

Meine Damen und Herren, da können Sie ruhig lachen, denn Fakt ist, so schaffen wir Bürgernähe und so schaffen wir auch eine effektive Verwaltung,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Ja, Sie schaffen Bürgernähe!)

dazu waren Sie ja über Jahre hinweg nicht fähig.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Torsten Renz, CDU: Das Thema ist Innovation!)

Schließlich möchte ich noch anführen, meine Damen und Herren, wir entwickeln unser Tourismuskonzept unter anderem mit der Zielstellung fort, ...

(Vincent Kokert, CDU: Tourismus ist das Allheilmittel hier. – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Hören Sie doch zu!

... Mecklenburg-Vorpommern zur Nummer eins im Bereich des Gesundheitstourismus zu machen. Auch das, meine Damen und Herren, ist Innovation.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Da brauche ich aber kein 100.000 Euro teures Gutachten dafür! – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und wir beabsichtigen, Konzepte für eine gebündelte, effektive und qualitativ hochwertige Existenzgründerberatung,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wo?)

aber auch zur Bündelung und strategischen Ausrichtung der Projekte zur Erleichterung von Existenzgründungen gerade aus dem Hochschulbereich heraus zu erarbeiten,

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Wo leben Sie eigentlich?!)

um nur einige ganz aktuelle politische Maßnahmen hier im Bereich der Wirtschaftspolitik anzusprechen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Haben Sie mal einen Existenzgründer begleitet?)

Ich möchte noch ein paar Punkte ansprechen, und zwar die Verbesserung von Unternehmensfinanzierungen,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Fragen Sie mal Herrn Ebnet, was der meint!)

Fortentwicklung einer leistungsfähigen Infrastruktur im Land, Fortführung innovationsfördernder Maßnahmen,

Netzwerke und Cluster. All dies, meine Damen und Herren, können Sie gerne zur Kenntnis nehmen, ist auf unserer Agenda und das bearbeiten wir. Meine Damen und Herren, Sie sehen, wir handeln, die Landesregierung handelt

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Erlauben Sie vielleicht noch eine Anmerkung. Wenn ich eingangs angesichts der angespannten Finanzsituation von der Notwendigkeit einer klaren Prioritätensetzung gesprochen habe, dann heißt das ganz konkret:

(Dr. Armin Jäger, CDU: Den Kommunen das Geld wegnehmen. Richtig. – Eckhardt Rehberg, CDU: Bei den Schwächsten kürzen, das ist die Innovation, die Sie haben.)

Ich denke, dass die Politikbereiche Arbeit, Wirtschaft und Bildung in jedem Fall eine hervorgehobene Bedeutung in der Politik unseres Landes haben sollten!

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Egbert Liskow, CDU)

Und hier müssen wir Schwerpunkte setzen, und zwar sicherlich im Besonderen, wenn es um die Verteilung knapper finanzieller Ressourcen geht.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Das haben Sie schon getan.)

Für mich macht es deshalb Sinn, in die Bereiche, welche die Zukunft unserer Generation und der Generationen darüber hinaus sichern, zu investieren. Hier sollten wir, denke ich, Mittel konzentrieren, um so eine hohe Qualität in diesen Sektoren zu gewährleisten.

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Das erleben wir gerade in diesem Land, wie die Mittel konzentriert werden.)

Wir haben nichts gewonnen, davon bin ich überzeugt, wenn wir stattdessen die ganze Palette an staatlichen Leistungen für möglichst viele Bereiche vorhalten wollen, denn dann sind wir auch nur auf all diesen Feldern höchstens Mittelmaß,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Oh, wäre das schön, wenn wir mal Mittelmaß würden und nicht immer im unteren Drittel hängen würden.)

auf jeden Fall sind wir dann aber nicht erstklassig, wir sind nicht wettbewerbsfähig.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Und deshalb, meine Damen und Herren, bin ich sicher, dass für Mecklenburg-Vorpommern nur der erste Weg, den ich hier aufgezeichnet habe, der richtige ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist doch unverschämt. – Unruhe bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Vielleicht noch eine ganz kurze Anmerkung, denn ich sehe, dass die Lampe leuchtet. Frau Gramkow ist leider nicht mehr im Raum, ich muss jedoch feststellen, dass sie die Bundesregierung hier massiv angegriffen hat. Der Ruf der PDS geht weiterhin dahin, Sonderprogramme aufzulegen und weitere Wohltaten zu verteilen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass hier – ich will nur noch zwei Zahlen nennen – 882 Millionen Euro in diesem Jahr von der BA für aktive Arbeitsmarktpolitik ausgegeben werden.

(Zuruf von Gerd Walther, PDS)

Nehmen Sie auch zur Kenntnis, dass in den letzten zwölf Jahren 138 Milliarden Euro für aktive Arbeitsmarktpolitik in die neuen Länder geflossen sind, also eine ganze Menge an finanziellen Mitteln.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Das sind 520 Millionen weniger als im Vorjahr für Mecklenburg-Vorpommern. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Leider ist es so, dass dies nicht ausreicht. Bitte nehmen Sie aber zur Kenntnis, finanzielle Mittel bekommen Sie hier nicht auf Knopfdruck!

> (Beifall, Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten der CDU und Siegfried Friese, SPD – Zuruf von Torsten Renz, CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

Und wie Sie diese Gelder erbringen wollen, dazu habe ich von Ihnen nichts gehört, keine Antwort. Deshalb lassen Sie uns bitte zusammen an weiteren sinnvollen Lösungen arbeiten. – Schönen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Mohr.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Riemann

(Torsten Renz, CDU: Das hat hier nichts mehr damit zu tun.)

von der Fraktion der CDU.

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der SPD – Eckhardt Rehberg, CDU: Das war ein komisches Aquaplaning.)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich bitte doch um mehr Ruhe und Aufmerksamkeit!

Wolfgang Riemann, CDU: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Innovativ wäre es ja vielleicht auch, wenn wir mal zuhören.

 (Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten der SPD, Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff und Minister Dr. Wolfgang Methling – Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

Die PDS hat auf die Agenda gesetzt. "Innovation – eine Chance für Mecklenburg-Vorpommern", Sie möchte damit vielleicht

(Heinz Müller, SPD: Vielleicht noch eine Innovation? Vor dem Lachen zuhören! – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

ihr Papier hier einer breiten Öffentlichkeit darlegen. Ich frage mich natürlich, warum redet heute kein Vertreter der Landesregierung?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU) Haben Sie sich von Innovation verabschiedet? Verwalten Sie dieses Land nur noch, anstatt zu gestalten?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jetzt geht auch noch der Wirtschaftsminister raus. Der kann auch nicht mehr.)

Was mir heute zu kurz gekommen ist, ist die Bildung, das einzige Gut, das dieses Land als Rohstoff wirklich hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Im PDS-Papier finden wir zu Universitäten, Wissenschaft und Forschung zwei Unterabsätze, 115 Worte,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Immerhin. – Torsten Koplin, PDS: Es kommt ja auf den Inhalt an und nicht auf die Zahl der Worte. – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wie viel Kommata?)

zur Schule, die man mit Gesundheit zusammengeschmissen hat, in einem Unterabsatz 33 Worte. Vielleicht, meine Damen und Herren von der PDS, schämen Sie sich für Ihr Regierungshandeln,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

dass Sie diesem Schwerpunkt sowohl heute als auch in Ihren Reden keine Aufmerksamkeit gewidmet haben. Wenn 165 Stellen an Förderschulen gestrichen werden, so bestrafen Sie die, die es notwendig haben.

> (Beifall bei Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig. Genau so ist das.)

Wenn diese Landesregierung, um bei der Bildung zu sparen, 200 bis 400 – die GEW redet von 200, andere reden von bis zu 400 – Lehrerstellen streicht, indem sie je Klasse und Woche eine Stunde einspart, dann ist das Bildungsabbau, dann ist das innovationsfeindlich

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

und nicht Schwerpunktbildung, wie es mein Vorredner gerade versucht hat, uns zu suggerieren.

Ich sage Ihnen deutlich: Am Gymnasium Heringsdorf – und dafür sollten Sie sich heute schämen angesichts der polnischen Gäste aus dem Sejmik, – fällt der bilinguale Unterricht demnächst aus.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Was?! Das ist ja unglaublich! – Wolfgang Riemann, CDU: Pfui!)

Das hat mir heute Früh ein Vertreter der Kreisverwaltung in Ostvorpommern berichtet, weil er dieses vom Schulleiter hat, weil er diese Stundenkürzung in Kauf nehmen muss.

(Kerstin Fiedler, CDU: Genau so sieht es aus.)

Schämen Sie sich angesichts unserer polnischen Freunde!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Ist das aktuell, was wir heute hier behandeln? Hätten wir nicht lieber über die fehlenden Lehrstellen reden sollen und wie wir dieses Problem lösen?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig, Wolfgang. – Reinhard Dankert, SPD: Da haben Sie doch einen Antrag drauf.)

Hätten wir nicht darüber reden sollen, wie wir das Problem von 25.000 Jobs in der Elektroindustrie, die bundesweit dieses Jahr wegfallen, 60.000 Jobs in der Bauindustrie, die dieses Jahr wegfallen, lösen?

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD – Regine Lück, PDS: Machen Sie es! Tun Sie es!)

Hätten wir angesichts der aktuellen Zahlen von 43.115 Personen, die Mecklenburg-Vorpommern den Rücken kehren,

(Reinhard Dankert, SPD: Wollen Sie die Planwirtschaft wiederhaben?)

davon 73,3 Prozent zwischen 15 und 20 Jahren und 57 Prozent weibliche Auswanderer, hätten wir darüber nicht reden sollen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ist dieses nicht aktueller als Ihr Papier, was Sie hier versuchen, den Menschen nahe zu bringen?

(Reinhard Dankert, SPD: Außer einer Zustandsbeschreibung hören wir von Ihnen auch nichts.)

Hätten wir nicht darüber reden können, warum der Bauminister Holter fünf, vielleicht auch schon sieben Jahre braucht, um die TGL und TGS zusammenzuführen, was eine Forderung der CDU-Fraktion seit dieser Zeit ist?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Regine Lück, PDS: Im Ausschuss haben Sie aber anders gesprochen, Herr Riemann.)

Fünf bis sieben Jahre brauchen wir, um zwei Gesellschaften zusammenzuführen. Fünf bis sieben Jahre! Hätten wir darüber reden können, dass Holter sein verfehltes Plattenbaukaufprogramm über drei Jahre lang durchgehalten hat, anstatt den Erkenntnissen zu folgen, die allgemein bekannt sind, dass er drei Jahre lang dafür Geld ausgegeben hat, dass Notare und Sparkassen leben können, anstatt die Bauwirtschaft?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig, Wolfgang. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Drei Jahre gebraucht, um eine Erkenntnis zu verinnerlichen.

> (Zuruf von Rainer Prachtl, CDU – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und, meine Damen und Herren, hätten wir auch darüber reden können,

(Rainer Prachtl, CDU: Über FFH-Gebiete reden wir.)

wie innovativ Minister Timm in der Kreisgebietsreform gewesen ist?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Der ist jetzt gerade beim Lotsen.)

Hätten wir darüber reden können? Meine Damen und Herren von der SPD, Sie können ihn ja heute im Drachenbootrennen einsetzen, aber Sie müssen ihn andersrum reinsetzen, damit auch vorwärts gerudert wird. (Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Meine Damen und Herren, wie innovativ diese Verwaltung ist, will ich am Beispiel der Gemeinde Koserow darstellen. 10 Millionen Euro Bauinvestitionssummen liegen auf Eis, weil Landes- und innovative PDS-Kreisbehörden diese Investitionen blockieren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die haben ja auch Landräte. Soso.)

Mein Vorredner sprach vom Vorrang des Tourismus. Was will ich einem Investor sagen, der mit 4,5 Millionen Euro 25 Arbeitsplätze, davon fünf Lehrlinge, einstellen will,

(Reinhardt Thomas, CDU: Seine Rede schicken!)

der nur behindert wird durch Kreis- und Landesbehörden? Was will ich Bauwilligen in der Gemeinde Koserow sagen, wo ein B-Plan-Gebiet zwei Jahre lang braucht, um noch nicht genehmigt zu sein?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Als Erstes kommt die Raumordnungsbehörde, eine Landesbehörde: Nein, Koserow darf nicht wachsen, bekommt ja vielleicht mal zu viel Einwohner.

(Heinz Müller, SPD: Sie haben schon einen zu viel.)

Aber wir haben Bauanträge, wir haben Bauanträge von außerhalb, Holters alte Menschen, die in dieses Land kommen sollen und auch Geld reinbringen, die dürfen das nicht. Wir haben die Denkmalschutzbehörde, die meint verhindern zu müssen, weil auf einem Acker 200 Meter weg vom Bauplangebiet vor drei Jahren mal ein Stückchen Steinaxt gefunden worden ist.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Sie müssen den finden, der das da hingelegt hat.)

Wir haben eine Naturschutzbehörde, die Magerrasen, das höchst schützenswerteste Gut in diesem Land, über Bauten, über Arbeit, über menschliche Bedürfnisse stellt. Wir haben Forstbehörden, die auch noch sagen, es könnte ja mal ein Baum umfallen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Oh!)

Ihr müsst also weiter weg. Das alles macht diese Gebiete teuerer und es ermöglicht jungen Leuten nicht zu bauen.

(Vincent Kokert, CDU: Ist das jetzt etwa auch noch FFH-Gebiet geworden?!)

Wir haben ein Landesstraßenbauamt, welches mit 13 Mitarbeitern zu einer Beratung kommt

> (Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Sie machen jetzt dahin einen Betriebsausflug?)

für 25 Wohneinheiten, die dort gebaut werden sollen. Mit 13 Mitarbeitern kommt diese Behörde nach Koserow,

(Karin Strenz, CDU: Betriebsausflug!)

um zu verhindern und zu sagen:

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Ihr dürft das nicht bauen, es könnten ja zu viele Autos nicht auf die Hauptstraße und nicht auf die Bundesstraße, sondern auf die Straße der Gemeinde Koserow rausfahren. Sicherlich in der Nähe der Bundesstraße, aber diese Behörde konstatiert 700 Meter Stau in Koserow.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Oh!)

Ich frage mich, wo soll denn der Stau herkommen?

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Vincent Kokert, CDU: Gibt es da so viele Autos?)

Ich weiß es auch nicht, ich weiß es auch nicht!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Gibt es da überhaupt 700 Meter Straße? – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Wir haben kreisliche Bau-, Planungs- und Naturschutzbehörden unter einer PDS-Landrätin,

> (Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wahrscheinlich geht der Bürgermeister über die Straße. – Torsten Koplin, PDS: Wer ist denn da der Bürgermeister?)

die eben nicht ermöglicht, die blockiert,

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

die blockiert 10 Millionen Investitionssumme. Und damit schlagen sich die Bürger in diesem Land rum.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wer blockiert denn Ostvorpommern? Darüber können wir uns gerne unterhalten. – Glocke der Vizepräsidentin)

Und dann sagen die Bürger natürlich: Ich investiere nicht, ich schaffe keine Arbeitsplätze,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das wissen Sie ganz genau.)

sondern ich wandere aus diesem Land aus!

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Die absolute CDU-Mehrheit verhindert die Entwicklung in Ostvorpommern. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Wir haben einen Minister und eine Landesregierung, die sich Verwaltungsreform,

(Reinhard Dankert, SPD: Der war fleißig dabei.)

Verwaltungsmodernisierung auf die Fahnen geschrieben hat.

(Reinhard Dankert, SPD: Bei der so genannten innovativen Mitarbeit.)

Wir haben jetzt vier Jahre, fünf Jahre SPD/PDS-Regierung, seitdem steht das auf der Agenda. Nicht erst seitdem, es stand auch schon bei uns auf der Agenda. Und was hat sich getan?

(Regine Lück, PDS: Und was haben Sie gemacht?! Was haben Sie getan?!)

Vorschläge der CDU-Fraktion zur Verwaltungsmodernisierung, wir werden sie auch noch morgen hören,

(Regine Lück, PDS: Was haben Sie getan? – Heinz Müller, SPD: Wir sind sehr gespannt!)

werden blockiert und dann wird gesagt, es ist eine Machtfrage.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Nein, meine Damen und Herren, in diesem Land muss endlich Vernunft einziehen in die Verwaltung,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

damit das, was die PDS in ihrem Papier geschrieben hat,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: So wie in der CDU in Ostvorpommern.)

nur ansiedlungsfreundliche Verwaltungen sind modern, Wirklichkeit wird. Wir haben keine moderne Verwaltung. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Rainer Prachtl, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU: Bravo!)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Riemann.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schildt von der Fraktion der SPD.

**Ute Schildt**, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Gramkow hat es im letzten Satz gesagt: Innovation beginnt in den Köpfen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Ilka Lochner-Borst, CDU: Die kann man auch bilden.)

Und ich sage Ihnen, nicht in den 71 Köpfen der Abgeordneten, die hier sitzen, sondern von Hunderttausenden Menschen in unserem Lande, die täglich Ideen haben,

(Karin Strenz, CDU: Und arbeitslos werden.)

die sich verwirklichen wollen und die wir unterstützen müssen dabei.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und das ist unser Ansatz, dafür den Weg zu bereiten, diese Ideen auf den Weg zu bringen.

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Da hilft es uns überhaupt nichts, Herr Riemann, ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber wenn 46 Köpfe blockieren, ist das gar nicht so gut.)

Vielleicht hören Sie zu, Herr Dr. Born!

(Torsten Koplin, PDS: Das fällt ihnen schwer.)

... da hilft es uns überhaupt nichts, Herr Riemann, wenn wir sagen, was alles nicht klappt. Nein, wir müssen diese Menschen begleiten auf dem Weg und wir müssen die Steine ...

(Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Vincent Kokert, CDU: Umzugskartons aufladen. – Glocke der Vizepräsidentin)

Wenn Sie es ernst nehmen, dann lachen Sie nicht darüber,

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Harry Glawe, CDU)

dann gehen wir gemeinsam auf so einem Weg!

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie tragen die Verantwortung, Frau Schildt, und Sie sind aufgefordert zu verändern! – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Reinhardt Thomas, CDU)

Und ich sage Ihnen, ich habe am Montag, vielleicht mal als Beispiel, einen jungen Unternehmer bei mir im Büro gehabt, der hat gesagt: Ich habe Ideen, und zwar ganz neue Ideen gegenüber anderen Geschäftstreibenden in meiner Region. Und er sagt: Ich habe mich beraten lassen. Die Beratung, die ich bekommen habe, war eine dicke Akte und die soll ich jetzt ausfüllen und dann komme ich vielleicht ein Stück weiter. Das ist es nicht! Das sind die Ansätze und da sind wir, da sind wir gefordert, die Menschen zu begleiten.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Nein!)

Das werden wir in Einzelfällen machen

(Beate Schlupp, CDU: Alle Wege führen ins Nichts.)

und das werden wir auch in der Organisation dieses Prozesses machen müssen.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Da ist unser Ansatz

(Eckhardt Rehberg, CDU: Wo? Wo denn? – Dr. Armin Jäger, CDU: Wann fangen Sie denn mal an?!)

und da sind wir dran.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Fangen Sie doch mal an!)

Und da warte ich gern auf Hinweise, wo konkret die Veränderung ist.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie! Nein, Sie! Sie sind zuerst gefordert, Frau Schildt!)

Wir haben politisch ganz klare Akzente gesetzt

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nicht begleiten, sondern handeln! – Dr. Armin Jäger, CDU: Na dann tun Sie doch mal was!)

für Innovation im Land,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ihr Innenminister ist ein Umfaller, der ist gestern umgefallen.)

wir haben ganz klar bestimmte Bereiche unterstützt.

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU, und Rainer Prachtl, CDU – Torsten Koplin, PDS: Hören Sie doch mal zu! – Rainer Prachtl, CDU: Was ist denn dabei rausgekommen?!)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich bitte doch um eine sachliche Diskussion

(Regine Lück, PDS: Das findet ja leider nicht statt.)

und kurze Zwischenrufe,

(Zuruf von Holger Friedrich, SPD)

so dass man auch den Redner noch verstehen kann.

Bitte, Frau Schildt, Sie haben das Wort.

**Ute Schildt**, SPD: Wir haben Schwerpunkte gesetzt in der Politik.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Torsten Koplin, PDS:So ist es. – Eckhardt Rehberg, CDU: Ah, Schwerpunkte gesetzt!)

Wir haben die Biotechnologie, die Medizintechnologie als Bereiche analysiert und unterstützt, dass sie entwickelt werden. Wir müssten jetzt gucken, diese Jungunternehmen zu stabilisieren, ihren Markteintritt zu unterstützen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie müssen Ihre Genossen versorgen!)

Das sind konkrete Ansätze. Konkrete Ansätze ergeben sich auch aus dem Leben in der Begleitung dieser Projekte und indem wir die Menschen einbeziehen in diesen Prozess.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Wir haben in einer der letzten Landtagssitzungen unser Projekt "MV tut gut" auf den Weg gebracht, eine Offensive für unser Land. Sie wird nur dann leben, wenn wir die Menschen mitnehmen, wenn wir es verstehen, sie einzubinden. Es gibt ganz klare Initiativen dabei.

(Beate Schlupp, CDU: Welche?)

Vor einigen Wochen haben wir einen Parlamentarischen Abend in Berlin gehabt zum Thema "Esskultur – MV tut gut", also ein ganz klares Beteiligungskonzept von Künstlern unseres Landes,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Deswegen findet das in Berlin statt. – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

diese Produkte attraktiver zu machen und einzubinden in ein Gesamtkonzept.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das muss uns gelingen unter dem Stichwort "Innovation", Menschen mitzunehmen in diesem Prozess, diese Ideen, die es gibt, diese Kreativität abzuholen. Da nützt es uns nichts, etwas schlechtzureden, Herr Riemann.

(Egbert Liskow, CDU: Das ist doch die Wahrheit.)

Nicht Schlechtreden holt Menschen ab. Unser Land wird sich nicht von Punkten von außen entwickeln, sondern durch die Kraft der Menschen, die hier leben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Die müssen wir mobilisieren in diesem Prozess. Da sind wir dabei und das werden wir auch fortsetzen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und wenn Sie meinen, mit dem Schlechtreden etwas zu bewirken,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee.)

dann stagniert etwas.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU) Wir wollen die Menschen abholen. Wir haben diese Punkte gesetzt.

Herr Glawe, Sie mögen es ja ernst nehmen oder nicht, offenbar tun Sie es nicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wohlfeile Reden bringen nichts. Was tun ist wichtiger.)

Was war denn der Beitrag von Herrn Riemann?

(Harry Glawe, CDU: Also wir reden schlecht und dann stagniert alles?! Oder wie war das eben?)

Was war der Beitrag von Herrn Riemann?

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Ein Bericht von der Wirklichkeit im Lande Mecklenburg-Vorpommern!)

Was war da konkretes Handeln?

(Zurufe von Eckhardt Rehberg, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

Wir brauchen Innovation im Land durch die Menschen, die hier sind, indem wir die Menschen unterstützen. Da werden wir weitermachen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Um Gottes willen, tun Sie das nicht! Machen Sie bitte nicht so weiter!)

da werden wir mit konkreten Beispielen, wie wir sie gesetzt haben, fortfahren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist doch furchtbar! – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Frau Schildt.

Um das Wort hat noch einmal der Abgeordnete Herr Heydorn gebeten von der Fraktion der SPD. Bitte, Herr Heydorn.

> (Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU: Die wollen ja noch so weitermachen! – Dr. Armin Jäger, CDU: Die wollen doch nicht etwa so weitermachen?!)

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin nach vorne gegangen, um meine Enttäuschung darüber zum Ausdruck zu bringen, wie hier mit dem Thema umgegangen wird.

(Beate Schlupp, CDU: Wir sind auch enttäuscht.)

Das Thema heißt "Innovation – eine Chance für Mecklenburg-Vorpommern".

(Torsten Koplin, PDS: So ist es. – Wolfgang Riemann, CDU: Bilingualer Unterricht ist Innovation! – Torsten Koplin, PDS: Hören Sie doch mal zu! – Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Bei der PDS habe ich das Gefühl, Sie sind irgendwelchen Resistenzen anheim gefallen

(Torsten Koplin, PDS: Na, na, na!)

bei dem Thema Entlohnungsniveau in Mecklenburg-Vorpommern. Wenn man sich folgenden Vergleich vergegenwärtigt und man schaut sich das Bruttoinlandsprodukt von Mecklenburg-Vorpommern an und vergleicht das mit einem Bruttoinlandsprodukt in gleicher Höhe in Schleswig-Holstein, dann wird man folgenden Unterschied feststellen, nämlich dass das gleich hohe Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein mit einer wesentlich geringeren Anzahl von Beschäftigten erwirtschaftet wird. Das spricht dafür,

(Wolfgang Riemann, CDU: Dass noch mehr abwandern.)

dass das Lohnniveau in Mecklenburg-Vorpommern im Verhältnis zu Schleswig-Holstein zusätzliche Arbeitskräfte in Arbeit hält. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Das kann man mit dieser Diskussion nicht so einfach vom Tisch holen.

Einen Satz zu Herrn Petters. Herr Petters, Sie als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses haben eine derartige Nullnummer hier abgegeben zu dem Thema.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Also nun hören Sie doch auf! – Eckhardt Rehberg, CDU: Hören Sie doch auf!)

Das war nicht mehr zu überbieten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ja wohl eine Unverschämtheit, was Sie sich hier erlauben! – Glocke der Vizepräsidentin)

Das wollte ich hier an dieser Stelle und bei dem Thema einfach noch einmal zum Ausdruck bringen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Ach, hören Sie doch auf!)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Herr Abgeordneter, ich bitte aber auch in dem Redebeitrag um Sachlichkeit.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Also so geht es wirklich nicht! – Eckhardt Rehberg, CDU: Das war ja gar nichts.)

Meine Damen und Herren, das Wort erhält jetzt der Abgeordnete Herr Schulte von der Fraktion der SPD.

(Harry Glawe, CDU: Der dritte SPD-Redner.)

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich kurz fassen. Ich möchte den Ausführungen meines Kollegen Heydorn zu dem Niveau der heutigen Debatte an sich keinen weiteren Satz hinzufügen. Vielleicht nur noch eins, auch für die Zuhörer hier: Herr Petters, wir kennen uns auch aus dem Wirtschaftsausschuss und mit der Qualität Ihrer heutigen Rede,

(Gesine Skrzepski, CDU: Zum Thema! Was ist denn hier los?!)

denke ich mir, haben Sie sich auch für zukünftige Führungsaufgaben der CDU empfohlen.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Eckhardt Rehberg, CDU: Also so was, nein! – Dr. Ulrich Born, CDU: Armselig! Armselig! – Eckhardt Rehberg, CDU: Mein Gott, eine Arroganz ist das! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, deswegen schließe ich jetzt die Aussprache zur Aktuellen Stunde.

Ich bitte aber doch noch einmal, dringend darüber nachzudenken, dass auch in der Aktuellen Stunde Sachlichkeit gefragt ist und dass persönliche Betroffenheit nicht erzeugt werden sollte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Vincent Kokert, CDU: Genau!)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung, ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Eine Arroganz ohne Ende! Eine Arroganz ohne Ende! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aber getroffene Hunde bellen. – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich bitte jetzt noch einmal um Aufmerksamkeit!

(Eckhardt Rehberg, CDU: Wir können auch anders!)

... Zweite Lesung und Schlussabstimmung

(Eckhardt Rehberg, CDU: So eine Arroganz, nein wirklich!)

des Gesetzentwurfes der Landesregierung -

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sitzen noch nicht mal ein Jahr im Parlament und spielen sich hier so auf!)

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes, Drucksache 4/430, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses, Drucksache 4/553.

Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes (Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

- Drucksache 4/430 -

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses

- Drucksache 4/553 -

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes auf Drucksache 4/430. Der Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/553, den Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes auf Drucksache 4/430. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit sind die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetz-

entwurfes der Landesregierung auf Drucksache 4/430 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, bei zwei Stimmenthaltungen der Fraktion der CDU angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 4/430 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Gesetzentwurf auf Drucksache 4/430 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, der Fraktion der CDU bei zwei Stimmenthaltungen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der SPD und PDS – Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/438, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Drucksache 4/550.

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und PDS: Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 4/438 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur – Drucksache 4/550 –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Redezeit von bis zu fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Polzin von der Fraktion der SPD.

Heike Polzin, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist nicht leicht, nach so einer aufgeladenen Debatte zu einem Thema zu kommen, das eigentlich sehr sachorientiert ist. Ich kann vielleicht darum bitten, dass wir an dieser Stelle auch auf den Level wieder kommen, denn die Beratungen zur Achten Änderung des Schulgesetzes waren durchaus geprägt vom gemeinsamen Willen, an dem Gerüst des Schulgesetzes die Rädchen zu drehen, die noch nötig sind, um Schule in der Wirklichkeit funktionieren zu lassen.

Ich denke, der Bericht der Ausschussvorsitzenden fasst sehr prägnant zusammen, was zu den einzelnen Details zu sagen ist. Ich will nicht die geschätzte Aufmerksamkeit und unser aller Zeit dafür verschwenden, die Inhalte des Berichtes noch einmal detailliert wiederzugeben. Ich will nur kurz sagen, was unsere Hauptpunkte dabei waren.

Wir haben den Volkshochschulen eine Förderung sichergestellt im Gesetz. Wir haben für die Sportgymnasien ein Signal zur weiteren Profilierung gegeben. Wir haben die Schulentwicklungsplanung auf gesetzliche Grundlagen gestellt und wir haben in einem Verfahren,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

das zügig, sachorientiert im Prinzip auch die Anregungen aus den Anhörungen aufgenommen hat, zu einer einvernehmlichen Abstimmung gebracht. Was will man mehr? So kann es bleiben und langsam besser werden. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Frau Polzin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Fiedler von der Fraktion der CDU.

**Kerstin Fiedler**, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Erste Lesung zu dieser Achten Änderung des Schulgesetzes fand am 21.05. statt. Wir haben eine Anhörung zu diesem Gesetzentwurf auf unser Ansinnen hin durchsetzen können.

(Dr. Gerd Zielenkiewitz, SPD: Sie sind nicht zu hören!)

Es tut mir Leid, lauter geht es nicht.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Ich bitte, mal die Anlage zu überprüfen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Reinhard Dankert, SPD: Sprechen Sie mal weiter, damit das richtig eingestellt werden kann! – Torsten Koplin, PDS: Sie können ja aufmerksam zuhören!)

Kerstin Fiedler, CDU: Das unterschiedliche Abstimmungsverhalten bei der von uns beantragten Einzelabstimmung zu den Veränderungen der einzelnen Paragraphen im Schulgesetz macht natürlich zweierlei deutlich: Zu den bestimmten Positionen, die über den eingebrachten Gesetzentwurf hinausgehen, haben wir uns in konstruktiver Weise im Ausschuss verständigt und auch zum Teil einigen können. Das betrifft Vorschläge sowohl der Koalitionsfraktionen als auch der Fraktion der CDU. Ganz unstrittig natürlich die Regelung zu den Sportgymnasien. Die besonderen Regelungen bei der Schulentwicklungsplanung hinsichtlich der Unterrichtsversorgung und der organisatorischen Angelegenheiten tragen dem besonderen Profil eines Sportgymnasiums Rechnung.

Bei den Volkshochschulen, Frau Polzin, muss ich ein bisschen Wasser in den Wein schütten. Die Anhörung hat ergeben, dass der Volkshochschulverband hier noch Änderungen für den Gesetzestext angemahnt hat. Man hat sich klarere Formulierungen gewünscht, die eine noch größere Planungssicherheit schaffen würden.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Die wurden aus unserer Sicht nicht ganz ausreichend berücksichtigt, Beispiel die Kann-Bestimmung bei der Förderung von Trägern für Volkshochschulen für Maßnahmen, die schließlich zum Erwerb der schulischen Abschlüsse führen.

Schulentwicklungsplanung. Nach wie vor sind wir der Meinung, dass die Regelung zur Schulentwicklungsplanungsverordnung eine Ermächtigungsgrundlage für das Bildungsministerium darstellt. Diese Rundherum-Ermächtigungsgrundlage lehnen wir ab, da wir hier nicht ausschließen können, dass es durchaus zu Willkürlichkeit bei der Festlegung von Parametern kommen könnte, Beispiel:

die Doch-nicht-Schließung, eigentlich vom Kreistag beschlossen, der Schule in Tutow.

Die Anhörung hat weiterhin ergeben, dass der Städteund Gemeindetag zum Beispiel gefordert hat, für Schulentwicklungsplanung bitte schön geeignete Modelle zu entwickeln, die den zukünftigen Anforderungen an Schulplanung und -finanzierung gerecht werden müssen.

Es müssen also nach unserer Auffassung Parameter ins Gesetz aufgenommen werden, um wirklich Planungssicherheit zu schaffen. Und das, meine Damen und Herren, glauben wir, geht nicht in einem Hauruckverfahren, so, wie es jetzt gerade gemacht wird. Momentan sollen lediglich weitere Rechtsstreitigkeiten, die in einigen Landesteilen doch zur Wiedereröffnung fünfter Klassen an Realschulen führten, vermieden werden.

Wir sind uns sicher, dass das Schulgesetz heute nicht die letzte Änderung erfahren wird. Die letzte Anhörung zum Thema "Selbständigere Schule in Mecklenburg-Vorpommern" hat ebenfalls offenbart, dass, wenn diese Überlegungen in der Praxis realisiert werden sollen, doch hier noch einige Gesetzesänderungen vonnöten sind. Vielleicht treten noch weitere Fehler auf, die wir dann sicherlich auch gemeinsam heilen können. Aber sieht man sich einmal die Schulentwicklungsplanung an, denke ich, dass wir hier langfristiger denken müssen, dass wir die demographische Entwicklung und vor allem eine ausgewogene flächendeckende Versorgung insbesondere auch in den dünn besiedelten Regionen berücksichtigen müssen. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Frau Fiedler.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Bluhm von der Fraktion der PDS.

Andreas Bluhm, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zuerst möchte ich mich bedanken, bedanken bei allen Beteiligten dieses Gesetzgebungsprozesses und, selbst wenn es ungewöhnlich ist, an dieser Stelle ausdrücklich bei den Kollegen der CDU-Fraktion, die es ermöglicht haben, dass wir hier heute in der Sitzung die Zweite Lesung und damit Schlussabstimmung zu diesem Gesetzentwurf vornehmen können.

Zum Zweiten möchte ich mich bedanken bei den benannten Experten und ihren Ausführungen im Zusammenhang mit der schon erwähnten Anhörung. Ich denke, dass auch die dort geäußerten Auffassungen dazu beitragen und beigetragen haben, diesen vorliegenden Achten Änderungsgesetzentwurf für das Schulgesetz weiterzuqualifizieren. Das betrifft, nun kann man das sicherlich unterschiedlich bewerten, natürlich den Paragraphen 32 zu den Volkshochschulen, es betrifft die bessere Handhabbarkeit der jetzigen Regelung zur Schulentwicklungsplanung bis hin zur Erweiterung des Geltungsbereiches der Sexualerziehung auch auf eingetragene Lebenspartnerschaften, was der bundesrechtlichen Regelung entspricht.

Ich habe in meiner Rede zur Einbringung und Ersten Lesung dieses Gesetzes ausführlich zu den Sportgymnasien gesprochen. Ich will dieses an dieser Stelle nur darauf verkürzen, dass damit die Rahmenbedingungen für die Arbeit an diesen Sporteliteschulen so gestaltet werden können, dass zumindest in diesem Bereich weitere Fortschritte auch in Vorbereitung auf die möglichst erfolgreiche Olympiabewerbung Deutschlands dann beim IOC zugrunde gelegt werden können.

Nun, Frau Fiedler, eine kurze Bemerkung noch zur Schulentwicklungsplanung. Wir gehen schon davon aus, dass mit dem vorliegenden Gesetzentwurf die Rechtssicherheit natürlich erhöht wird. Und wir gehen auch davon aus, dass entsprechend der Urteile des Landesverwaltungsgerichts diese jetzige Regelung den Urteilssprüchen gerecht wird. Ich glaube nicht, dass es unter Federführung eines CDU-Ministeriums in diesem Bereich gangbar wäre, klare und abgegrenzte Parameter in einen Gesetzentwurf zu gießen. Es ist dies im Übrigen unüblich in der gesamten Bundesrepublik. In keinem einzigen Schulgesetz stehen solche Bandbreiten und Klassengrößen in einem Gesetzestext.

(Kerstin Fiedler, CDU: Sachsen hat das auch.)

Das, was ich begrüße, ist, dass natürlich die gesellschaftliche Öffentlichkeit, die mit Schule Befassten wie auch die Schulträger und wir als Landespolitiker in die Gestaltung, in die Diskussion der Parameter eingreifen. Dieses ist aber im normalen Verfahren auch bei der weiteren Entwicklung der selbständigeren Schule möglich und notwendig. Ganz in diesem Sinne bitte ich Sie, stimmen Sie diesem Achten Änderungsgesetz zum Schulgesetz zu! – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Bluhm.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von den Fraktionen der SPD und PDS eingebrachten Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern auf Drucksache 4/438. Der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur empfiehlt, den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und PDS in der Fassung seiner Beschlussempfehlung anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Nummern 1 bis 3 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit sind in Artikel 1 die Nummern 1 bis 3 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Nummern 4 und 5 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit sind in Artikel 1 die Nummern 4 und 5 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Nummer 6 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist in Artikel 1 die Nummer 6 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Nummern 7 bis 11 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit sind in Artikel 1 die Nummern 7 bis 11 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, bei einer Gegenstimme der Fraktion der CDU und Stimmenthaltungen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Nummern 12 bis 14 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit sind in Artikel 1 die Nummern 12 bis 14 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf die Artikel 2 und 3 sowie die Überschrift in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind die Artikel 2 und 3 sowie die Überschrift in der Fassung der Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur auf Drucksache 4/550 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur auf Drucksache 4/550 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Herr Caffier hat an der Abstimmung nicht teilgenommen. Ich gebe ihm jetzt entsprechend Paragraph 97 der Geschäftsordnung das Wort für eine Erklärung.

Lorenz Caffier, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich habe mich an der Abstimmung zur Achten Änderung des Schulgesetzes nicht beteiligt und möchte hier eine persönliche Erklärung abgeben.

Im Frühjahr dieses Jahres haben sich Landtag und Landesregierung einmütig zur Olympiabewerbung Mecklenburg-Vorpommern bekannt. Nun sind wir für Deutschland im internationalen Rennen um die Olympischen Sommerspiele 2012. Das ist Herausforderung und Verpflichtung zugleich.

Ich bedauere, dass wir mit dieser Änderung des Schulgesetzes einmal mehr nicht über unseren Schatten springen konnten und konsequent unsere Leistungssportzentren in Landesträgerschaft überführen konnten – übrigens nicht nur ein Problem der jetzigen Regierungskoalition, ein Problem der Regierenden seit 1990. Ich habe dies immer für einen Fehler gehalten und ich halte dies auch heute nach wie vor für einen Fehler.

Ich begrüße, dass wir diesem Ziel einen Schritt näher kommen, aber gerade angesichts der Olympiabewerbung wäre an dieser Stelle aus meiner Sicht mehr möglich gewesen. Ich bedauere, dass zur Entscheidung des IOC im Jahr 2005 dieser machbare Standortvorteil für Mecklenburg-Vorpommern wahrscheinlich nicht mehr genutzt wird.

Wir sollten diese Entscheidung noch einmal überdenken und gerade zum Doppelhaushalt 2004/2005 überlegen, ob wir wirklich alle Möglichkeiten ausgeschöpft haben. Ich möchte mich an dieser Stelle außerordentlich bedanken bei den Kollegen sportpolitischen Sprechern der PDS- und SPD-Landtagsfraktion, mit deren Unterstützung uns die jetzigen Forschritte erst einmal gelungen sind.

Ich bedauere auch, ohne unsere grundsätzliche Haltung zur Hochschulautonomie dabei in Frage zu stellen, dass die Sportwissenschaften in Greifswald und in Rostock zur Disposition stehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Was hat das mit dem Schulgesetz zu tun?)

Man muss nicht bestimmen, welcher Studiengang geschlossen wird, aber man sollte miteinander reden.

Für mich persönlich ist die Diskussion um die Sportgymnasien im Land nicht beendet.

(Andreas Bluhm, PDS: Richtig.)

Und mit diesem Kompromiss, den ich als ersten vorbereitenden Schritt auf dem Weg zur Landesträgerschaft des Sportgymnasiums verstehe, habe ich angesichts der nötigen politischen Entscheidung in unserer speziellen Situation als nationaler Olympiabewerber meine Schwierigkeiten, aber ein Anfang ist getan. Und wie heißt es so schön? Dem Anfang können bekanntermaßen weitere Fortschritte folgen. Deswegen werbe ich für die weiteren Fortschritte und wollte meine Nichtbeteiligung an der Abstimmung noch einmal darstellen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Caffier.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 4**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbelegungsbindungsgesetzes und des Gesetzes über die Funktionalreform, Drucksache 4/252, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bau, Arbeit und Landesentwicklung, Drucksache 4/542.

Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbelegungsbindungsgesetzes und des Gesetzes über die Funktionalreform (Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

- Drucksache 4/252 -

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bau, Arbeit und Landesentwicklung

- Drucksache 4/542 -

Das Wort zur Berichterstattung hat der Ausschussvorsitzende Herr Baunach.

**Norbert Baunach**, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eine kurze Bemerkung sei mir gestattet. Es ist zwar nur eine Beschlussempfehlung und ein Bericht, aber nach den heutigen Diskussionen bin ich mir da nicht mehr so sicher, ob diese harmlos erscheinende

Beschlussempfehlung und der Bericht nicht zu problemhaften Diskussionen hier im Plenum führt,

(Heiterkeit bei Rainer Prachtl, CDU: 1:0 für dich.)

nachdem es im Ausschuss weitestgehend unstrittig behandelt worden ist. Aber ich denke, die vernünftigen Abgeordneten sind jetzt noch hier, dann wird das nicht der Fall sein.

> (Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Torsten Koplin, PDS: He, he!)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ihnen liegt auf Drucksache 4/542 die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bau, Arbeit und Landesentwicklung zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbelegungsbindungsgesetzes und des Gesetzes über die Funktionalreform vor. Ich bin deshalb in die Bütt gegangen, weil ich einige kurze Bemerkungen zu der Beratung dieses Gesetzentwurfes machen möchte.

In den Ausschussberatungen des federführenden Bauausschusses – immerhin waren es vier Sitzungen – wie auch des mitberatenden Innenausschusses hat es zuerst Diskussionen, Überlegungen gegeben, im Rahmen des Bürokratieabbaus sowie unter Berücksichtigung der Wohnungsleerstandsquote dieses Landesbelegungsbindungsgesetz ersatzlos zu streichen.

Im ersten Augenblick waren die meisten Abgeordneten auch der Meinung, wir wollen Entbürokratisierung. Also was sollen wir mit diesem vielleicht unnützen Gesetz? Aber im Laufe der Diskussionen hatte das Ministerium für Arbeit und Bau in umfangreichen Zuarbeiten den Ausschuss davon überzeugt, am Landesbelegungsbindungsgesetz festzuhalten. Es wurde deutlich, dass sich zusätzlicher Verwaltungsaufwand auf Landesebene, den wir eigentlich vermeiden wollten, und zusätzliche Investitionshemmnisse für neue Wohnungsbauvorhaben ergeben würden.

In den Beratungen ist ebenfalls das Thema Mietpreisbindung angesprochen worden. Hierzu hat das Ministerium klargestellt, dass die jetzige Regelung ausreichend sei. Die Mieten der Wohnungen bewegten sich in unterschiedlichen Preissegmenten, zum Beispiel gering sanierte, teilsanierte oder total sanierte Wohnungen. Hierdurch erhalten die Kommunen Einfluss auf die Preisgestaltung.

Die Erfahrungen aus den alten Bundesländern zeigten bei den echten Sozialwohnungen, dass diese Wohnungen teilweise die Preisführerschaft übernommen hätten. Es besteht also keine Gewähr, dass eine preisgebundene Wohnung auch kostengünstig ist.

Bei Abschluss der Beratungen bestand im Ausschuss Einstimmigkeit darüber, den Gesetzentwurf mit den in der Beschlussempfehlung aufgeführten redaktionellen Änderungen und im Übrigen unverändert anzunehmen.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss meines zehnminütigen Vortrages möchte ich mich bei allen bedanken, die den Ausschuss bei den Beratungen unterstützt haben: beim Ministerium, den Vertretern des Deutschen Mieterbundes, dem Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen und natürlich auch bei den Kollegen und Kolleginnen des Bauausschusses und des Innenausschusses.

Wie schon erwähnt, hat sich der Bauausschuss einstimmig zu dieser Beschlussempfehlung verständigt.

Daher bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, diesem Votum zu folgen und dem vorliegenden Gesetzentwurf Ihre Zustimmung zu geben. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Baunach.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbelegungsbindungsgesetzes und des Gesetzes über die Funktionalreform auf Drucksache 4/252. Der Bauausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Bauausschusses einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bau, Arbeit und Landesentwicklung auf Drucksache 4/542 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bau, Arbeit und Landesentwicklung auf Drucksache 4/542 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Drucksache 4/429, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses, Drucksache 4/552.

Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG-AG)

(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

- Drucksache 4/429 -

Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses

- Drucksache 4/552 -

Das Wort zur Berichterstattung hat der Ausschussvorsitzende Herr Koplin.

Torsten Koplin, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ebenso wie der werte Kollege Baunach habe ich die Möglichkeit, zehn Minuten vorzutragen. Das möchte ich nicht unbedingt tun. Ich möchte jedoch auf die von der Frau Präsidentin angesprochene Drucksa-

che 4/552 verweisen, in der es heißt, dass der Sozialausschuss dem Gesetzentwurf auf Drucksache 4/429 mit der Maßgabe zustimmt, dass in Paragraph 3 Absatz 2 nach den Wörtern "kreisfreien Städte" das Wort "unverzüglich" eingefügt wird.

Ich möchte noch auf zwei Punkte aus der Diskussion im Sozialausschuss verweisen. Wie Sie wissen, handelt es sich bei dem auf Drucksache 4/429 vorgelegten Gesetzentwurf der Landesregierung um ein Ausführungsgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern aufgrund des In-Kraft-Tretens des Gesetzes über die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei der Erwerbsminderung auf Bundesebene.

Der Sozialausschuss hat sich mit diesem Ausführungsgesetz intensiv beschäftigt und auch gemäß den Vorgaben der Geschäftsordnung insbesondere die Kommunalen Landesverbände zu Wort kommen lassen. Grundsätzlich haben die Kommunalen Landesverbände die Heranziehung der kreisangehörigen Ämter und amtsfreien Gemeinden für die Aufgaben der Landkreise als Träger der Grundsicherung als sinnvoll begrüßt.

Von Seiten des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern wurde darauf hingewiesen, dass es aus Sicht der Kommunalen Spitzenverbände und der Kommunalen Landesverbände verfassungsrechtliche Bedenken gebe, ob der Bund die Gesetzgebungskompetenz für die Aufgabenübertragung auf die Landkreise und kreisfreien Städte habe. Sollte das Bundesverfassungsgericht das Grundsicherungsgesetz insoweit für verfassungswidrig erklären, so sei Paragraph 3 Absatz 1, also die Aufgabenübertragung auf die Landkreise und kreisfreien Städte, des Ihnen vorliegenden Gesetzentwurfes der Landesregierung konstitutiv. Dies bedeutet, dass dann gemäß Artikel 72 Absatz 3 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern das Konnexitätsprinzip greift, wonach das Land einen vollständigen finanziellen Ausgleich selbst regeln muss.

Hierzu hat der Ausschuss die Auffassung vertreten, dass, solange die Verfassungswidrigkeit des Bundesgesetzes durch das Bundesverfassungsgericht nicht festgestellt worden ist, dieses als verfassungskonform behandelt werden müsse und daher keine Verletzung des Konnexitätsprinzips vorliegt.

Darüber hinaus hat sich der Ausschuss mit der Frage beschäftigt, inwieweit eine terminliche Regelung zur Weitergabe der Bundesmittel im Gesetzentwurf der Landesregierung aufgenommen werden muss. Die Aufnahme eines konkreten Weitergabetermins hat der Ausschuss abgelehnt, da diese unter Umständen einerseits dazu führen kann, dass das Land in Vorleistung gehen muss, und andererseits die Mittel, obwohl sie schon vom Bund überwiesen worden sind, erst zu einem späteren Termin weitergeleitet werden müssen. Seitens der Landesregierung wurde dem Sozialausschuss versichert, dass man die Mittel unverzüglich weiterleiten werde. Dies war auch der Grund, weshalb der Ausschuss Ihnen in der Beschlussempfehlung vorschlägt, das Wort "unverzüglich" in Paragraph 3 Absatz 2 des Gesetzentwurfes einzufügen. Damit wird nun sichergestellt, dass das Land den auf ihn entfallenden Festbetrag des Bundes nach Paragraph 34 Absatz 2 des Wohngeldgesetzes unverzüglich an die Landkreise und kreisfreien Städte weiterleitet. An dieser Stelle sei angemerkt, dass durch das Ausführungsgesetz dem Land selbst keine Kosten entstehen werden, da dieses die Bundesmittel nur durchreichen wird.

Hinsichtlich der ansonsten im Ausschuss gestellten Änderungsanträge, insbesondere durch die Fraktion der CDU, verweise ich auf die Ihnen vorliegende ausführliche Darstellung in dem Bericht des Sozialausschusses und der Beschlussempfehlung. Ich bitte Sie, den Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses anzunehmen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Norbert Baunach, SPD, und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Koplin.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Redezeit von bis zu fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kollegen! Der Gesetzentwurf fußt ja auf der Grundlage eines Bundesgesetzes. Der Landes- wie der Bundesgesetzgeber haben einen Mangel. Die Verwaltungsaufgaben, die entstehen und im erheblichen Maße entstanden sind, werden den Kommunen aus unserer Sicht nicht erstattet. Das ist einer unserer Hauptkritikpunkte.

Der zweite Punkt ist, dass den Bürgerinnen und Bürgern im Land eine hohe Erwartungshaltung eingeredet wurde. Ich möchte Ihnen einmal beschreiben, wie sich das darstellt: Beim Landkreis Rügen sind zum Beispiel 1.600 Anträge eingegangen. Davon sind 429 Anträge bearbeitet und 27 bewilligt worden, da kommt im Einzelfall bei den Bewilligungen zum Beispiel eine Anpassung von 1 bis 2 Euro raus.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Bundesgesetze.)

Hier muss man sich fragen: Hat diese Sache überhaupt Sinn? Ist der Verwaltungsakt so viel wert, dass man dort Personal und Kraft in ein Gesetz hineininvestiert, das vielen Bürgerinnen und Bürgern bei der Grundsicherung im Alter nicht entscheidend weiterhilft. Deswegen können wir mit diesem Bundesgesetz wenig anfangen und dadurch ist natürlich das Landesgesetz als Landesausführungsgesetz auch nicht besser geworden.

Meine Damen und Herren, wir möchten auf eins hinweisen: Nach unserer Überzeugung, ich habe es vorhin schon anklingen lassen, muss das Konnexitätsprinzip beachtet werden, wir haben es in der Landesverfassung im Artikel 72 Absatz 3 stehen.

Meine Damen und Herren, insgesamt, denke ich, können wir gut damit leben, dass die Heranziehung von kreisangehörigen Ämtern und amtsfreien Gemeinden passieren muss, aber sie müssen darüber unterrichtet werden. Auch ihnen sollte der Aufwand, wenn also die Landkreise diese Aufgaben sozusagen delegieren sollten, erstattet werden.

Insgesamt können wir dem Gesetz unsere Zustimmung nicht geben. – Danke schön.

(Beifall Michael Ankermann, CDU, und Egbert Liskow, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Glawe.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplin von der PDS. Entschuldigung, das Wort hat Herr Heydorn von der Fraktion der SPD. Der Fehler lag bei mir.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte Ihnen gerne drei gute Gründe nennen, der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses zuzustimmen:

Der erste Grund ist, dass mit dem Ausführungsgesetz die Möglichkeit eröffnet wird, dass die Kreise ihre kreisangehörigen Gemeinden zu den Aufgaben nach dem Grundsicherungsgesetz heranziehen können. Das können sie bisher nicht. Das heißt, es ist in der Fläche so, dass Menschen, die Anträge stellen wollen, sich direkt und unmittelbar an die Kreise zu wenden haben, im Gegensatz beispielsweise zur Sozialhilfe. Bei der Sozialhilfe haben wir die Situation, dass die Kreise, nach meinem Wissen, alle von dieser Delegationsmöglichkeit Gebrauch gemacht haben. Hier macht es Sinn, zu einem einheitlichen Verfahren zu kommen. Das ist der erste Grund.

Der zweite Grund ist die Tatsache, dass wir mit dem Ausführungsgesetz ein Erstattungsverfahren regeln. Nähere Einzelheiten dazu hat mein Kollege Koplin gerade dargelegt.

Und der dritte Grund ist, dass wir das Flüchtlingsaufnahmegesetz anpassen. Das Flüchtlingsaufnahmegesetz regelt Erstattungsvorgänge für Kreise und kreisfreie Städte beispielsweise für den Personenkreis der russischen Kontingentflüchtlinge. Diese sind nach dem Grundsicherungsgesetz grundsätzlich anspruchsberechtigt, daher muss auch hier eine Erstattungsregelung getroffen werden.

Das sind nach meinem Dafürhalten drei gute Gründe, warum wir diesem Ausführungsgesetz heute unsere Zustimmung erteilen sollen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS, Heinz Müller, SPD, und Ute Schildt, SPD)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Heydorn.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion der PDS.

Torsten Koplin, PDS: Danke schön, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch die PDS wirbt um die Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf. Die Gründe sind hier genannt worden. Es geht vor allen Dingen darum, dass wir den rechtlichen Rahmen für die Ausreichung der Grundsicherung an die Anspruchsberechtigten nunmehr vervollständigen und dass die Menschen, die einen Anspruch haben, ihn letztendlich auch geltend und wirksam machen können. Gleichwohl möchte ich noch einmal darauf verweisen, dass es aus Sicht der PDS in der Bundesrepublik einer existenzsichernden sozialen Grundsicherung bedarf. Das ist etwas anderes als die bedarfsorientierte Grundsicherung, von der in diesem Gesetz die Rede ist.

In dem einen Punkt stimme ich Herrn Glawe zu. Einer der Vertreter, die wir im Sozialausschuss angehört haben, hat gesagt: Dieses Gesetz ist das, was wohl in jüngster Zeit in der Bevölkerung die größten Enttäuschungen hervorgerufen hat. Es sind tausende und abertausende Briefe rausgegangen, aus denen hervorging und man annehmen durfte, wer weniger als 844 Euro im Monat zur Verfü-

gung hat und älter als 65 Jahre beziehungsweise dauerhaft erwerbsunfähig ist, einen Anspruch auf eine entsprechende Zuwendung hätte, und dann erfahren musste, wie sukzessive vieles gegengerechnet wird, dem bleibt nur die pure Enttäuschung. Deswegen sagen wir: Bedarfsorientierte Grundsicherung ist etwas anderes als die existenzsichernde soziale Grundsicherung, sie ist aber notwendiger denn je, denn unter dem Druck der Arbeitslosigkeit wird der Niedriglohnsektor ausgeweitet.

Ich schätze Herrn Heydorn sehr, ich empfinde die Polemik vorhin aus der Aktuellen Stunde auch immer sehr anregend.

> (Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Das war aber nur Polemik.)

Lassen Sie mich dazu sagen, dass der Vergleich, den Sie vorhin in Sachen Niedriglohnsektor und den Vergleich Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern getroffen haben, ja allen noch, denke ich, gegenwärtig ist. Er ist sachlich nicht korrekt, denn das Bruttoinlandsprodukt als Leistungsmesser der Wirtschaft hat vier Bestandteile. Dazu gehört nicht der Lohn, sondern dazu gehören Investitionen der Unternehmen, Ausgaben des Staates, Differenzen zwischen Export und Import, also Salden, und der private Konsum. Privater Konsum hat nur indirekt etwas mit dem Lohn zu tun. Insofern bin ich nicht Ihrer Meinung, dass der Niedriglohnsektor ein Segen für unser Land ist.

(Harry Glawe, CDU: Nun reden Sie mal zum Thema! Bleiben Sie mal beim Thema hier. Er lenkt vom Thema ab.)

Der Niedriglohnsektor belastet nämlich im Umkehrschluss die öffentlichen Kassen, der Niedriglohnsektor ist ein Abwanderungsgrund für die Menschen aus unserem Land und der Niedriglohnsektor ist ein volkwirtschaftliches Hemmnis.

Darüber hinaus lassen Sie mich sagen, wir haben es tendenziell mit der Situation zu tun, dass existenzsichernde Vollzeitarbeitsplätze mehr und mehr in geringfügige und schlechtbezahlte Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden. Wir sind der Meinung, dass es einer existenzsichernden sozialen Grundsicherung auch deshalb bedarf, weil sich auf Bundesebene, Herr Glawe, CDU/CSU und SPD in Tateinheit begeben und die Privatisierung des Krankheitsrisikos betreiben.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Wer länger als sechs Wochen krank ist, wer etwas mit den Zähnen hat und wer Arzneimittel auf pflanzlicher Basis braucht, muss zukünftig selbst und zusätzlich zahlen. Und aus diesem Grund, das untergräbt ja die Existenz, bedarf es einer Grundsicherung. Insofern rede ich auch zum Thema.

(Heiterkeit und Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Deshalb werden wir als PDS weiter für eine existenzsichernde soziale Grundsicherung streiten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Machen Sie doch einen Bundesratsantrag! Sie sind doch in der Regierung.)

Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, auch bei Ihnen, Herr Riemann.

(Beifall Dr. Martina Bunge, PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Koplin.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung auf Drucksache 4/429. Der Sozialausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung

Ich rufe auf die Paragraphen 1 und 2 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer diesen zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit sind die Paragraphen 1 und 2 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses auf Drucksache 4/552 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU und zwei Enthaltungen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den Paragraphen 3 entsprechend der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Paragraph 3 entsprechend der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses auf Drucksache 4/552 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf die Paragraphen 4 und 5 entsprechend der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses. Wer diesen zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit sind die Paragraphen 4 und 5 entsprechend der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses auf Drucksache 4/552 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses auf Drucksache 4/552 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 6**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/509.

Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (Erste Lesung)

- Drucksache 4/509 -

Das Wort zur Einbringung hat der Minister für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Herr Holter. Minister Helmut Holter: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Handy, Mobilfunk und damit verbundene Anlagen sind eine durchaus schon zum Alltag gehörende technische Einrichtung. Nun geht es darum, wie kann das Mobilfunknetz weiter ausgebaut werden. Deswegen haben wir diesen vorliegenden Gesetzentwurf eingebracht, um im Sinne von Deregulierung, im Sinne von Beschleunigung, im Sinne des Aufbaus von Mobilfunkantennen einen Beitrag zu leisten.

Es geht also darum, die Errichtung von Mobilfunkantennen bis zu zehn Metern zu erleichtern, das heißt, sie genehmigungsfrei zu stellen. Die Betreiber von Mobilfunknetzen sind daran selbstverständlich interessiert. Sie wollen die Funknetze in Mecklenburg-Vorpommern zügig erweitern. Wem ist es nicht auch schon so ergangen, in Mecklenburg-Vorpommern in ein Funkloch zu kommen? Dann ist die Verbindung abgebrochen und man konnte so seinen dringenden Anruf gerade nicht erledigen. Hier besteht tatsächlich auch weiterer Handlungsbedarf. Darüber hinaus geht es darum, die UMTS-Technik in Mecklenburg-Vorpommern sehr zügig einzuführen, damit auch diese moderne Technik dann genutzt werden kann.

Der vorliegende Entwurf unseres Gesetzes sieht vor, Mobilfunkantennen mit einer Höhe bis zu zehn Metern und die dazugehörigen Versorgungseinrichtungen baugenehmigungsfrei zu stellen. Dies auch dann, wenn sie auf bereits bestehenden Gebäuden errichtet werden. Der Mobilfunk, das sagte ich ja schon, besteht ja nicht nur aus dem Handy, sondern dazu gehören Sende- und Empfangsstationen mit den dazugehörigen Antennen. Und je größer die Zahl der Teilnehmer und je umfangreicher die Zahl der zu übermittelnden Daten ist, umso mehr Antennen und entsprechende Sende- und Empfangsstationen braucht man. Wir brauchen also ein dichteres Netz von Antennenstandorten, weil es wichtig ist, dass die Sendeleistung pro Antenne beschränkt wird, damit die Werte der elektrischen und magnetischen Feldstärke gering gehalten werden können.

Die Netzbetreiber bemühen sich erkennbar um gemeinsame Antennenstandorte und darum, dass bestehende Gebäude für die Errichtung der Antennen genutzt werden können, um das Orts- und Landschaftsbild zu schonen. Städtebaurechtlich sind Mobilfunkantennen bis zu zehn Metern Höhe auf bestehenden Gebäuden fast überall ohne Einschränkungen zulässig, also kein Problem. Unter dem Blickwinkel der Planungshoheit der Kommunen ist die Genehmigungsfreistellung vertretbar, da den Antennen bis zehn Metern Höhe kein nennenswertes städtebauliches Gewicht zukommt.

Ja, nun geht es noch bei bestehenden Bauwerken um die Statik, aber auch hier gibt es keinerlei Probleme. Und auch die materiell-rechtliche Situation ist in den meisten Fällen unbedenklich. Das heißt: Die Anlagen sind zulässig und müssen genehmigt werden. Es stellt sich also die Frage: Warum denn überhaupt noch ein Genehmigungsverfahren? Deswegen haben einige Länder die mit der Errichtung verbundenen Nutzungsänderungen der Gebäude in die Baugenehmigungsfreistellung einbezogen. Das heißt, es gibt hier gute Erfahrungen und hier ist die Errichtung solcher Antennen auf bestehenden Gebäuden bereits genehmigungsfrei. Das haben wir auch vor und stützen uns dabei auf die neue Musterbauordnung, die im vergangenen Jahr durch die Bauministerkonferenz verabschiedet wurde. Die Landesbauordnung soll in diesem Punkt zügig angepasst werden. Vielleicht ist es Ihnen bekannt, dass wir generell aufgefordert sind, die Landesbauordnung auf Basis der Musterbauordnung zu novellieren, zu überarbeiten. Wir haben uns aber entschieden, diesen Punkt vorzuziehen, damit diese Regelung sehr schnell in Anwendung kommt, damit Bürokratie abgebaut wird, damit hier sehr schnell Genehmigungsverfahren oder Verfahren nicht mehr notwendig sind und damit die Errichtung dieser Antennen erfolgen kann.

Zweckmäßig ist diese Freistellung von der Baugenehmigung auch deswegen, weil eine Prüfung von Standortalternativen beziehungsweise technischen Varianten faktisch ausgeschlossen ist. Es geht auch darum, dass die öffentlich-rechtlichen Vorschriften natürlich beachtet werden. Auch findet im Baugenehmigungsverfahren keine Öffentlichkeitsbeteiligung statt und eine Steuerung durch die Bauaufsichtsbehörden oder Gemeinden ist nicht möglich

Das sind also alles Gründe, die dafür sprechen, von diesem Genehmigungsverfahren abzusehen und zukünftig die Errichtung der von mir genannten Antennen genehmigungsfrei zu stellen. Das materielle Recht ist nicht berührt. Es ist also nicht zu befürchten, dass dadurch die Grenzwerte der Bundesverordnung über elektromagnetische Felder überschritten werden. Die Einhaltung der Strahlungsgrenzwerte wird in jedem Fall in einem gesonderten Verfahren von der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post geprüft und durch eine Standortbescheinigung bestätigt.

Mit dem geplanten Gesetz soll das bestehende Baurecht nicht um ein neues Gesetz erweitert werden, sondern es soll vereinfacht werden. Die Anpassung der Landesbauordnung an die Musterbauordnung trägt also zur Deregulierung bei. Und wenn heute Morgen in der Aktuellen Stunde über Innovation, eine Chance für den Osten, gesprochen wurde und von der Opposition gefragt wurde, was denn die Regierung konkret tut, dann will ich Ihnen hiermit beweisen, wir tun etwas dafür, damit modernes Verwaltungshandeln ermöglicht wird, indem die Errichtung von Antennen für Mobilfunkanlagen mit der Höhe von zehn Metern genehmigungsfrei gestellt wird. Das ist ein guter Beitrag. Ich bitte Sie deswegen, meine Damen und Herren, diesen Gesetzentwurf zügig in den Ausschüssen zu beraten, damit wir dann auch der Wirtschaft ein klares Signal geben können, dass sie loslegen und diese Antennen aufbauen können. - Herzlichen Dank.

(Beifall Regine Lück, PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Minister.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Redezeit von bis zu fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Baunach von der Fraktion der SPD.

Norbert Baunach, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren anwesende Abgeordnete! Der Bauminister hat, denke ich, umfangreiche und inhaltlich deutliche Ausführungen zu dem vorliegen Vorgang gemacht. Ich möchte die Dinge nicht wiederholen und nur so viel hier und heute für die SPD-Fraktion erklären: Wir meinen, diese Änderung der Landesbauordnung ist ein Schritt in die richtige Richtung, den wir ausdrücklich begrüßen. Wir wollen deregulieren und Gesetze so mitgestalten, dass sie

die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes fördern und nicht aufhalten. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird diesem Ansatz Rechnung getragen.

Baugenehmigungsverfahren, wie sie im Rahmen der Rechtsprechung von Oberverwaltungsgerichten für Versorgungseinheiten, für Mobilfunkanlagen als neue gewerbliche Nutzung von Gebäuden gefordert werden, wird es nach dieser Gesetzesänderung nicht geben. Ich denke, die Landesregierung handelt hier schnell, präventiv und verantwortungsbewusst und bezieht sich bereits auf die von der Bauministerkonferenz der Länder am 8. November 2002 einstimmig beschlossene Musterbauordnung. Der Minister hat ja auch angedeutet, wir werden uns also demnächst auch im Bauausschuss mit dieser Musterbauordnung beschäftigen müssen und sie entsprechend auf unsere Landesbauordnung in Mecklenburg-Vorpommern übertragen.

Eine kurze Bemerkung hatte ich gesagt, denn Mecklenburg-Vorpommern befindet sich damit im Einklang mit den Bundesländern Bayern, Bremen und Thüringen, die eine Anpassung an die Musterbauordnung bereits vollzogen haben. Andere sind gegenwärtig ebenfalls um Realisierung bemüht. Ich denke, für Mecklenburg-Vorpommern bietet sich somit die Chance, investitionsfreundliche Rahmenbedingungen für den Wachstumsmarkt Mobilfunk zu schaffen. Baugenehmigungsverfahren sind für solche Anlagen, auf die sich, und nur für die, dieses Gesetz bezieht, in der Tat wirklich nicht zweckmäßig.

Ein Ermessensspielraum muss auch zum Beispiel im Hinblick auf gesundheitliche Auswirkungen sowohl von genehmigungsfreien als auch von genehmigungspflichtigen Mobilfunkanlagen gegeben sein. Hier greift das Bundesimmissionsschutzgesetz und es bleibt dabei, dass Eingriffe in Natur und Umwelt durch den Bau von Sendeanlagen nach dem Landesnaturschutzgesetz Paragraph 14 zu behandeln sind.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der SPD sieht in dieser Gesetzesinitiative positive wirtschaftliche Impulse – ohne dass die Belange des Gesundheits- und des Naturschutzes zu kurz kommen – und stimmt für die Überweisung in den federführenden Ausschuss für Bau, Arbeit und Landesentwicklung und in den mitberatenden Innenausschuss. Ich gehe davon aus, dass der Herr Vorsitzende Friese und meine Wenigkeit dieses dann auch entsprechend der Bitte des Ministers zügig behandeln werden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Baunach.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion der PDS.

Regine Lück, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der hier eingebrachte Gesetzentwurf soll unter anderem dazu dienen, Bürokratie abzubauen. Gleichzeitig ist er darauf gerichtet, Hemmnisse für die Wirtschaft des Landes, insbesondere für Mobilfunknetzbetreiber und deren Nutzer, abzubauen. Im konkreten Fall geht es um die Baugenehmigungsfreistellung an Antennen bis zehn Meter inklusive zehn Kubikmeter Umbau der Fläche für Versorgungseinheiten auf Dachaufbauten. Es ist auf den ersten Blick nichts dagegen einzuwenden, dass unnötige Bürokratie abgebaut und die Wirtschaft im Land gestärkt wird.

### (Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Andererseits müssen wir dabei auch die Belange der Bürgerinnen und Bürger wie auch der kommunalen Selbstverwaltung berücksichtigen.

Morgen behandeln wir den Antrag "Förderung der Baukultur in Mecklenburg-Vorpommern". Ob und wie die Baugenehmigungsfreistellung mit den von mir soeben vorangestellten drei Themenfeldern in Einklang steht oder gebracht werden kann, das ist, meine ich, auch eine spannende Frage. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach Alternativen, die bisher noch nicht erörtert worden sind, wie zum Beispiel die eines beschleunigten Genehmigungsverfahrens.

Auch die geplante Einführung der Musterbauordnung in unserem Land ist in diesem Zusammenhang zu betrachten. Und da freue ich mich dann auch schon auf die Aussprache in unserem Ausschuss. Ich bin der Meinung, auch bei diesem unscheinbaren Thema ist es geboten zu prüfen. Lassen Sie uns das also gemeinsam tun!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Frau Abgeordnete.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf der Drucksache 4/509 zur federführenden Beratung an den Bauausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss zu überweisen. Wer stimmt diesem Überweisungsvorschlag zu? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diesem Überweisungsvorschlag einstimmig gefolgt.

Ich rufe nunmehr auf den **Tagesordnungspunkt 7**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Studentenwerksgesetzes, Drucksache 4/519.

Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Studentenwerksgesetzes (Erste Lesung)

- Drucksache 4/519 -

Das Wort zur Einbringung hat der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Professor Dr. Dr. Metelmann. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der Verwaltungsrat im Studentenwerk ist ein wichtiges strategisches Gremium, gerade für die langfristigen Entscheidungen der geschäftlichen Aufgaben ein wichtiges Gremium. Diese Verwaltungsräte haben immer Schwierigkeiten, ihre Arbeitsfähigkeit herzustellen. Das liegt daran, dass sie zu groß sind in ihrer personellen Zusammensetzung. Wir haben im Verwaltungsrat im Studentenwerk in Rostock 28 Mitglieder, studentische und nichtstudentische Mitglieder, und in Greifswald sind es 20. Das hindert immer an ordentlichen Beschlussfassungen, weil es erstens nicht ganz einfach ist, die Gremien zusammenzuholen in dieser Fülle, vorlesungsfreie Zeiten kommen dazu, viele Studierende in den Gremien, das ist kompliziert. Und zweitens ist es auch nicht ganz einfach, immer

Mitglieder zu finden. Das ist eine ehrenamtliche Aufgabe und alle Hochschulen tun sich schwer, die Menschen zu entsenden.

Die Studentenwerke selbst haben zwei Änderungen angeregt, und zwar erstens die Gremien weniger personalaufwendig zu besetzen, also nicht mehr für jeweils 3.000 Studierende, angefangene Studierendenzahlen, zwei studentische und zwei nichtstudentische Mitglieder, sondern jetzt für jeweils 5.000, und zweitens haben sie angeregt, dass es auch Beschlüsse gibt, die im Umlaufverfahren gefasst werden können.

Das sind Vorschläge, bei denen die Studentenwerke davon ausgehen, dass sie dann arbeitsfähiger sind. Das ist auch im Anhörungsverfahren noch einmal so dargestellt worden. Wir begrüßen das, wenn es dazu beiträgt, dass der Verwaltungsrat eines Studentenwerkes auf diese Weise effektvoll arbeiten kann, und bringen die entsprechenden Änderungen ein. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Minister.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste hat das Wort die Abgeordnete Frau Lochner-Borst für die Fraktion der CDU. Bitte schön, Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Ilka Lochner-Borst, CDU: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Grundsätzlich ist jeder Vorstoß, Verwaltungsaufwand zu reduzieren, positiv zu bewerten. Es wäre jedoch wünschenswert, bei sich selbst anzufangen, bevor man die demokratische Beteiligung Dritter beschneidet. Aber zur Sache.

Die vorliegenden Zahlen und die Stellung der Studenten selbst zu diesem Gesetzentwurf sprechen für sich. Die CDU-Fraktion wird also der Überweisung des Entwurfes in den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kulturzustimmen.

Dennoch bleibt ein fader Beigeschmack, denn dieser Entwurf kommt just in dem Moment auf den Tisch, wo die Studenten sich über die desolate Situation der Studentenwerke beschwert haben. Es ging ihnen dabei nicht um eine Erhöhung von studentischen Beiträgen um 1 Euro im Monat. Es ging dabei um die Tatsache, dass sie ihre Aufgaben nur noch minimal erfüllen können, weil Frau Keler hier wie leider im gesamten bildungspolitischen Bereich den Rotstift angesetzt hatte und auch hier leider an der falschen Stelle. Diese Sache ist nun inzwischen erledigt. Trotzdem bleibt für uns festzuhalten, dass die Erfüllung sozialer und kultureller Aufgaben durch die Studentenwerke ganz wesentlich zur Attraktivität eines Studienortes beiträgt. Wir schneiden dabei im bundesweiten Vergleich ziemlich schlecht ab. Man muss sich nur anschauen, dass Rostock den Kindergarten schließen musste oder die Mensa in Warnemünde noch schließen wird. Solche Angebote sind Teil einer Studienortentscheidung und brauchen Unterstützung. Wohnungsvermittlung alleine reicht heute nicht mehr aus.

Sehr geehrte Damen und Herren, die CDU-Fraktion wird die Diskussion im zuständigen Ausschuss sehr kritisch begleiten und sich ihre abschließende Meinung ent-

sprechend bilden. Mit welchen Themen die CDU-Fraktion oder der Arbeitskreis Bildung der CDU sich befasst, das entscheiden wir aber auch in Zukunft selbst. Und wir möchten die Damen und Herren im Ministerium bitten, davon abzusehen, uns vorzuschreiben, mit welchen Themen wir uns befassen sollen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Frau Abgeordnete.

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Herr Dr. Bartels für die Fraktion der PDS. Bitte schön, Herr Dr. Bartels.

**Dr. Gerhard Bartels**, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Frau Lochner-Borst, ich bin doch etwas erstaunt, was man bei so einem Thema alles für Polemik entfalten kann. Ich denke mal, Sie haben es ja dann auch gesagt, dass Sie durchaus die Mitteilungen aus dem Bildungsministerium zur Kenntnis genommen haben, was die zukünftige Situation der Unterstützung der Studentenwerke betrifft. Am Ende wird es an uns liegen und ich denke, wir werden es dann nicht absenken. Das wäre die erste Bemerkung.

Die zweite ist natürlich, wenn wir erleben, dass eine Regelung aufgrund einer sehr positiven Entwicklung Schwierigkeiten in der Wirklichkeit mit sich bringt, dann sollten wir uns darüber Gedanken machen, wie wir sie schnell und zügig ändern. Das ist für mich der erste Grund zu sagen, wir sollten dieses Gesetz gründlich, aber auch zügig beraten und sollten das auf den Weg bringen, weil große Gremien haben ja nicht nur das Problem, auf das der Herr Minister hingewiesen hat, dass sie von der Anwesenheit manchmal doch schwierig sind, sondern auch, dass sie unbeweglich sind. Der zweite Grund ist: Nach meinen Informationen geht die Initiative zu dieser Änderung sowohl vom Studentenwerk als auch von den Studierendenvertretungen aus. Wir werden uns damit sicher noch einmal im Ausschuss befassen. Das heißt, hier folgen wir Anregungen, die von den Betroffenen kommen, und dann sollten wir nicht über Demokratieabbau an der Stelle reden, sondern sollten sagen, Demokratie hat auch etwas mit Handhabbarkeit zu tun. Ich unterstütze von daher diese Änderung.

Eine Bemerkung kann ich mir im Zusammenhang mit diesem Gesetzentwurf dann doch nicht verkneifen: Die Verfasser dieses Gesetzes in der ersten Legislaturperiode, zu denen ich damals noch nicht gehörte, sind von den Realitäten mit circa 14.000 Studenten ausgegangen und haben damals gehofft, dass das sehr viel mehr werden. Zum Glück ist diese Entwicklung auch so eingetreten und von daher habe ich überhaupt keine Probleme, hier Veränderungen herbeizuführen. Es zeigt aber auch, damals hat man gehofft, heute gibt es Prognosen über heutige und zukünftige Entwicklungen. Zum Glück zeigt die Realität, dass Prognose nach wie vor etwas sehr Unsicheres ist und bestimmte gutachterliche Prognosen gelegentlich an der sich entwickelnden Realität dann doch scharf und sehr klar vorbeigehen. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Abgeordneter Dr. Bartels.

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Herr Brodkorb für die Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Abgeordneter. **Mathias Brodkorb**, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Frau Lochner-Borst, ich wundere mich auch ein bisschen über Ihren Redebeitrag, weil ich bisher sozusagen immer ein hohes Maß an Sachlichkeit von Ihnen gewohnt war. Ihr Redebeitrag teilt sich in zwei Abschnitte. Der eine nimmt Stellung zum Gesetzentwurf und so richtig Kritisches konnte ich da nicht entdecken. Das Ministerium reagiert auf Vorschläge der Studentenwerke selbst. Ich habe gestern noch einmal mit Vertretern des Studentenwerkes Rostock gesprochen in der Leitungsebene. Sie freuen sich sehr, dass das so schnell geht, also insofern große Unterstützung.

Und das Zweite, was Sie gesagt haben, sind eher Elemente von Haushaltsverhandlungen gewesen, so habe ich das interpretiert. Insofern waren für diesen Gesetzentwurf die Änderungen sachlich nicht nötig, aber man kann es natürlich tun. Das sozusagen von meiner Seite. Sachlich hat der Minister alles gesagt. Was soll man dem hinzufügen? Ich bitte der Überweisung zuzustimmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Abgeordneter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann schließen wir die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 4/519 zur Beratung an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Übertragung der Zuständigkeit für die Entscheidung über Widersprüche im Bereich des Umweltrechts, Umweltwiderspruchszuständigkeitsgesetz, Drucksache 4/520.

Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Übertragung der Zuständigkeit für die Entscheidung über Widersprüche im Bereich des Umweltrechts (Umweltwiderspruchszuständigkeitsgesetz – UWZG M-V) (Erste Lesung)

- Drucksache 4/520 -

Das Wort zur Einbringung hat der Umweltminister Herr Dr. Wolfgang Methling. Herr Minister, Sie sind jetzt dran.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung, dass ich das Tempo, das Sie vorlegen, unterschätzt habe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Abgeordnete! Lassen Sie mich in meiner Rede mit einem Zitat von Jean Paul beginnen: "Gegen das Fehlschlagen eines Planes gibt es keinen besseren Trost, als auf der Stelle einen neuen zu machen oder bereitzuhalten." In diesem Sinne hat das Umweltministerium gehandelt und bringt das Umweltwiderspruchszuständigkeitsgesetz in der vierten Legislaturperiode erneut ein.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU)

Möglicherweise stellen Sie sich und mir die Frage: Warum erst jetzt? Falls Sie diese Frage haben, will ich sie so beantworten: Zunächst einmal ist die Vorbereitung eines Entwurfes in der Landesregierung an bestimmte Schritte und Fristen gebunden, die auch dann gelten, wenn dieser Gesetzentwurf das zweite Mal das Verfahren durchläuft. Inhaltlich hat das Umweltministerium mit dem Artikel 3 des Gesetzentwurfes erstmalig und umfassend die Vorgaben des verfassungsrechtlichen Konnexitätsgrundsatzes umgesetzt. Wir sind sozusagen in einem Pilotprojekt gewesen. Insofern hat es auch etwas länger gedauert. Das heißt, in Abstimmung mit dem Finanzministerium, dem Innenministerium und den kommunalen Spitzenverbänden wurden einvernehmlich Bestimmungen über die Höhe von finanziellen Ausgleichsleistungen in den Gesetzestext aufgenommen. Für die Rückübertragung der umweltrechtlichen Widerspruchsentscheidungen erhalten die Landkreise einen Betrag von 48.900 Euro und kreisfreie Städte einen Betrag von 11.100 Euro jährlich. Die Zuweisungen an die Landkreise richten sich nach deren Einwohnerzahl und Gebietsfläche und die Zuweisungen an die kreisfreien Städte bemessen sich nach der Einwohnerzahl. Die Ermittlung der Einwohnerzahlen und die Auszahlung erfolgen nach Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit habe ich Ihnen den einen neuen Artikel des knappen Gesetzentwurfes bereits vorgestellt. Den Rest kennen Sie bereits, wenn Sie Mitglied des Landtages in der vergangenen Legislaturperiode waren, und ich könnte auf meine Ersteinbringungsrede vom 13. März 2002 verweisen. Aber ganz so einfach will ich es mir und Ihnen nicht machen.

Zunächst möchte ich Ihnen die inhaltlichen Regelungen des Gesetzentwurfes wieder kurz ins Gedächtnis rufen. Durch eine Aufhebung von Artikel 34 des Funktionalreformgesetzes und des Paragraphen 53 Nummer 1 des Landesnaturschutzgesetzes wird erreicht, dass die umweltrechtlichen Widersprüche zukünftig wieder bei den Ausgangsbehörden, das heißt bei den Landräten, den Oberbürgermeistern und den Staatlichen Ämtern für Umwelt und Natur, bearbeitet werden. Die zentrale Widerspruchsbearbeitung im Umweltbereich, die 1994 eingeführt worden war, um die Einheitlichkeit der Verwaltungspraxis und ein hohes Maß an Rechts- und Planungssicherheit für Bürger und Investoren zu gewährleisten, gehörte ganz im Sinne der aktuellen Deregulierungsbestimmungen bereits 1999, als mein Ressort das Gesetzgebungsvorhaben begann, auf den Prüfstand. Es war und ist an der Zeit zu fragen, ob dieses Verfahren noch zeitgemäß ist. In über zehn Jahren haben die unteren Umweltbehörden ausreichend Erfahrung gesammelt, um selbst sachgerecht und rechtssicher Widerspruchsbescheide zu erlassen. Damit erfolgte eine Angleichung an die ganz überwiegende Mehrheit der anderen Rechtsbereiche, sozusagen eine Rückkehr zur Normalität. Nur beispielhaft verweise ich auf den Baubereich, wo die Widerspruchsbearbeitung bei den Ausgangsbehörden erfolgt.

Wenn der Landtag nun dem Gesetzentwurf der Landesregierung folgt, könnte sich das Umweltministerium nach knapp zehn Jahren von einer Aufgabe trennen, die streng genommen nie eine ministerielle Aufgabe gewesen ist. Die zentrale Aufgabenwahrnehmung hat daher auch Nachteile mit sich gebracht. Dabei ist die Doppelarbeit zu nennen, die dadurch entsteht, dass die Ausgangsbehörden dem Ministerium zu jedem Vorgang einen ausführli-

chen Sachstandsbericht vorlegen müssen, und die sind manchmal sehr dick. Hinzu kommt, dass viele Sachzusammenhänge sich nur vor Ort durch Anhörungen und Ortsbesichtigungen klären lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so weit zu den inhaltlichen Argumenten, die für diesen Gesetzentwurf sprechen. Aber auch wenn man den Entwurf im Lichte der Zielsetzung der Verwaltungsreform betrachtet, gibt es zur Verabschiedung eines solchen Gesetzes keine Alternative. Das Umweltministerium gehört auch damit – in aller Bescheidenheit darf ich das sagen – zu den Vorreitern, die die Kommunalisierung von Verwaltungsaufgaben praktizieren, anstreben zumindest. Die Bearbeitung von Widersprüchen wird zukünftig ortsnah, schneller und damit bürgerfreundlicher erfolgen. Die Verwaltungswege werden kürzer, die Verfahren werden schlanker, gleichzeitig wird das Ministerium von Vollzugsaufgaben entlastet.

Bereits im Rahmen der Diskussion in der Enquetekommission "Zukunftsfähige Gemeinden und Gemeindestrukturen" ist mein Ressort, wie Ihnen bekannt ist, mit konkreten Vorschlägen zur Kommunalisierung von Einzelaufgaben aus den Bereichen Wasser, Naturschutz sowie Abfall und Immissionsschutz in die Diskussion gegangen.

(Heinz Müller, SPD: Vorbildlich.)

Danke schön, Herr Müller.

Ich bin daran interessiert, dort, wo es verwaltungstechnisch sinnvoll, verantwortbar und finanziell vernünftig ist, staatliche Aufgaben auf die kommunale Ebene abzugeben. Mit dieser Haltung hat mein Haus auch der IMAG Verwaltungsreform Vorschläge unterbreitet, so dass künftig zahlreiche weitere Aufgaben insbesondere aus den Bereichen Wasser, Bodenschutz und Abfall auf die Kommunen übertragen werden können.

Dennoch möchte ich an dieser Stelle betonen, dass ich nach wie vor davon überzeugt bin, dass es auch in meinem Verantwortungsbereich Vollzugsaufgaben gibt, die vernünftigerweise auf Dauer vom Land wahrgenommen werden sollten. Dazu gehören unter anderem viele Naturschutzaufgaben, der Küsten- und der Hochwasserschutz sowie die Zulassung und Überwachung von immissionsschutzrechtlichen Anlagen. Ich denke, auch die Altlastensanierung ist ein solches Feld, wo die Ansiedlung auf Landesebene völlig richtig ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Der aktuelle Gesetzentwurf ist ein Beispiel dafür, dass die Landesregierung mit der angestrebten Funktionalreform auf dem richtigen Wege ist. Er zeigt aber auch, dass es in jedem Fall notwendig ist, die unterschiedlichen Erfahrungen und Interessen des Landes und der Kommunen zu einer einvernehmlichen Lösung zusammenzuführen, um ein tragfähiges Ergebnis zu erhalten. Ich darf mich in diesem Zusammenhang auch bedanken für die konstruktive Haltung des Landkreistages und des Städte- und Gemeindetages, denn nur mit ihnen ist diese Lösung möglich gewesen.

Ich hoffe, dass das Parlament diesen konkreten Beitrag des Umweltministeriums zur Kommunalisierung von Verwaltungsaufgaben unterstützt und den Gesetzentwurf diesmal im zweiten Anlauf möglichst schnell verabschiedet. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS, Lorenz Caffier, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU) **Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Minister.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Überweisung

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf der Drucksache 4/520 zur federführenden Beratung an den Umweltausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss sowie an den Sonderausschuss zu überweisen. Wer stimmt diesem Überweisungsvorschlag zu? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist dem Überweisungsvorschlag einstimmig gefolgt.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 9 aufrufe, möchte ich die Geschäftsführer der Fraktionen bitten, mir die Redner für den Tagesordnungspunkt 25, den wir nachher aufrufen werden, wenn wir denn so weitermachen im Ablauf, zu benennen, damit auch dieser ordnungsgemäß behandelt werden kann.

Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 9**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der SPD und PDS – Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/527.

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und PDS: Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (5. ÄndG KV M-V) (Erste Lesung)

- Drucksache 4/527 -

Das Wort zur Einbringung hat der Abgeordnete Heinz Müller von der Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Heinz Müller, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Koalitionsfraktionen legen Ihnen heute einen Antrag zur Änderung der Kommunalverfassung vor, der als Kernstück enthält, dass wir, die einbringenden Fraktionen, das, was die Enquetekommission in Richtung auf die Kommunalverfassung beschlossen hat, versuchen, in Gesetzesform zu gießen. Dieses Vorhaben, meine Damen und Herren, lässt sich wiederum in zwei Hauptbereiche teilen. Der eine Hauptbereich bezieht sich auf den Bereich der Ortsteilvertretungen. Hier war es der Wille der Enquetekommission – und das wird ja von diesem Landtag getragen -, dass wir Ortsteilvertretungen politisch und rechtlich stärken wollen. Und der zweite Hauptteil in diesem Bereich ist die Frage der Größe, der zukünftigen Größe von Ämtern, von amtsfreien Gemeinden, von Gemeinden insgesamt, von der Anzahl der Gemeinden in Ämtern, diesen gesamten Fragekomplex, der von so großer Bedeutung für unsere kommunalen Verwaltungen ist.

Wir müssen, meine Damen und Herren, konstatieren, dass wir in diesem Bereich in der Enquetekommission in großem Einvernehmen Beschlüsse gefasst haben und dass wir in diesem Landtag die Beschlüsse der Enquetekommission nicht nur zur Kenntnis genommen haben, sondern dass wir ihnen zugestimmt haben. Über Ursachen möchte ich hier nicht spekulieren, aber dennoch müssen wir feststellen, dass es auf der kommunalen Ebene nach wie vor erhebliche Unsicherheit darüber gibt,

wie sich diese Frage zukünftig gestalten wird. Von daher halten wir es für dringend erforderlich, dass wir hier Klarheit und Sicherheit schaffen und die entsprechende Gesetzesnovelle vorlegen.

Nun werden Sie einwenden, meine Damen und Herren, dass seit einigen Wochen ein entsprechender Gesetzentwurf der CDU vorliegt, der exakt diese beiden Themenbereiche Ortsteilvertretungen, Ämterstruktur umfasst. Nun, wenn Sie sich die beiden Papiere inhaltlich anschauen, dann werden Sie feststellen, dass es auch auf inhaltlicher Ebene ein großes Maß an Übereinstimmungen zwischen diesen beiden Papieren gibt, aber das nicht deshalb, weil der eine vom anderen abgeschrieben hätte, sondern deshalb, weil beide von einem dritten abgeschrieben haben, nämlich von den Beschlüssen der Enquetekommission, die umzusetzen wir uns ja alle vorgenommen hatten.

Die CDU hat, politisch nicht zu beanstanden, politisch legitim, hier hochgradig politische Zielsetzungen zu Papier gebracht und hat sich dabei der Beschlusslage der Enquetekommission bedient. Die Koalitionsfraktionen versuchen hier, an der einen oder anderen Ecke – erklärt diese Textunterschiede – erheblich weiterzugehen und einen ganz konkreten Gesetzesvorschlag vorzulegen, das heißt in der Sache keinen Widerspruch, sondern nur ein etwas anderer technischer Ansatz.

Wir sind uns darüber einig – und das haben die Diskussionen zum CDU-Papier im Innenausschuss bereits deutlich gemacht -, dass wir alle an einer schnellen Beschlussfassung in dieser Frage interessiert sind, dass wir schnell handeln wollen, insbesondere mit Rücksicht auf das von mir angesprochene Problem Rechtssicherheit. Und weil das so ist, meine Damen und Herren, haben wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf auch rein verfahrensmäßig einen etwas ungewöhnlichen Weg beschritten. Ich verrate hier sicherlich kein Geheimnis, dass dieser Text, der hier auf dem Tisch liegt, nicht von den Fraktionen entwickelt worden ist, sondern dass die Landesregierung in dieser Frage einen Gesetzentwurf vorlegen will und dass die Landesregierung einen solchen Gesetzentwurf beschlossen hat, den sie dann in die Verbändeanhörung gegeben hat. Diesen Text – und das ist im allgemeinen Einvernehmen geschehen –, den die Landesregierung in die Verbändeanhörung gegeben hat, haben wir als Koalitionsfraktionen uns zu Eigen gemacht und haben ihn hier in den Landtag eingebracht, und zwar unverändert.

Das heißt natürlich auch, meine Damen und Herren, dass die kommunalen Landesverbände bislang noch keine Gelegenheit gehabt haben, zu diesem Entwurf Stellung zu nehmen. Wir haben uns aber auch mit den Verbänden darauf verständigt, dass wir es für absolut ausreichend halten, wenn diese Stellungnahme in den Ausschussberatungen erfolgt und wenn wir dann in den Ausschüssen Gelegenheit haben, auf die Voten der kommunalen Verbände zu reagieren und unsere Beschlussfassung gegebenenfalls dem anpassen. Wir haben also ein Verfahren gewählt, das sicherlich ungewöhnlich ist und das vielleicht auch nicht unbedingt zur allgemeinen Übung werden sollte, das hier aber dem allgemein akzeptierten Ziel der Verfahrensbeschleunigung dienen sollte und das ihm auch tatsächlich dient. Wir werden dadurch mehrere Monate Beratungszeit einsparen.

Da wir aber ein Papier der Landesregierung übernommen haben, haben wir nicht nur ein Papier zu den Aspekten vorliegen, die ich Ihnen eben nannte, Umsetzung der

Beschlüsse der Enquetekommission, sondern wir haben ein Papier vorliegen, das darüber hinaus weitere Aspekte anspricht, insbesondere Aspekte der Deregulierung, aber auch andere wie etwa Wählbarkeit von Beigeordneten, Fraktionsgrößen und anderes. Ich denke, wir werden gut beraten sein, dieses in aller Ruhe in den zuständigen Ausschüssen abzuarbeiten. Ich bitte Sie daher, diesen Antrag der Koalitionsfraktionen federführend in den Innenausschuss und mitberatend in den Sonderausschuss und in den Rechtsausschuss zu überweisen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Müller.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Herr Dr. Jäger für die Fraktion der CDU.

**Dr. Armin Jäger**, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorweg: Wir werden der Überweisung auch in die genannten Ausschüsse in der Reihenfolge und der Gewichtigkeit so zustimmen.

Herr Müller, Sie haben das ganz richtig gesagt, das ist eine Notlösung. Und diese Notlösung ist dadurch entstanden, dass im April der Innenminister, als wir unseren Entwurf hier zur Beratung gestellt haben und der auch dankenswerterweise überwiesen ist, gesagt hat, ich komme dann bald. Nun sind da jetzt ein paar Wochen vergangen, sage ich mal vorsichtig, und insgesamt sind wir ein Jahr – ein Jahr! – hinter der damaligen Entscheidung zurück, in der ein Landtag gesagt hat, das, was die Enquetekommission erarbeitet hat, ist gut, das ist unsere Meinung und nun wollen wir das so machen. Das ist meines Erachtens der Grund. Sie haben gesagt, in der Praxis draußen bei den Kommunen gibt es Unruhe und auch eine gewisse Unsicherheit. Das ist der Grund dafür.

Nun kann man das ja unterschiedlich machen, aber in Ordnung. Wir haben das im Ausschuss angeregt, weil der Innenminister sagte, ich habe da eben vom Verfahren her ... - Herr Umweltminister Methling hat ja eben gesagt, dass das Verfahren bei seinem Entwurf vorgeschrieben ist und dass das dauert -, da haben wir gesagt: Okay. Nur das nächste Mal, Herr Innenminister, vielleicht kommen Sie etwas früher in die Puschen mit der Vorbereitung, weil es hat einfach zu lange gedauert, bis Sie überhaupt mal einen Entwurf vorgelegt haben. Und ich sage auch - und das dürfen Sie bitte zu Hause auch ausrichten -, dieser Entwurf, soweit er über die Umsetzung der Ergebnisse der Enquetekommission hinausgeht, ist eine durchaus, und das meine ich positiv, beachtliche Fleißarbeit, indem Erfahrungen aus der kommunalen Praxis, aus der Praxis der Kommunalaufsicht jetzt in Gesetzesänderungsbefehle umgesetzt werden. Okay, das ist prima, aber das sind Erfahrungen, die auch auf dem Tisch Ihres Hauses lange gelegen haben.

Meine Damen und Herren, wir sollten das Verständnis des Parlaments doch an dieser Stelle noch einmal betonen. Es ist natürlich in Ordnung, wenn wir in den Ausschüssen sagen, bitte schön, Herr Innenminister, dann geben Sie doch den Entwurf einfach rein in die Beratung. Es hätte aber gar nicht Not getan, dass wir jetzt den

Umweg, den wir heute hier gehen, gemacht hätten. Wenn ich diesen Entwurf - und ich habe mir die Mühe gemacht, den sehr genau anzusehen - ansehe, dann wäre es ganz leicht gewesen, ihn in den Beratungen des Ausschusses jeweils an dem Punkt einzubringen, denn es stimmt: Wie ein Ei dem anderen gleichen sich die Änderungsbefehle. Das ist ja auch normal und richtig, weil wir haben gesagt, wir machen eins zu eins Enquetekommission. Also haben wir eins zu eins formuliert. Und deswegen, sage ich mal, wäre es sehr viel einfacher gewesen, nicht zwei Entwürfe eines Fünften Gesetzes zur Änderung der Kommunalverfassung zu haben, sondern wir hätten es ganz einfach haben können. Es liegt einer vor, ein Entwurf eines Fünften Änderungsgesetzes, und zu dem hätte man in den Ausschüssen jeweils bei den einzelnen Sachen Ergänzungen oder Änderungen miteinander besprechen können. Wir sind sicher nicht so vermessen zu sagen, wenn der Änderungsbefehl, den Sie zu einer bestimmten Bestimmung haben, besser ist, na, in Gottes Namen, dann übernehmen wir ihn doch. Uns geht es darum, dass die Praxis draußen damit arbeiten kann, dass Rechtsunsicherheit beseitigt wird. Aber das ist wohl nicht so. Und ein Schelm, der da Böses dabei denkt, ich habe den Eindruck, Sie wollen vermeiden, dass wieder eine wesentliche Änderung im kommunalen Bereich auf einen Entwurf der Opposition zurückgeht. Na gut, in Gottes Namen, wenn es denn das sein muss. Mir geht es, was die Kommunen angeht, mehr um die Sache. Ich will, dass endlich dort was weitergeht.

Es geht aber nicht, dass wir das in Zukunft so machen, denn – und das haben Sie doch gesagt, Herr Müller, da sind wir uns auch einig – wir beschneiden nicht nur formal Mitwirkung und Anhörungsrechte, weil das Verfahren, das bei der Landesregierung läuft, hat ja noch den Vorteil, dass die kommunalen Spitzenverbände, um die geht es ja hier im Wesentlichen, aber auch zum Beispiel die Gewerkschaften, dass die Möglichkeit haben, fundiert Stellung zu nehmen, dann mit den Fachleuten des Ministeriums zu erörtern und dann erst geht der Entwurf in dieses Hohe Haus. Also, wir beschneiden ein Stück, wir wissen, dass wir das auch können. Aber wir wollen das.

(Heinz Müller, SPD: Die Verbände waren doch damit einverstanden. – Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

Ja, ich war damit einverstanden. Ja, ist ja in Ordnung. Die kommunalen Spitzenverbände haben es sogar angeboten, weil sie gesehen haben, der Innenminister kommt nicht zu Potte. Das ist ja unser Problem gewesen. Da habe ich allerdings die Hoffnung, dass wir in Zukunft die Aufgaben des etwas säumigen Innenministers nicht mehr übernehmen müssen. Wie ich gelesen habe, bekommt er jetzt einen juristischen Berater. Damit wird er sicherer und wer sicherer ist, kann auch schneller arbeiten. Herr Innenminister, das finde ich Klasse, dann werden wir in Kürze wahrscheinlich noch etwas mehr bekommen. Das nächste Mal werden wir aber nicht so einfach miteinander umgehen. Da werden wir die Versäumnisse doch ein bisschen deutlicher anmahnen. Das ist aber die wirklich einzige Kritik an dem Entwurf.

Ansonsten bleibe ich bei dem, was ich eingangs gesagt habe, rein in den Ausschuss und wir gehen sofort gemeinsam an die Beratung. Sollten einige Änderungsbefehle, wie das so schön heißt, rechtstechnisch besser sein als unsere, habe ich überhaupt kein Problem, Ihre zu übernehmen. Ich hoffe, dass wir in Zukunft das ein bisschen

besser gemeinsam hinbekommen. Immer der, der den besten Vorschlag hat, dem sollten wir den Vortritt überlassen. Wenn wir das in den Ausschüssen so machen, dann kommen wir in diesem Land auch voran. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Dr. Jäger.

Als Nächstes hat das Wort für die Fraktion der PDS die Abgeordnete Frau Schulz. Bitte schön, Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Gabriele Schulz, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Entwurf zur fünften Novellierung der Kommunalverfassung will, wie es meine Vorredner schon sagten, die Empfehlungen der Enquetekommission "Zukunftsfähige Gemeinden und Gemeindestrukturen" umsetzen und einen ersten Beitrag zur Deregulierung leisten.

Ich möchte noch einen Aspekt hinzusetzen, der nicht den Notkonditionen, von denen Herr Jäger eben gesprochen hat, der letztlich auch den Druck aufmacht, endlich ins Verfahren zu gelangen, entspricht. Das ist der Termin der Kommunalwahlen, die für nächstes Jahr anstehen. Und ich glaube auch, dass wir hier als Parlament zeitlich unter einem gewissen Erwartungsdruck stehen. Es ist eben deutlich geworden, dass fraktionsübergreifend der Wille besteht, dieses Gesetzgebungsverfahren zügig zum Abschluss zu bringen. Lassen Sie mich auf einige Vorschläge noch einmal zurückkommen.

Ich denke, gerade die Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekomission, den Paragraphen 42 im vorliegenden Gesetz betreffend, nämlich Veränderungen der Wertigkeit der Ortsteile vorzunehmen, wird ein kleiner Beitrag dazu sein, ehrenamtliches Wirken in den Kommunen lebendiger und bürgernäher zu gestalten.

Neben der Änderung der gesetzlichen Regeleinwohnerzahl von Ämtern von 6.000 auf 8.000 und mit der Einführung der Mindesteinwohnerzahl von 6.000 ist die Soll-Vorschrift hinsichtlich der Anzahl amtsangehöriger Gemeinden für die gegenwärtigen Fusionsprozesse von Bedeutung. Vergleiche mit anderen Bundesländern weisen hier eine maximale Anzahl von sechs oder sieben Gemeinden pro Amt als optimale Größe aus. Ich denke, der vorliegende Gesetzentwurf will mit der Formulierung: "Einem Amt sollen in der Regel nicht mehr als zehn Gemeinden angehören" den Bedingungen unseres Flächenlandes Mecklenburg-Vorpommern entsprechend Rechnung tragen. Das hat Konsequenzen über den einzelnen Amtsbereich hinaus, nämlich auch in unserem Verfahren in der Bearbeitung der Vorschläge für die Verwaltungsreform, wenn wir über die Anzahl von Verwaltungseinheiten innerhalb eines vielleicht neu zu bildenden künftigen Landkreises diskutieren. Diese Problematik wird uns neben der Behandlung der Kommunalverfassung in den nächsten Wochen und Monaten, denke ich, auch intensiv beschäftigen.

Wenn die Verwaltungswissenschaft von maximal 20 Einheiten innerhalb eines Landkreises ausgeht, dann, meine Damen und Herren, hat unsere Festlegung von zehn letztendlich auch Konsequenzen für die Ämteranzahl und für mögliche veränderte Kreisstrukturen. Das müssen wir in den Ausschussberatungen weiter vertiefen, ich denke aber, dass das Gesetzgebungsverfahren keine Hemmschwellen setzt.

Hervorheben möchte ich an dieser Stelle auch die Liberalisierung und anwenderfreundlichere Gestaltung der Regelungen zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden, insbesondere den Verzicht auf den bisherigen "Positiv-Katalog" in Paragraph 20 Absatz 2. Auch Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung und zur Verwaltungsvereinfachung sowohl auf Seiten der Kommunen als auch bei den Rechtsaufsichtsbehörden finden unsere Zustimmung.

Etwas anders ist es noch mit der Bewertung des Paragraphen 40 Absatz 5, also den Eignungsvoraussetzungen für die Beigeordneten. Die Laufbahnbefähigung für den gehobenen oder höheren allgemeinen Verwaltungsdienst mag aus der Storchenperspektive beziehungsweise durch die Brille der Rechtsaufsicht Idealmaß sein, aber aus der Froschperspektive erscheint uns dieses Raster allerdings

(Heinz Müller, SPD: Realitätsfern.)

zu viele Möglichkeiten zu haben, geeignete Nicht-Laufbahn-Beamte hindurchfallen zu lassen. Aber auch diese Frage kann man im Ausschuss, denke ich, intensiv diskutieren. Sie muss das parlamentarische Verfahren nicht behindern. Ich denke, das sollten wir insgesamt zügig tun. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schulz.

Es hat jetzt ums Wort gebeten der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Dr. Timm. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

**Minister Dr. Gottfried Timm:** Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren! Auch ich will es kurz machen.

Herr Dr. Jäger, ich nehme gerne Kritik und Lob mit. Dass Ihnen das Tempo zu schleppend war, nehme ich zur Kenntnis und ich nehme auch mit, dass die Arbeit der Beamten durch Sie belobigt wurde, denn sie haben da wirklich viel Arbeit reingesteckt. Nicht alles geht immer im gewünschten Tempo. Ich bitte das einfach auch zur Kenntnis zu nehmen, denn in vielen Details steckt tatsächlich viel Fleißarbeit. Es ist so, wie es ist. Aber was hier in Mecklenburg-Vorpommern als Notlösung und ungewöhnlicher Vorgang betrachtet wird, dass ein Regierungsentwurf, der im Kabinett als Referentenentwurf verabschiedet wurde, im Parlament durch die Fraktionen eingebracht wird, das ist anderswo nicht ungewöhnlich. Der Bundestag hat sehr enge Kooperationsverfahren zwischen Parlament und Regierung. Wir kriegen des Öfteren auch Gesetzentwürfe des Bundestages, die am Tag zuvor in der Bundesregierung verabschiedet worden sind. So etwas ist möglich. Ich denke, diese Kreativität sollten wir auch in der Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regierung in diesem Hohen Hause, da, wo es angebracht ist, üben.

In der Sache selber ist viel diskutiert worden, ich will das hier nicht noch einmal aufrollen. Auch hier in diesem Hause haben wir in den letzten Monaten viel über die Frage der Kommunal- und der Ämterreform diskutiert. Wir brauchen dauerhaft leistungsfähige und bürgernahe Verwaltungen auf gemeindlicher Ebene. Die Änderung der Kommunalverfassung bietet hierfür in Zukunft dann auch die rechtliche Grundlage.

Natürlich ist vor Ort eine Unsicherheit entstanden. Was vor Ort aber vor allem entstanden ist, darüber bin ich sehr froh, ist eine sehr konstruktive und ernsthafte Beschäftigung der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen mit dem Ziel, diese Fusionsbemühungen freiwillig bis zum nächsten Jahr durchzukriegen. Darüber bin ich sehr froh. Und meine Hoffnung nährt sich, dass wir im ganzen Land diesen Prozess ohne Zwangsmaßnahmen schaffen könnten. Darüber wäre ich am Ende besonders froh und insofern bitte auch ich um konstruktive und um zügige Beratungsverfahren in den beteiligten Ausschüssen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Gabriele Schulz, PDS)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Innenminister.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zum Abstimmungsverfahren.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/527 zur federführenden Beratung an den Innenausschuss und zur Mitberatung an den Rechts- und Europaausschuss sowie an den Sonderausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dem Überweisungsvorschlag einstimmig zugestimmt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten und bitte die Parlamentarischen Geschäftsführer der drei Fraktionen, kurz einmal nach vorne zu kommen.

Unterbrechung: 12.39 Uhr

Wiederbeginn: 12.42 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet. Wir haben uns eben darauf verständigt, dass dadurch, dass die Redezeiten so weit abgearbeitet sind, wir durchaus die Möglichkeit haben, jetzt eine Mittagspause von 35 Minuten zu machen. Das werden wir jetzt tun. Wir setzen die Sitzung um 13.15 Uhr mit der Wahl des Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR fort. Die Sitzung ist bis 13.15 Uhr unterbrochen.

Unterbrechung: 12.43 Uhr

Wiederbeginn: 13.15 Uhr

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10**: Wahl des Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gemäß § 4 Abs. 1 des Ausführungsgesetzes zum Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Wahl des Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gemäß § 4 Abs. 1 des Ausführungsgesetzes zum Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Stasi-Unterlagen-Gesetz – Ausführungsgesetz – StUG-AG)

Wahlvorschlag der Landesregierung: Wahl des Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gemäß § 4 Abs. 1 des Ausführungsgesetzes zum Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Stasi-Unterlagen-Gesetz – Ausführungsgesetz – StUG-AG) – Drucksache 4/518 –

Der Ministerpräsident hat gemäß Paragraph 4 des Ausführungsgesetzes zum Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR mit Schreiben vom 6. Juni 2003 namens der Landesregierung vorgeschlagen, Herrn Jörn Mothes zum Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR zu wählen.

Für die Wahl des Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR ist darauf hinzuweisen, dass nach Paragraph 4 Absatz 1 des Ausführungsgesetzes zum Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR der Landesbeauftragte auf Vorschlag der Landesregierung vom Landtag mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder, das sind 36 Stimmen, gewählt wird. Die einmalige Wiederwahl ist gemäß Paragraph 4 Absatz 2 dieses Gesetzes zulässig.

Der Wahlvorschlag der Landesregierung liegt Ihnen auf Drucksache 4/518 vor.

Meine Damen und Herren, nach Artikel 32 Absatz 4 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraph 93 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss bei Wahlen geheime Abstimmung stattfinden. Sie erfolgt durch die Abgabe von Stimmzetteln.

Wir kommen zur Wahl.

Den für die geheime Abstimmung allein gültigen weißen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von dem Schriftführer zu meiner Rechten. Auf dem Stimmzettel ist der Name des Kandidaten aufgeführt. Ich darf Sie bitten, sich nach Erhalt des Stimmzettels in die Wahlkabine zu meiner Linken zu begeben. Der Stimmzettel ist in der Kabine anzukreuzen und so zu falten, dass eine geheime Wahl gewährleistet ist. Bevor Sie den Abstimmungszettel in die Urne, die sich hier vor mir befindet, geben, bitte ich Sie, dem Schriftführer Ihren Namen zu nennen. Die Stimme ist ungültig, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, außerhalb der Kabine gekennzeichnet wurde, einen Zusatz oder Vorbehalt enthält, zerrissen ist, den Willen des Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen lässt oder die Stimmabgabe nicht geheim durchgeführt worden ist.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich die Schriftführer, sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmungsurne leer ist.

(Die Schriftführer überzeugen sich davon, dass die Abstimmungsurne leer ist.)

Ich eröffne damit die geheime Abstimmung und ich bitte den Schriftführer zu meiner Linken, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollten, ihre Stimme abgegeben? - Wenn dies der Fall ist, dann schließe ich damit die Abstimmung und unterbreche die Sitzung für fünf Minuten. Ich bitte jetzt, das Stimmergebnis festzustellen.

Unterbrechung: 13.37 Uhr

Wiederbeginn: 13.42 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der geheimen Abstimmung bekannt. Es wurden 64 Stimmen abgegeben, davon waren 64 Stimmen gültig. Es stimmten für den Kandidaten Jörn Mothes 52 Abgeordnete mit Ja,

> (Beifall bei der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

7 Abgeordnete mit Nein, 5 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Ich stelle fest, dass Herr Jörn Mothes die nach Paragraph 4 Absatz 1 des Ausführungsgesetzes zum Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR erforderliche Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Landtages erreicht hat. Damit ist Herr Jörn Mothes nach Paragraph 4 Absatz 1 des Ausführungsgesetzes zum Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gewählt. Ich darf Ihnen, Herr Mothes, im Namen des Hauses für Ihre künftige Arbeit alles Gute wünschen und Ihnen zu diesem Wahlergebnis herzliche Glückwünsche übermitteln.

(Beifall bei den Abgeordneten)

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 11: Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds der G 10-Kommission gemäß § 2 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz (G 10).

Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds der G 10-Kommission gemäß § 2 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz (G 10)

Wahlvorschlag der Fraktion der PDS: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds der G 10-Kommission gemäß § 2 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz (G 10)

- Drucksache 4/534 -

Herr Rechtsanwalt Dr. Eberhard Grabow hat mit Schreiben vom 13. Mai 2003 aus persönlichen Gründen seine Mitgliedschaft in der G10-Kommission niedergelegt. Von daher ist eine Neuwahl des Stellvertreters erforderlich. Hierzu liegt Ihnen der Wahlvorschlag der Fraktion der PDS auf Drucksache 4/534 vor.

Meine Damen und Herren, nach Artikel 32 Absatz 4 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraph 93 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss bei Wahlen geheime Abstimmung stattfinden. Sie erfolgt durch die Abgabe von Stimmzetteln.

Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtages, das sind 36 Stimmen, auf sich vereint. Wir kommen damit zur Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds der G10-Kommission.

Den für die geheime Abstimmung allein gültigen weißen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von dem Schriftführer zu meiner Rechten. Auf dem Stimmzettel ist der Name des Kandidaten aufgeführt. Ich darf Sie bitten, sich nach Erhalt des Stimmzettels in die Wahlkabine zu meiner Linken zu begeben. Der Stimmzettel ist in der Kabine anzukreuzen und so zu falten, dass eine geheime Wahl gewährleistet ist. Bevor Sie den Stimmzettel in die Abstimmungsurne, die sich hier vor mir befindet, geben, bitte ich Sie, dem Schriftführer dann Ihren Namen zu nennen. Die Stimme ist ungültig, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt wurde, außerhalb der Kabine gekennzeichnet wurde, einen Zusatz oder Vorbehalt enthält, zerrissen ist, den Willen des Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen lässt oder die Stimmabgabe nicht geheim durchgeführt worden ist.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich die Schriftführerin, sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmungsurne

> (Die Schriftführerin überzeugt sich davon, dass die Abstimmungsurne leer ist.)

Damit eröffne ich die geheime Abstimmung. Ich bitte den Schriftführer zu meiner Linken, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

> (Die geheime Wahl wird durchgeführt. -Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordneten, haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ihre Stimme abgegeben? - Wenn das der Fall ist, schließe ich die Abstimmung und unterbreche die Sitzung für fünf Minuten zur Auszählung.

Unterbrechung: 14.03 Uhr

Wiederbeginn: 14.08 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich eröffne wieder die Sitzung.

Ich gebe das Ergebnis der geheimen Abstimmung bekannt. Es wurden 65 Stimmen abgegeben. Davon waren 65 Stimmen gültig. Es stimmten für den Kandidaten Peter Ritter 45 Abgeordnete mit Ja, 15 Abgeordnete mit Nein, 5 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Ich stelle fest, dass Herr Peter Ritter als stellvertretendes Mitglied der G10-Kommission nach Paragraph 2 Absatz 3 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz gewählt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich frage Sie, Herr Ritter: Nehmen Sie die Wahl an?

Peter Ritter, PDS: Ich nehme die Wahl an.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke. Ich wünsche Ihnen alles Gute für Ihre Aufgabe.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 12: Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/549.

Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V) – Drucksache 4/549 –

Das Wort zur Berichterstattung wurde nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Petitionsausschuss empfiehlt in Ziffer 1 seiner Beschlussempfehlung, die in der Sammelübersicht aufgeführten Petitionen entsprechend seiner Empfehlungen abzuschließen. Wer der Ziffer 1 der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Ziffer 1 der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses auf Drucksache 4/549 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf die Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses. Wer der Ziffer 2 der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist die Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses auf Drucksache 4/549 von den Fraktionen der SPD und PDS bei einer Stimmenthaltung der PDS und Stimmenthaltung der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13**: Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Entwurf einer Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Förderung der angewandten Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen nach Artikel 91b des Grundgesetzes, Drucksache 4/230, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Drucksache 4/551.

Unterrichtung durch die Landesregierung: Entwurf einer Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Förderung der angewandten Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen nach Artikel 91b des Grundgesetzes – Drucksache 4/230 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur – Drucksache 4/551 –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung, dem mit der Unterrichtung dem Landtag zugeleiteten Entwurf einer Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Förderung der angewandten Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen nach Artikel 91b des Grundgesetzes inhaltlich in der vorliegenden Fassung zuzustimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur auf Drucksache 4/551 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14**: Beschlussempfehlung und Bericht des Umweltausschusses zu dem Beschluss des Landtages Mecklenburg-Vorpommern vom 11. Dezember 2002 zu dem Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS "Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 11. Ostseeparlamentarierkonferenz in St. Petersburg am 30. September und 1. Oktober 2002", Drucksache 4/44, sowie zu dem Beschluss des Landtages Mecklenburg-Vorpommern vom 12. März 2003 zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und PDS "Entschließung zur Erklärung des Politischen Vorstandes der Konferenz Peripherer Küstenregionen Europas und zu weiteren Beschlüssen auf nationaler Ebene anlässlich des Untergangs des Öltankers 'Prestige'", Drucksache 4/281, auf Drucksache 4/554.

Beschlussempfehlung und Bericht des Umweltausschusses zu dem Beschluss des Landtages Mecklenburg-Vorpommern vom 11. Dezember 2002 zu dem Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 11. Ostseeparlamentarierkonferenz in St. Petersburg (Russische Föderation) am 30. September und 1. Oktober 2002 – Drucksache 4/44 –

zu dem Beschluss des Landtages Mecklenburg-Vorpommern vom 12. März 2003 zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und PDS Entschließung zur Erklärung des Politischen Vorstandes der Konferenz Peripherer Küstenregionen Europas und zu weiteren Beschlüssen auf nationaler Ebene anlässlich des Untergangs des Öltankers "Prestige"

- Drucksache 4/281 -
- Drucksache 4/554 -

Das Wort zur Berichterstattung hat die Umweltausschussvorsitzende Frau Schwebs.

**Birgit Schwebs**, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Grundlage der vorliegenden Beschlussempfehlung ist der Zwischenbericht "Maritime Sicherheit im Ostseeraum", erarbeitet vom Ostseeinstitut für Seerecht und Umweltrecht der Juristischen Fakultät der Universität Rostock. Im Auftrage des Landtages, speziell des Umweltausschusses erarbeitet, selbstverständlich.

Viele Worte zu machen, um wenig Gedanken mitzuteilen, ist überall das untrügliche Zeichen für Mittelmäßigkeit, bemerkte einmal Arthur Schopenhauer. Für das Gutachten trifft das in keiner Weise zu und für meine Einbringung werde ich an dieser Stelle die Worte beherzigen und mich zur Problematik Schiffssicherheit nur sehr kurz fassen. Erfreulich ist es, festzustellen, dass die Akteure unabhängig davon, auf welcher Ebene sie sich für mehr Sicherheit auf den Schiffen engagieren, im Wesentlichen an einem Strang ziehen und, was sehr verwunderlich ist, meistens ziehen sie auch in dieselbe Richtung. Deshalb

meine ich, dass von dieser Stelle ein Dank an all diejenigen angebracht ist, die sich intensiv dieser Problematik widmen und versuchen, im Interesse der Schiffssicherheit zu wirken.

> (Beifall bei Abgeordneten der PDS und Ute Schildt, SPD)

Und damit meine ich ausdrücklich Regierungsebene, Parlament und auch die verschiedenen NGOs, die sich mit dieser Problematik beschäftigen und uns im Umweltausschuss auch mit dieser Problematik sozusagen füttern.

Aber was bisher erreicht wurde, meine Damen und Herren, kann in Bezug auf die Problematik Schiffssicherheit nicht das Maximale sein. Verschiedene Probleme harren einer Lösung. Welche uns als Landtag am meisten drücken, können Sie im Übrigen dem vorliegenden Antrag

Ein sehr großes Problem ist und bleibt wahrscheinlich auch in der nächsten Zeit die Position und das Agieren Russlands, das immer noch zu wenig in die europäischen Strukturen eingebunden ist. Während die baltischen Staaten schon durch ihren absehbaren Beitritt in die Europäische Union verpflichtet werden, die bestehenden Abkommen und Verträge zu ratifizieren, bleibt Russland in dieser Situation außen vor und macht sozusagen sein eigenes Ding. Deshalb muss jede Gelegenheit genutzt werden, Russland bezüglich der Schiffssicherheit immer dort in die Verantwortung zu nehmen, wo seine Repräsentanten anwesend sind. Eine Möglichkeit dafür ist die 12. Ostseeparlamentarierkonferenz, die im September in Oulu in Finnland stattfinden wird. Aus diesem Grunde hat sich der Umweltausschuss einstimmig zu der Ihnen vorliegenden Beschlussempfehlung an diese Konferenz ausgesprochen und im Namen und im Auftrag des Umweltausschusses bitte ich auch um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS, Reinhard Dankert, SPD, und Ute Schildt, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Schwebs.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Umweltausschusses auf Drucksache 4/554 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Danke. Damit ist die Beschlussempfehlung des Umweltausschusses auf Drucksache 4/554 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, der Fraktion der CDU bei vier Stimmenthaltungen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 25: Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Bericht zur Erweiterung der Europäischen Union, Drucksache 4/463.

Unterrichtung durch die Landesregierung: Bericht zur Erweiterung der Europäischen Union - Drucksache 4/463 -

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer

von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Ministerpräsident Herr Dr. Ringstorff.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Noch zehn Monate, dann macht Europa einen historischen Schritt - zehn neue Mitglieder, die größte Erweiterung in der Geschichte der Europäischen Union. Unsere Nachbarn werden dabei sein. Die Bürger in Litauen und Polen haben dem Beitritt ihres Landes schon zugestimmt. Und ich kann sagen, darüber freuen wir uns. Mit der Osterweiterung haben wir die Chance, dauerhaft Frieden und Wohlstand in Europa zu sichern. Das dürfen wir nicht vergessen!

Mit diesem historischen Schritt ist die Teilung Mitteleuropas beendet. 25 Staaten Europas schließen sich friedlich zu einer neuen staatlichen Einheit mit einer eigenen Verfassung zusammen. Mecklenburg-Vorpommern wird von der Erweiterung profitieren. Es rückt aus seiner bisherigen Randlage ins Zentrum der Union und wir haben die Möglichkeit, unsere Brückenfunktion im Ostseeraum auszubauen und vor allem von dem starken wirtschaftlichen Wachstum in dieser Region zu profitieren. Die EU-Osterweiterung wird den Bürgerinnen und Bürgern im Ostseeraum, der Wirtschaft und Kultur wichtige Impulse geben und das Zusammenwachsen auf vielen Gebieten weiter erleichtern.

Je besser unser Land auf diesen Schritt vorbereitet ist, umso größer die Chancen und umso geringer die Risiken. Um Mecklenburg-Vorpommern für die Erweiterung fit zu machen, geschieht eine Menge und die Dinge kommen gut voran. Das zeigt auch der zweite Bericht der Landes regierung zur Erweiterung der Europäischen Union, mit dem wir Sie, meine Damen und Herren Abgeordnete, regelmäßig über den Fortgang und die Ergebnisse der eingeleiteten Maßnahmen und über den Stand der Beitrittsverhandlungen unterrichten. Damit Mecklenburg-Vorpommern seine Chancen im Erweiterungsprozess nutzen kann, hat die Landesregierung zahlreiche Maßnahmen ergriffen und unsere Vorstellungen und Forderungen auf europäischer Ebene, gegenüber dem Bund sowie im Rahmen des Bundesrates und der Fachministerkonferenzen vertreten. Auf diesem Weg haben wir es geschafft, dass die Anliegen des Landes größtenteils in Übereinstimmung mit anderen Ländern zufriedenstellend umgesetzt werden. Im Mittelpunkt stehen dabei:

Erstens. Die konsequente Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes.

Das heißt, die Beitrittsländer sind verpflichtet, alle derzeitigen und künftigen Rechte und Pflichten der Gemeinschaft und ihres institutionellen Rahmens mit dem Beitritt beziehungsweise nach dem Ablauf der Übergangsfristen umzusetzen und anzuwenden. Das bedeutet für uns in Mecklenburg-Vorpommern: Gleiche Mindeststandards, zum Beispiel Umwelt- oder Sozialstandards, und vergleichbare Wettbewerbsdingungen werden die Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg wesentlich erleichtern. Die Erweiterung wird vergleichbare rechtliche Rahmenbedingungen schaffen und zu einer Annäherung der Preise und Löhne führen. Und das nützt vor allem unseren Unternehmern.

Zweitens. Übergangsmaßnahmen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Dienstleistungsfreiheit.

Hier gilt: Der Beitritt wird die bestehenden Verhältnisse verändern, aber nicht in gravierender Weise. In einigen Bereichen wird die gegenwärtige Situation sogar fortgeführt, zum Beispiel weil die Öffnung bereits erfolgt ist, wie beim Niederlassungsrecht. Oder es ändert sich vorerst nichts, weil die Übergangsregelungen den Zugang zum deutschen Arbeits- und Dienstleistungsmarkt für längstens sieben Jahre auf dem gegenwärtigen Stand halten. Zur konkreten Ausgestaltung der Übergangsregelungen steht die Landesregierung mit den Betroffenen vor Ort in Kontakt. Also man kann die Fristen, wenn man will, auch vorziehen. Die Zuwanderung von Arbeitnehmern bleibt damit in den kommenden Jahren für uns steuerbar und diese Zeit muss für die Anpassung an die veränderten Bedingungen genutzt werden. Ich glaube, die Devise kann nicht Abschottung heißen, sondern gezieltes Herangehen an neue Möglichkeiten und Märkte.

#### (Beifall Karsten Neumann, PDS)

Wir werden die kommenden Veränderungen nicht aufhalten und es muss ehrlich gesagt werden, dass nicht jeder Einzelne und nicht jedes Unternehmen von der Erweiterung profitieren wird. Eine erfolgreiche Politik kann nur darin bestehen, offensiv auf eigene Stärken zu setzen. Qualifikation und Innovation sind hier entscheidende Eckpunkte.

### (Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich sage hier sehr deutlich, in einem reinen Niedriglohnwettbewerb werden und wollen wir nicht bestehen.

#### (Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Auch eine Strategie der Abwehr unbequemer Konkurrenz ist kein Ausweg. Der Preis wäre letzten Endes die Aufgabe der Integration und damit auch die Aufgabe aller sich bietenden Vorteile. Und das können und wollen wir uns nicht leisten.

Dritter Schwerpunkt ist die Förderung der Grenzregion.

Es geht darum, das Zusammenwachsen der Grenzregion auf beiden Seiten zu unterstützen, die Infrastruktur zu verbessern sowie den kleinen und mittleren Unternehmen die Anpassung an die veränderte Marktsituation zu erleichtern. Und im Mittelpunkt steht dabei Vorpommern. Betriebliche Hilfen für Modernisierung und technologische Innovationen, aber auch grenzüberschreitende Technologiezentren, Wissenschafts- und Unternehmenskooperationen, Joint Ventures, werden in diesem Rahmen verstärkt gefördert. Das Informationsbüro der Staatskanzlei in Brüssel hat beispielsweise mit der IHK Rostock die Internetplattform "Europa-MV" aufgebaut, zugeschnitten auf die Unternehmer der Region als Hilfe beim Recherchieren von neuen Märkten und als Info-Portal zu europaweiten Ausschreibungen und Förderbedingungen der EU, samt praktischen Anwendungsbeispielen.

Das ist nur einer von vielen konkreten und praktischen Beiträgen, um die internationale Kooperations- und Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen in der Grenzregion zu stärken. Mit ihrem 2001 aufgelegten Grenzregionenprogramm hat die EU hier grundsätzlich einen richtigen Schritt getan, auch – das sage ich deutlich – wenn wir uns noch eine stärkere Unterstützung gewünscht hätten. Die Industrie- und Handelskammern, die sich in der ARGE28, einer Vereinigung der Grenzlandkammern zusammengeschlossen haben, nutzen dieses Programm erfolgreich für den Mittelstand. Dieses Programm, so unsere Ansicht, sollte über 2004 hinaus fortgeführt

werden und noch bessere Bedingungen für die Verknüpfung der Räume beiderseits der heutigen Außengrenzen schaffen. Ich habe dafür auch bei meinem letzten Besuch bei der EU-Kommission bei Kommissar Barnier geworben.

Ich warne davor, nach dem 1. Mai 2004 so zu tun, als seien die Räume an der Landesgrenze damit automatisch zusammengewachsen.

#### (Beifall Karsten Neumann, PDS)

Sie sind auf einem guten Weg, aber noch nicht am Ziel. Dieser Prozess darf deshalb nicht durch eine deutliche Mittelreduzierung verlangsamt werden, sondern muss auf beiden Seiten durch eine angemessene INTERREG-IIIA-Ausstattung flankiert werden.

### (Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die Grenzregion wird durch die Landesregierung mit den verschiedensten Instrumenten gefördert. Dazu gehören auch die EU-Strukturfonds einschließlich des Programms INTERREG. Die Landesregierung hat die einzelnen Förderinstrumente und Mittelzuflüsse in dem Entwicklungsbericht Vorpommern sowie in ihrem Bericht "Nutzung von EU-Förderprogrammen" dargestellt und neben den ökonomischen Aspekten spielt darüber hinaus auch die soziale und kulturelle Vorbereitung der Bevölkerung eine wichtige Rolle. Fremdsprachenförderung oder Jugendaustausch sind hier nur zwei Stichworte.

Viertens. Wichtiger Punkt ist die Zusammenarbeit insbesondere mit der Woiwodschaft Westpommern und der Ausbau der grenzüberschreitenden Kooperation vor allem im Unternehmensbereich.

Im Zuge der Erweiterung wird Stettin wieder stärker in seine historische Funktion als bedeutendes Wirtschaftszentrum für die gesamte Region eintreten und in der Zusammenarbeit mit unserer Partnerregion Westpommern wird seit Jahren intensive Vorarbeit auf die Erweiterung geleistet, auf allen Ebenen und in allen Bereichen. Ich glaube, jeder von Ihnen ist in irgendeiner Form mit eingebunden. Deshalb nur ein Beispiel: das Pilotprojekt einer in beiden Ländern anerkannten Berufsausbildung für 45 deutsche und 45 polnische Jugendliche in Rothenklempenow. Die ersten Erfahrungen dieses bis zum Herbst 2004 laufenden Projektes sind positiv. Und ich bin überzeugt, dass dies ein Weg ist, den wir noch viel mehr als bisher beschreiten müssen,

#### (Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

um die Osterweiterung vor Ort nah an den Menschen zu vollziehen. Denn das ist, glaube ich, der wichtigste Punkt: Wir müssen die Menschen für diesen historischen Schritt gewinnen.

Meine Damen und Herren, wir sehen für Mecklenburg-Vorpommern viele Chancen, wir sehen aber auch, dass sich viele Bürger mit Europa und dem historischen Schritt schwer tun. Es ist notwendig, sich damit auseinander zu setzen, zu informieren und gemeinsam darüber zu reden, denn eins ist klar: Mit Unterschriften auf Verträgen ist dieser historische Schritt noch nicht geschafft!

### (Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Die Erweiterung ist erst dann gelungen, wenn sie in den Köpfen und Herzen der Menschen beiderseits der Grenzen angekommen und angenommen ist. Viele kleine Schritte sind dazu notwendig, viel Aufklärung und Überzeugungsarbeit. Doch es ist deutlich zu merken, dass die Bereitschaft, sich mit dem Thema EU-Osterweiterung auseinander zu setzen, in den vergangenen Monaten noch einmal stark zugenommen hat. Information ist wichtig. Noch wichtiger ist die Begegnung, damit gegenseitige Achtung, Offenheit und Lernbereitschaft wachsen. In diesem Sinne begrüße ich auch den Besuch der Sejmikmitglieder aus Westpommern heute in unserem Hohen Hause.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, PDS und Dr. Ulrich Born, CDU)

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, die EU-Osterweiterung ist ein enormer Kraftakt. Je besser unser Land vorbereitet ist, umso größer die Chancen und umso geringer die Risiken. Gemeinsam mit allen wichtigen Kräften unseres Landes ist die Vorarbeit in vollem Gange. Europa macht einen historischen Schritt. Wir wollen ihn nutzen! – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, PDS und Dr. Ulrich Born, CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Ministerpräsident.

Zum richtigen Zeitpunkt und zum richtigen Thema können wir unsere polnische Delegation auch wieder begrüßen. Ich freue mich, dass es so geklappt hat.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ankermann von der Fraktion der CDU.

Michael Ankermann, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat nunmehr einen weiteren, einen zweiten Bericht zur Erweiterung der Europäischen Union vorgelegt, der sich in seinem ersten Teil mit dem Stand der Beitrittsverhandlungen beziehungsweise der Beitritte auseinander setzt und im zweiten Teil sich mit der Bedeutung dieser Erweiterung für unser Bundesland und den Positionen in diesem Lande und auch den Ergebnissen der einzelnen Maßnahmen beschäftigt.

Der Stand der Erweiterung ist uns allen hinlänglich bekannt. Am 16. April dieses Jahres ist in Athen der Erweiterungsvertrag unterzeichnet worden. Damit werden 75 Millionen Menschen in zehn neuen Ländern mit zehn neuen Sprachen in die Europäische Union aufgenommen. In allen Beitrittsländern, bis auf Estland und Lettland, wurden bereits Volksabstimmungen zum EU-Beitritt durchgeführt, die alle pro EU ausgegangen sind. Das ist besonders erfreulich und zeigt auch den Ehrgeiz, den die Länder und Völker hier in die Sache legen.

Seit der Unterzeichnung des Beitrittsvertrages haben die neuen Mitglieder das Recht, als Beobachter an EU-Ratssitzungen teilzunehmen und vor allen Ratsgremien und den bisherigen Mitgliedern das Wort zu ergreifen. Am 1. Mai 2004, also im nächsten Jahr, wird der Beitritt dann vollzogen.

Diese Erweiterung bietet neben hoher Verantwortung aber auch riesige Chancen. Diese finden nach meinem Geschmack keine allzu große Erwähnung in dem Bericht der Landeregierung. Das ist schade, denn es kommen immerhin zehn neue Partner hinzu und dieses muss man entsprechend beachten und entsprechend würdigen. Wir vergrößern den Friedensraum Europa und damit den Frie-

denstraum von etwa 450 Millionen Menschen in den EU-Staaten.

Vor dem Hintergrund der Ereignisse des 11. September und des Irakkrieges ist wieder sehr deutlich geworden, dass die Europäische Union zuallererst ein Friedensprojekt ist. Bereits bei dem Vertrag über die Montan-Union ist in allererster Linie daran gedacht worden, die Verbannung, die Kriegsgefahr in den unterzeichnenden Ländern zu verbannen.

Eine große Chance ist auch, dass unsere Wirtschaft sich nunmehr in einem einzigen und in einem einzigartig großen Binnenmarkt bewegt. Wir bekommen gleiche Mindeststandards von Riga bis Rom. Die wirtschaftlichen Vorteile lassen sich hier an einigen Schlagwörtern festmachen: mehr Wachstum, ein größerer Binnenmarkt, verstärkter Handel, wachsende Investitionen. Die Europäische Kommission erwartet für das kommende Jahr in den zehn Beitrittsländern ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent. Für die EU werden im Vergleich dazu nur 1,5 Prozent erwartet. Auch hier sieht man, dass ein großer Sprung nach vorne in der Wirtschaftskraft zu erwarten sein wird, vor allem in den Beitrittsländern.

Die Erweiterung bringt jedoch zusätzliche volkswirtschaftliche Wachstumseffekte. Mehr Wachstum bedeutet mehr Arbeitsplätze und damit mehr Wohlstand, mehr soziale Sicherheit und damit auch deutlich mehr handfeste Vorteile für den Einzelnen, für die Bevölkerung, die dahinter steht

Die Bevölkerung in der Union wird mit der Aufnahme der zehn Beitrittskandidaten auf 450 Millionen Menschen anwachsen. Damit entsteht in Europa der größte Binnenmarkt der Welt – das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen –, der größte Binnenmarkt der Welt mit mehr Einwohnern als in den USA, Kanada und Japan zusammen. Etwa 441 Millionen sind es auf dieser Seite und auf der europäischen Seite 450 Millionen. Ein gemeinsamer Binnenmarkt heißt freier Waren- und Personenverkehr und damit auch mehr Handel und auch mehr Tourismus

Das Papier, das uns vorgelegt worden ist, lässt leider den Tourismus, beispielsweise aber auch die Wissenschaft doch eher am Rande stehen oder erwähnt ist sogar gar nichts. So ist für die Tourismusbranche und damit für das ganze Land es doch ein faszinierender Gedanke, auf den mich der Kollege Friese gebracht hat, dass es eine schiffbare Verbindung gibt zwischen Breslau und Bad Kleinen, die neue europäische Achse Breslau und Bad Kleinen.

(Siegfried Friese, SPD: Wismar! Wismar!)

Sofern man den Wallensteingraben zwischen Bad Kleinen und der Hansestadt Wismar dann entsprechend ausbauen würde, muss man sich einfach vorstellen, dass man mit einem Schiff, einem Segelschiff oder einem Motorboot, tatsächlich von Breslau bis in die Ostsee hineinfahren könnte und umgekehrt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Was sich darin für den Wasserwirtschaftstourismus, der ja auch eine Innovation ist, wie wir heute Morgen gehört haben, verbirgt, das wird einem dann deutlich, wenn man an den Wassertourismus denkt im Brandenburgischen und auch auf der Müritz.

Wir in Mecklenburg-Vorpommern sind im Wesentlichen durch unsere unmittelbare Nachbarschaft zu Polen mit diesem Beitrittsland in ganz besonderer Weise verbunden. Mich hat es daher außerordentlich gefreut, dass in Polen das Referendum positiv ausgegangen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, einzelnen Abgeordneten der SPD und Karsten Neumann, PDS)

In keinem anderen künftigen Mitgliedsland, in keinem anderen künftigen Mitgliedsstaat wurde die Debatte um den EU-Beitritt so kontrovers geführt und für uns auch so dicht und so nah kontrovers geführt wie in Polen. In keinem anderen Land ist die Front der Gegner so verhärtet und in keinem anderen Land bestand nach meiner vorsichtigen Einschätzung so sehr das Risiko, dass eine schwierige innenpolitische Lage den Blick für die eigentliche Bedeutung der Entscheidung hätte trügen können. Jedoch hat die Mehrheit der Polinnen und Polen erkannt, dass es bei dem Referendum nicht darum ging, die heutige Lage in Polen zu bewerten. Die Entscheidung ist vielmehr vor allem für die Zukunft Polens im 21. Jahrhundert und darüber hinaus von ganz besonderer Bedeutung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Die politische Lage in Polen ist schwierig. Diese Schwierigkeiten haben aber nichts mit dem EU-Beitritt zu tun. Die Mitgliedschaft in der EU schafft vielmehr einen stabilen politischen und wirtschaftlichen Rahmen für die Entwicklung Polens als lebendige Demokratie und funktionierende Marktwirtschaft. Der politische Einfluss Polens wird größer und Polens wirtschaftliche Aussichten verbessern sich zunehmend.

Die Landesregierung hat in dem vorgelegten Papier auf etwa 15 von insgesamt 20 Seiten das nachbarschaftliche Verhältnis zu Polen beleuchtet. Zu Recht, wie ich meine, denn als direkte Nachbarn ist uns an einer guten und für beide Seiten wirtschaftlich erfolgreichen Zusammenarbeit besonders gelegen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Gleichwohl fehlen die Erwähnung und Bewertung des ungeheueren Potentials des ganzen Europa. In einem Zeitalter, in dem so genannte Pfennigartikel in China produziert, auf dem Seewege nach Europa verschifft und hier für einige wenige Cent verkauft werden, in dem man eben schneller von Wismar nach Breslau kommt als auf dem eben erwähnten Wasserwege, in dem man zum Handy greift, E-Mails versendet und Telefonkonferenzen führen kann, spielt die räumliche Entfernung nicht die allergrößte Rolle. Deswegen dürfen wir nicht vergessen, dass der EU-Beitritt auch mit vielen anderen Staaten – der Ostseeraum ist angesprochen worden – eine große Rolle für uns spielt und eine große Herausforderung ist. Die Chancen, die Europa uns bietet, sind gesamteuropäische Chancen. Und nur so dürfen wir die EU-Erweiterung betrachten und nur so dürfen wir diese Chancen zukünftig begreifen.

Allerdings darf man sich keine Illusionen darüber machen, dass die Erweiterung der EU auch bedeutet, dass Europäer in den nächsten Jahrzehnten mit größeren materiellen Unterschieden und Ungleichheiten zurechtkommen werden und diese legalisieren sollen. Selbstverständlich gab es immer Unterschiede im Lebensstandard zwischen Ost- und Westeuropa und während des Kalten Krieges vertiefte sich diese Kluft beträchtlich. Mit der EU-

Erweiterung werden diese Unterschiede nicht mehr zu verbergen sein. Aber schauen wir uns einmal Griechenland an oder Spanien oder Portugal, nicht zuletzt Irland. Diese Länder haben ebenfalls eine schwierige Geschichte, hatten ebenfalls unter Diktaturen zu leiden und auch dort gab es arme Menschen. An der Gleichberechtigung dieser Länder in der Europäischen Union wird jedenfalls heute niemand mehr zweifeln.

Die Union ist den Werten verpflichtet. Sie ist insbesondere auch der Solidarität verpflichtet. Die genannten Länder sind wohlhabender geworden und sie haben ihre Stimme in der Union. Daher werden wir die Zeit zur wirtschaftlichen Angleichung zwischen Ost- und Westeuropa nicht in Jahren, sondern wohl eher in Generationen zu leisten haben. Mit diesen Dingen muss man umgehen, denn zur Realität in der europäischen Gemeinschaft zählt, dass wir als Völker voneinander verschieden sind. Wir sind Deutsche, Franzosen, Spanier, Polen oder Italiener in einer europäischen Familie. Es ist gerade diese Verschiedenheit, die uns stark macht und die vertraglich durch die EU-Verträge geschützt ist. Denn schon John Monet, einer der Gründerväter der Europäischen Einigung, sagte: Wir vereinigen keine Staaten, sondern Menschen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Ankermann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Detlef Müller von der Fraktion der SPD.

**Detlef Müller**, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Das ist das Los des fast letzten Redners. Was soll man noch sagen? Vieles von dem, was meine Vorredner schon gesagt haben, steht in meinem Redemanuskript. Darum gestatten Sie mir nur einige wenige Anmerkungen zu dem uns vorliegenden Bericht.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Der Redner ist aber gut.) Herzlichen Dank, Herr Born.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, was die Zeitplanung betrifft, sind wir optimal hier bei uns. Denn in der letzten Woche haben noch in Griechenland die Staats- und Regierungschefs über die weitere Entwicklung der Europäischen Union und deren Verfassung beraten und heute behandeln wir hier einen Bericht unserer Landesregierung zur Erweiterung der Europäischen Union. Das zeigt zum einen, wie aktuell wir sind, das zeigt aber zum anderen, dass das Thema EU-Erweiterung immer aktueller wird. Das kommt in dem uns vorliegenden Bericht der Landesregierung, denke ich, zum Ausdruck. Insofern, glaube ich, ist der uns vorliegende Bericht ein guter und ein aktueller Bericht.

Aber ich glaube, dass man diesen Bericht im Zusammenhang mit dem jetzt dem Europaausschuss übergebenen Jahresbericht der Landesregierung zur Zusammenarbeit im Ostseeraum für den Zeitraum 2002/2003 sehen muss. Denn in diesem Bericht ist noch einmal auf die Zusammenarbeit im Ostseeraum hingewiesen worden, auf Fördermöglichkeiten und auf die bereits bestehende gute Zusammenarbeit und die Aktivitäten unserer Landesregierung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Tat ist es so, dass in knapp zehn Monaten die EU um 75 Millionen Einwohner reicher ist, dass die Ostsee sozusagen ein Binnenmeer wird und unser Land Mecklenburg-Vorpommern – darauf hat der Ministerpräsident schon hingewiesen – rückt ins Zentrum der EU. Und mit diesem Beitritt der zehn Länder wird ein weiterer, wie ich meine, entscheidender Schritt zur Integration Deutschlands vollzogen.

Im Bericht wird auf die Chancen unseres Landes im Zusammenhang mit der Erweiterung hingewiesen. Meine Vorredner sind hier schon darauf eingegangen und ich glaube, dass wir riesige Chancen haben bei der weiteren Entwicklung unseres Landes. Sicher gibt es aber Risiken. Dennoch glaube ich, dass die Chancen überwiegen und wir diese Chancen nutzen müssen.

Im Bericht heißt es dazu: "Die zum Zeitpunkt des Beitritts tatsächlich eintretenden Veränderungen kommen darüber hinaus nicht überraschend. Sie sind absehbar und daher besteht die Möglichkeit, sich auf diese Veränderungen einzustellen." Zitatende. Dieses Zitat betrifft den Beitritt Polens. Und, darauf haben meine Vorredner hingewiesen, Polen berührt uns natürlich ganz besonders als unmittelbarer Nachbar. Dennoch glaube ich, dass das Zitat mit Vorsicht zu genießen ist, denn wie im wahren Leben steckt hier der Teufel im Detail. Und darauf haben meine Vorredner hingewiesen, auf bestimmte Übergangsregelungen, zum Beispiel Arbeitnehmerfreizügigkeit oder Grundstückskäufe und vieles mehr. Da wird es Übergangsregelungen geben und da steckt dann häufig die Schwierigkeit in der Umsetzung dieser Dinge.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Beispiele zeigen eben – und darauf will ich noch einmal hinweisen –, dass diejenigen, die die Verhandlungen geführt haben in den letzten Jahren, sich doch sehr intensiv mit vielen Dingen auseinander setzen mussten. Und ich glaube, dass es nicht immer ganz leicht war, diese Verhandlungen zu führen, zumal es vorwiegend um kleinere Staaten geht, die natürlich eine Menge Befindlichkeiten haben, und man immer wieder neue Kompromisse suchen muss.

Ich glaube, das ist eine bemerkenswerte Leistung dieser Verhandlungen in den letzten Jahren und es zeigt aber, dass die Erweiterung der EU kein Selbstläufer ist, sondern sie ist eine historische Aufgabe und wird die unselige Spaltung unseres Kontinentes überwinden helfen. Das heißt aber, dass die Landesregierung nicht nachlassen darf in ihrer Aktivität, denn ich bin durchaus davon überzeugt, dass es noch Reserven gibt und die Zeit läuft. Zum Beispiel denke ich, dass man darüber nachdenken sollte, dass in den einzelnen Ministerien Mitarbeiter EUtauglich gemacht werden, beziehungsweise man versuchen muss, weitere Mitarbeiter und Beamte in den EU-Dienst zu bekommen. Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Musik spielt in Zukunft immer mehr in Brüssel und wir brauchen Mitarbeiter, die diese Melodien dann erkennen. Gerade wenn es um das Ziel-1-Gebiet darüber haben wir schon häufig gesprochen -, wenn es darum geht, dass wir für unser Land das Ziel-1-Gebiet erhalten, müssen wir sehen, dass wir alle Kräfte bündeln, um dann hier erfolgreich zu sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube aber, dass wir als Parlamentarier uns noch intensiver mit diesem Thema auseinander setzen müssen. Zwar haben wir im Rechts- und Europaausschuss mit dem Ministerpräsidenten sowie mit den Europaabgeordneten aus Mecklenburg-Vorpommern beraten und wir haben einen An-

trittbesuch in Stettin beim dortigen Sejmik durchgeführt, bei dem erste Arbeitsgespräche geführt wurden, die meiner Meinung nach unbedingt fortgeführt werden sollten.

> (Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, Dr. Ulrich Born, CDU, und Karsten Neumann, PDS)

Herzlichen Dank, Herr Born. Herr Born war dabei. Er wird mit seinem Beifall bestätigen können, dass wir das fortführen sollten. Insofern bedauere ich schon, dass die Zeitplanung des heutigen Besuchs der polnischen Delegation uns kaum Möglichkeiten für den Rechts- und Europaausschuss ließ, um diese Arbeitsgespräche weiter fortzuführen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Bei unserem Besuch in Stettin hat sich der von mir bereits erwähnte Ausspruch, dass der Teufel im Detail steckt, gezeigt, wie gerade bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit von Unternehmen aus Deutschland und Polen oder aber beim Sprachunterricht – darauf haben meine Vorredner schon hingewiesen –, besonders in unseren Schulen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Hier gilt es insbesondere, unbedingt solche Hinweise wahrzunehmen, um Missstände abstellen zu können. Dabei, glaube ich, kommt es ganz wesentlich darauf an, dass wir weiter persönliche Kontakte und Begegnungen mit polnischen Bürgern herstellen. Das muss für uns heißen, dass wir versuchen, weiter solche Begegnungen zu organisieren, und an solchen Begegnungen teilnehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mich noch eine letzte Bemerkung, darauf hat mein Vorredner Herr Ankermann hingewiesen. Es gibt außer Polen noch weitere Länder, die der EU beitreten werden. Wir haben insbesondere bei den baltischen Staaten, glaube ich, eine Menge Chancen, die wir nicht verspielen sollten. Insofern würde ich anregen wollen, dass die Landesregierung noch einmal darüber nachdenkt, ob es vielleicht dann doch Sinn macht, gemeinsam mit der Wirtschaft weitere Kontaktbüros in Estland, Litauen und Lettland einzurichten, um dann hier den begonnenen Wirtschaftsaufschwung in diesen Ländern zu nutzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich bin mir ganz sicher, dass dieser Aufschwung, der jetzt bereits eingesetzt hat, nach dem Beitritt sich dann noch rasend fortsetzen wird. Wir sollten wie gesagt diese Chancen nutzen, um Impulse für unser Land hier ableiten zu können.

Insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren, denke ich, dass die nächsten zehn Monate noch bis zum Beitritt sehr spannend sein werden für uns alle. Aber nach dem Beitritt wird es genauso spannend weitergehen. Wir als Parlamentarier sollten diesen Prozess weiter kritisch begleiten und uns einbringen. In diesem Sinne stimmen wir dem Bericht der Landesregierung zu und ich wünsche den Kolleginnen und Kollegen heute Nachmittag ein angenehmes Sommerfest. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Müller.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Neumann von der Fraktion der PDS.

Karsten Neumann, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, der Erwartungsdruck an die Geschwindigkeit meiner Rede ist relativ hoch. Trotzdem will ich in einer Geschwindigkeit sprechen, dass Sie mich noch verstehen.

(Siegfried Friese, SPD: Sie haben alle Zeit der Welt.)

Was war eigentlich das Besondere an diesem letzten Wochenende, wo viele Bürgerinnen und Bürger, Politikerinnen und Politiker nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern ich denke, in ganz Deutschland, fieberhaft verfolgt haben eine Abstimmung in einem Nachbarland? Sie war für uns aus vielerlei Gründen extrem spannend. Nicht nur wegen der Änderung des Gesetzes, dass die Wahlbeteiligung am ersten Abend bekannt gegeben wurde und doch dem einen oder anderen tiefe Sorgenfalten auf die Stirn projiziert hat, sondern vor allen Dingen deshalb, weil wir wissen, erlebt haben und erfahren konnten, dass diese Entscheidung unserer Nachbarn für unsere eigene Entwicklung, für unsere eigene Zukunft eine enorme Bedeutung haben wird.

Die polnische Bevölkerung ist sehr selbstbewusst und mit guten Verhandlungsergebnissen den Schritt in die Europäische Union gegangen. Wir in Mecklenburg-Vorpommern wissen aber auch, dass mit diesem Schritt gewaltige wirtschaftliche und soziale Veränderungen verbunden sind, die tief in das Leben jedes einzelnen Menschen eingreifen werden.

Wir haben vor einigen Jahren die Hände ausgestreckt und die Kolleginnen und Kollegen im Sejmik der Woiwodschaft Westpommern haben eingeschlagen. Sie haben bis heute nicht losgelassen. Und auch ich denke, wir haben allen Grund, diese Beziehung niemals abbrechen zu lassen.

## (Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Die Zusammenarbeit hat sich auf vielen Ebenen entwickelt. Die Landesregierung hat in ihrem Bericht dargestellt, wie diese Zusammenarbeit läuft. Wir wissen, wie das Parlament zusammenarbeitet. Wir wissen, wie viele Verbände, Vereine, Kommunen, Kommunalverbände, Sportverbände bereits die Zusammenarbeit pflegen. Wir arbeiten zusammen außerhalb des roten Teppichs, und das ist, denke ich, der wichtigste Fortschritt. Die Kolleginnen und Kollegen haben heute mitgebracht, und gestern Abend der Präsidentin, einen Katalog der Themen für die weitere Zusammenarbeit. Er umfasst 28 Punkte, genug Arbeit für uns alle – in allen Ausschüssen und nicht nur im Europaausschuss, liebe Kolleginnen und Kollegen.

# (Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Selbst wenn wir zu viel tun würden, würden wir immer noch zu wenig tun. Die Probleme, die vor uns stehen, werden kommen, sie werden entstehen und Problemlösungen werden hart erarbeitet werden müssen. Wir haben den Erfahrungsaustausch zwischen Kollegen, Politikern. Wir brauchen den Informationsaustausch zwischen diesen Politikern, denn es ist notwendig, auch das Problem des Partners zu verstehen, bevor man Lösungen überhaupt finden kann.

Ich gebe zu, ich persönlich bin sehr ungeduldig wie viele andere, denn wir haben auch in dieser Frage Erfolge nötig. Und diese Erfolge müssen organisiert werden, denn die Probleme kommen von ganz allein. Wir brauchen Erfolge in der Frage der Durchlässigkeit der Grenzübergänge, und zwar bevor durch den Beitritt zum Schengener System diese überflüssig sind.

### (Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Wir brauchen heute durchlässige Grenzen für Wirtschaftsverkehr, für kulturellen, für sozialen Austausch.

(Kerstin Fiedler, CDU: Sehr richtig.)

Und ich danke dem Ministerpräsidenten ausdrücklich für das richtige Wort zur richtigen Zeit, dass am 1. Mai nicht die Vorbereitung beendet sein kann, sondern am 1. Mai haben wir eine neue Etappe. Und hier wird sich dann beweisen, wie unsere Vorbereitungen tatsächlich fruchten. Deshalb ist es wichtig, dass solche Organisationen wie die Deutsch-Polnische Wirtschaftsfördergesellschaft nicht am 1. Mai nächsten Jahres ihre Arbeit einstellen, wie es von einigen Mitgesellschaftern geplant wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Wir sind sicherlich immer Botschafter unseres Landes. Insbesondere ich aus Vorpommern bin natürlich Botschafter der Interessen meines Landes.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Aber eins, denke ich, ist inzwischen allen klar geworden: Wir haben ein ureigenes Interesse an einem wirtschaftlich starken und sozial stabilen Oberzentrum Stettin. Wir haben als Deutschland Interesse an einem wirtschaftlich prosperierenden und sozial stabilen Polen. Auch deshalb dieser Kampf für den Beitritt Polens zur Europäischen Union.

Die Zusammenarbeit ist wichtig für uns und wichtig für unsere Partner. Aber wir wollen auch als Parlament die Landeregierung unterstützen bei ihren weiteren Kooperationsbeziehungen, denen in das Leningrader Gebiet beispielsweise, den Verbindungen nach Südschweden, nach Litauen, Lettland, Estland und zur Woiwodschaft Pommern. Wir teilen den Netzwerkgedanken. Wir wollen diesen Netzwerkgedanken der Wirtschaft auch in diese Beziehung übernehmen. Sicherlich werden wir nicht immer mit der gleichen Intensität und Breite wie in der Zusammenarbeit mit unseren Kollegen in Stettin solche Verbindungen ausbauen können, aber wir brauchen vielfältige, kontinuierliche und verlässliche Kontakte im gesamten Ostseeraum.

## (Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Deshalb arbeitet der Rechts- und Europaausschuss gegenwärtig daran, diesem Hohen Hause auch eine Kooperationsvereinbarung mit der Woiwodschaft Pommern vorlegen zu können. Das Parlament wird sicherlich niemals so viel tun können wie die Regierung, aber eben auch für uns sollte gelten, selbst zu viel Zusammenarbeit wäre immer noch zu wenig. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Neumann.

Ich schließe die Aussprache.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, kann ich davon ausgehen, dass wir nach der jetzigen Aussprache die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 4/463 verfahrensmäßig für erledigt erklären? – Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss ...

Bitte, zur Geschäftsordnung.

Gesine Skrzepski, CDU (zur Geschäftsordnung): Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin! Sehr geehrte Landtagskollegen! Ich stelle den Antrag entsprechend der Geschäftsordnung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern Paragraph 74 Absatz 2, dass die heutige Tagesordnung nicht beendet sein soll, sondern prüfen zu lassen, inwiefern unsere umfangreiche Tagesordnung vorgezogen werden kann um einen beziehungsweise sogar vielleicht zwei Tagesordnungspunkte. Denn ich denke, es ist nicht korrekt, dass wir bundespolitisch als auch landespolitisch ausloben, dass die arbeitende Bevölkerung länger arbeiten soll, und wir eine Stunde früher Schluss machen. Das halte ich nicht für korrekt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Frau Abgeordnete, aufgrund der Geschäftsordnung Paragraph 74 müssen vier Abgeordnete diesen Antrag stellen. Ich bitte ...

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU und Karsten Neumann, PDS)

Ich lasse gerne über die Veränderung der Reihenfolge abstimmen, würde aber vielleicht doch bitten zu sagen, um welche Punkte es sich handelt, denn es wäre wichtig, weil sich die Redner vorbereiten.

Bitte, Frau Gramkow, noch einmal zur Geschäftsordnung.

Angelika Gramkow, PDS (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Wenn ich Frau Skrzepski richtig verstanden habe, ist es ein Antrag zur Geschäftsordnung und mit der Bitte zu prüfen, welche Tagesordnungspunkte vorgezogen werden könnten. Ich bitte deshalb um eine Auszeit. Sie müssten vielleicht darüber nachdenken, dass der Ältestenrat sich zu dieser Frage entscheidet und uns einen Entscheidungsvorschlag macht. Es kann nicht sein, dass jeder jetzt hier Anträge aufruft, wo auch Kolleginnen und Kollegen, die sich auf morgen eingestellt haben, sich heute noch einstellen müssten. Insofern bitte ich um einen Vorschlag des Präsidiums.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Frau Abgeordnete, ich wollte es insofern dem Ältestenrat etwas leichter machen, wenn schon ein Vorschlag vorgelegen hätte. Das war der Hintergrund.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Bitte, Frau Skrzepski.

Gesine Skrzepski, CDU (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin, es sei gestattet, den Tagesordnungspunkt 21 "Das neue Preissystem der Deutschen Bahn AG" vorzuschlagen. Ich bitte die Abgeordneten, das freundlicherweise zu prüfen. In aller Interesse von uns wäre das sinnvoll, wenn wir diese eine Stunde noch nutzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Ich unterbreche kurz die Sitzung und bitte den Ältestenrat und die Parlamentarischen Geschäftsführer mal zu mir.

Unterbrechung: 15.02 Uhr

Wiederbeginn: 15.06 Uhr

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

Es ist der Antrag gestellt worden, Punkte von der morgigen Tagesordnung auf die heutige Tagesordnung zu setzen. Dafür ist laut Geschäftsordnung Paragraph 74 die Zweidrittelmehrheit nötig. Ich lasse jetzt über diesen Antrag abstimmen. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit hat der Antrag nicht die Zweidrittelmehrheit erreicht und ist abgelehnt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir nun doch am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Donnerstag, den 26. Juni 2003 um 9.00 Uhr ein.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, ab 16.00 Uhr werden wir im Bereich der Orangerie das Sommerfest beginnen für die Abgeordneten und unsere Gäste. Die vereinbarten Sportwettbewerbe werden dann entsprechend zu den vereinbarten Zeiten durchgeführt. Ich wünsche Ihnen viel Spaß, Erholung und auch ein gutes Miteinander. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 15.08 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Sylvia Bretschneider und Bernd Schubert.

#### **Alphabetisches Namensverzeichnis**

der Abgeordneten, die an der Wahl des Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gemäß § 4 Abs. 1 des Ausführungsgesetzes zum Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Stasi-Unterlagen-Gesetz – Ausführungsgesetz – StUG-AG) teilgenommen haben – Drucksache 4/518 –

_		0.511			
1.	Ankermann, Michael	CDU	33.	Müller, Heinz	SPD
2.	Dr. Bartels, Gerhard	PDS	34.	Dr. Nieszery, Norbert	SPD
3.	Baunach, Norbert	SPD	35.	Peters, Angelika	SPD
4.	Bluhm, Andreas	PDS	36.	Petters, Andreas	CDU
5.	Borchert, Rudolf	SPD	37.	Polzin, Heike	SPD
6.	Dr. Born, Ulrich	CDU	38.	Prachtl, Rainer	CDU
7.	Brodkorb, Mathias	SPD	39.	Rehberg, Eckhardt	CDU
8.	Dr. Bunge, Martina	PDS	40.	Renz, Torsten	CDU
9.	Caffier, Lorenz	CDU	41.	Riemann, Wolfgang	CDU
10.	Dankert, Reinhard	SPD	42.	Ringguth, Wolf-Dieter	CDU
11.	Fiedler, Kerstin	CDU	43.	Dr. Ringstorff, Harald	SPD
12.	Friedrich, Holger	SPD	44.	Ritter, Peter	PDS
13.	Friese, Siegfried	SPD	45.	Schildt, Ute	SPD
14.	Glawe, Harry	CDU	46.	Schlotmann, Volker	SPD
15.	Gramkow, Angelika	PDS	47.	Schmidt, Karin	PDS
16.	Heydorn, Jörg	SPD	48.	Schulte, Jochen	SPD
17.	Holznagel, Renate	CDU	49.	Schulz, Gabriele	PDS
18.	Dr. Jäger, Armin	CDU	50.	Schwarz, Thomas	SPD
19.	Jarchow, Hans-Heinrich	SPD	51.	Schwebs, Birgit	PDS
20.	Keler, Sigrid	SPD	52.	Dr. Seemann, Margret	SPD
21.	Kokert, Vincent	CDU	53.	Sellering, Erwin	SPD
22.	Koplin, Torsten	PDS	54.	Skrzepski, Gesine	CDU
23.	Dr. Körner, Klaus-Michael	SPD	55.	Dr. von Storch, Henning	CDU
24.	Kühnel, Lilly	SPD	56.	Strenz, Karin	CDU
25.	Liskow, Egbert	CDU	57.	Thomas, Reinhardt	CDU
26.	Lochner-Borst, Ilka	CDU	58.	Dr. Timm, Gottfried	SPD
27.	Lohse, Frank Ronald	SPD	59.	Timm, Udo	CDU
28.	Lück, Regine	PDS	60.	Vierkant, Jörg	CDU
29.	Mahr, Beate	SPD	61.	Voland, Angelika	SPD
30.	Mohr, Klaus	SPD	62.	Walther, Gerd	PDS
31.	Monegel, Hannelore	SPD	63.	Wien, Alexa	PDS
32.	Müller, Detlef	SPD	64.	Dr. Zielenkiewitz, Gerd	SPD

#### **Alphabetisches Namensverzeichnis**

der Abgeordneten, die an der Wahl eines stellvertretenden Mitglieds der G 10-Kommission gemäß § 2 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz (G 10) teilgenommen haben

- Drucksache 4/534 -

1.	Ankermann, Michael	CDU	34.	Müller, Heinz	SPD
2.	Dr. Bartels, Gerhard	PDS	35.	Neumann, Karsten	PDS
3.	Baunach, Norbert	SPD	36.	Dr. Nieszery, Norbert	SPD
4.	Bluhm, Andreas	PDS	37.	Peters, Angelika	SPD
5.	Borchert, Rudolf	SPD	38.	Petters, Andreas	CDU
6.	Dr. Born, Ulrich	CDU	39.	Polzin, Heike	SPD
7.	Brick, Martin	CDU	40.	Prachtl, Rainer	CDU
8.	Brodkorb, Mathias	SPD	41.	Rehberg, Eckhardt	CDU
9.	Dr. Bunge, Martina	PDS	42.	Renz, Torsten	CDU
10.	Caffier, Lorenz	CDU	43.	Riemann, Wolfgang	CDU
11.	Dankert, Reinhard	SPD	44.	Ringguth, Wolf-Dieter	CDU
12.	Fiedler, Kerstin	CDU	45.	Ritter, Peter	PDS
13.	Friedrich, Holger	SPD	46.	Schildt, Ute	SPD
14.	Friese, Siegfried	SPD	47.	Schlotmann, Volker	SPD
15.	Glawe, Harry	CDU	48.	Schmidt, Karin	PDS
16.	Gramkow, Angelika	PDS	49.	Schulte, Jochen	SPD
17.	Heydorn, Jörg	SPD	50.	Schulz, Gabriele	PDS
18.	Holznagel, Renate	CDU	51.	Schwarz, Thomas	SPD
19.	Dr. Jäger, Armin	CDU	52.	Schwebs, Birgit	PDS
20.	Jarchow, Hans-Heinrich	SPD	53.	Dr. Seemann, Margret	SPD
21.	Keler, Sigrid	SPD	54.	Sellering, Erwin	SPD
22.	Kokert, Vincent	CDU	55.	Skrzepski, Gesine	CDU
23.	Koplin, Torsten	PDS	56.	Dr. von Storch, Henning	CDU
24.	Dr. Körner, Klaus-Michael	SPD	57.	Strenz, Karin	CDU
25.	Kühnel, Lilly	SPD	58.	Thomas, Reinhardt	CDU
26.	Liskow, Egbert	CDU	59.	Dr. Timm, Gottfried	SPD
27.	Lochner-Borst, Ilka	CDU	60.	Timm, Udo	CDU
28.	Lohse, Frank Ronald	SPD	61.	Vierkant, Jörg	CDU
29.	Lück, Regine	PDS	62.	Voland, Angelika	SPD
30.	Mahr, Beate	SPD	63.	Walther, Gerd	PDS
31.	Mohr, Klaus	SPD	64.	Wien, Alexa	PDS
32.	Monegel, Hannelore	SPD	65.	Dr. Zielenkiewitz, Gerd	SPD
33.	Müller, Detlef	SPD			